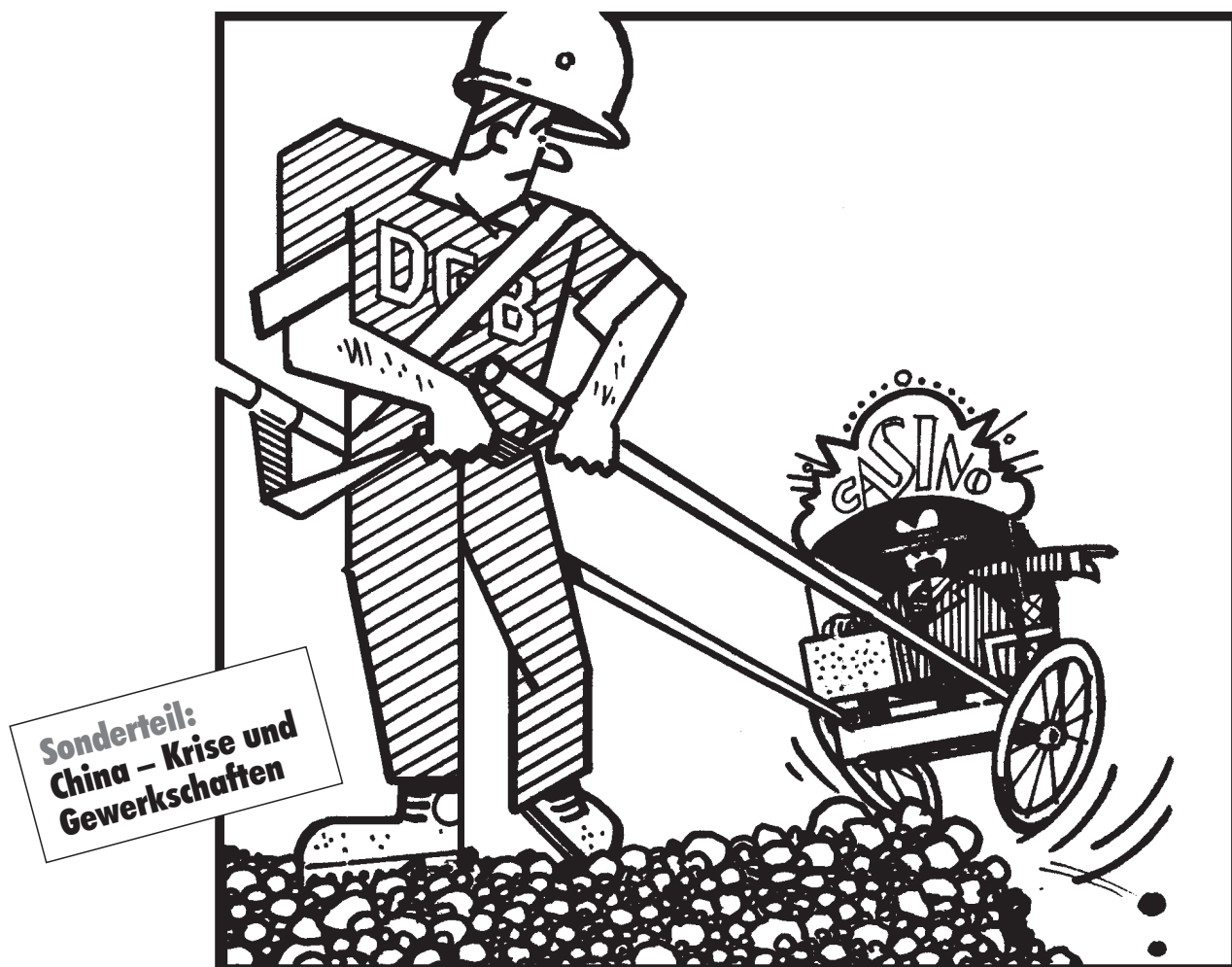


Frank Deppe. Wolfgang Müller. Bernd Riexinger

Die Große Krise

und die Lähmung der Gewerkschaften



Schutzgebühr: 3,50 Euro

ISW **REPORT NR. 78**
institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung münchen e.V.

Impressum

isw-report 78, September 2009

Publikationsreihe isw-report: ISSN 1614-9289

Herausgeber:

isw – institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung e.V.

Johann-von-Werth-Str. 3, 80639 München

Tel. 089/130041 Fax: 089/168 94 15

isw_muenchen@t-online.de

www.isw-muenchen.de

Konto: Sparda Bank München

Konto-Nr. 98 34 20 (BLZ 700 905 00)

Autoren:

Frank Deppe, Bernd Rießinger, Wolfgang Müller

Endredaktion:

Conrad Schuhler (verantwortlich im Sinne des Presserechts)

Titelblattgrafik und Karikaturen: Bernd Bücking

Layout: Monika Ziehaus

Schutzgebühr: 3,50 EUR

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit
vorheriger Genehmigung des isw e.V.

Inhalt

Editorial	2
FRANK DEPPE	
Die "Große Krise" und die Gewerkschaften	3
BERND RIEXINGER	
Krisenproteste – "Für eine gewerkschaftliche Neuorientierung"	20
WOLFGANG MÜLLER	
Weltwirtschaftskrise und Chinas Gewerkschaften	28
Die Autoren	39

editorial

Als die herrschenden Kapitalfraktionen den "Fordismus", den so genannten "Sozialstaat" bestatteten, lautete die von der britischen Premierministerin Thatcher propagierte Losung "TINA – There Is No Alternative". Zur Kürzung der Sozialleistungen, zur Kastrierung der Gewerkschaften, zum Regime des Neoliberalismus gäbe es keine Alternative. Nun, inmitten der Pleite des neoliberalen Modells, gilt TINA II: Zur Rettung der maladen oder bankrotten Unternehmen gäbe es keine Alternative als deren Freikauf durch Milliarden und Abermilliarden Steuergelder. Es gilt die Maxime: Privatisierung der Gewinne, Sozialisierung der Verluste.

Tatsächlich kommt es in der "Großen Krise" unserer Tage zu einer Neuvermessung des Verhältnisses von Ökonomie und Politik, von Kapital und Arbeit, ohne dass die abhängig Beschäftigten und ihre Organisationen bislang versucht hätten, aus ihrer Rolle als "subaltern" herauszukommen.

Worauf, fragt Frank Deppe am Beispiel Deutschlands, ist diese Lähmung der Gewerkschaften zurückzuführen und wie kann sie überwunden werden? Er sieht neben "objektiven" gesellschaftlichen Faktoren der Schwächung der Gewerkschaften auch entscheidende strategische Defizite. Nicht zuletzt werde es angesichts der "Rückkehr des Staates" für die Gewerkschaften noch fundamentaler, ihre Interessenvertretung mit dem politischen Kampf zu verbinden.

Bernd Riexinger prüft das konkrete Vorgehen der deutschen Gewerkschaften in der Krise. Die Vorstellung, es gäbe gemeinsame Interessen von Kapital und Arbeit, um aus der Krise heraus zu kommen, weist er zurück. Er vermisst die grundlegende Kritik an der verhängnisvollen Funktionslogik des Kapitalismus. Würden die Gewerkschaften eine solche Kritik entwickeln und verbreiten, würde sich ihr Ansehen bei den Beschäftigten und ihre Schlagkraft erhöhen. Die Gewerkschaften müssten sich neu aufstellen und ihre Kampf- und Aktionsformen erweitern. Angesichts der Politisierung der Gewerkschaftsarbeit gehöre in ihren Mittelpunkt der Kampf um das politische Streikrecht.

Einem speziellen Thema widmet sich Wolfgang Müller: der Rolle der chinesischen Gewerkschaften in der Krise. Die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung in China stehe an einem Wendepunkt. Der bislang funktionierende "Gesellschaftsvertrag" sei in Frage gestellt. Den gewaltigen Reichtum bei den (relativ) wenigen oben habe man hingenommen, solange es allen, auch denen unten, besser ging. Nun sei erstmals seit sechs Jahren die Arbeitslosigkeit gestiegen. Dies beschleunige den Transformationsprozess der chinesischen Gewerkschaften, weg von einem Umsetzungsorgan für Regierungsebenen und Unternehmensleitungen, hin zu einer zunehmend eigenständigen Vertretung der Beschäftigten. In diesem Zusammenhang erörtert Müller auch das große Problem der gewerkschaftlichen Organisation des gewaltigen Blocks der Wanderarbeiter.

Frank Deppe

Die "Große Krise" und die Gewerkschaften

1. Die schlimmsten sozialen Folgen der Krise stehen noch bevor – die Gewerkschaften müssen raus aus ihrer "Passivitätskrise"

Das Jahr 2009 zeichnet sich in Deutschland durch ein ziemlich paradoxes Nebeneinander von zwei Erfahrungswelten aus. Auf der einen Seite wird die öffentliche Debatte seit 2008 durch die globale Finanz- und Wirtschaftskrise bestimmt, die den "Exportweltmeister" BRD besonders hart trifft. Auf der anderen Seite werden die Exponenten der regierenden Parteien – im Vorfeld der Bundestags- und anderer Wahlen – nicht müde, die Bürgerinnen und Bürger zu beruhigen. Die Bundesregierung – so die Botschaft – Sorge mit ihrem Konjunkturprogramm, mit den Stützungsmaßnahmen für die Finanzmärkte, aber auch mit der Verlängerung der Kurzarbeitergeldregelung und durch die sog. "Abwrackprämie" dafür, dass die Wirkungen der Krise abgefedert werden. Gleichzeitig verkünden die Statistiker, dass die "Konsumlaune" der Deutschen nach wie vor ungebrochen sei. Die Wirtschaftsforschungsinstitute berichten von der Verbesserung des Wirtschaftsklimaindexes und schließen daraus auf ein absehbares Ende der Krise. Ihnen steht freilich der Chor jener – eher pessimistischen – Stimmen gegenüber, die die Risiken weiterer Einbrüche im Finanzsektor, beim Wachstum und auf dem Arbeitsmarkt vor Augen haben und die eher eine langfristige Stagnation prognostizieren¹.

Im Süden der Republik, dort, wo in der Metall- und Elektroindustrie – d.h. auch im Bereich der Automobilindustrie und ihren Zulieferern – die bislang höchsten Exportquoten erreicht waren, wird der Einbruch im Auftragseingang und in der Produktion besonders dramatisch erlebt. Die großen Automobilkonzerne (Daimler und Porsche) signalisieren "rote Zahlen". Nach einer aktuellen Untersuchung der IG Metall zur Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung ihres Organisationsbereichs² sind im Jahresvergleich (Mai 2009 gegenüber Mai 2008) die Produktion in der Metall- und Elektroindustrie um knapp ein Viertel (-23,6 %) und die Auftragseingänge um nahezu ein Drittel (-31,3 %) eingebrochen. Ohne den steilen Anstieg

der Kurzarbeit innerhalb von vier Monaten auf 730.000 (in dieser Branche, insgesamt auf 1,2 Mio.) wäre die Arbeitslosigkeit um 240.000 angestiegen.

Funktionäre und Betriebsräte der IG Metall berichten von zunehmenden Insolvenzfällen (trotz Kurzarbeit) und auch der Chef des Arbeitgeberverbandes, Kannegießer, kündigt an, dass trotz der Kurzarbeit bald Entlassungen anstehen. Davon sind auch Betriebe betroffen, die noch vor einem Jahr hohe Prämien für die Anwerbung von Fachkräften zahlten. Beim Übergang in die Insolvenz und die (nicht immer folgende) Betriebsschließung offenbart sich dann die Schwäche der Belegschaften, der Betriebsräte und der Gewerkschaften. Sie werden mit dem sozialen Abstieg in die Arbeitslosigkeit (und Hartz IV) konfrontiert und müssen erkennen, dass die Kraft der Gewerkschaften überhaupt nicht ausreicht, um stabile Beschäftigungsverhältnisse, d.h. eine sichere soziale Existenz, durchzusetzen. Diese Erfahrung ist nicht neu; denn seit Mitte der 70er Jahre bewegte sich die Arbeitslosigkeit über einer Million; in verschiedenen Branchen (Bergbau, Bauindustrie, Textil- und Stahlindustrie) wurde die Erfahrung vorgegeben, dass die betriebliche und gewerkschaftliche Kampfkraft nicht ausreicht, um Betriebsschließungen und das Ansteigen der Arbeitslosigkeit zu verhindern. Im Osten der Republik reagieren die Menschen oftmals gelassener (aber auch zynischer) auf die jüngsten Krisenerfahrungen; denn sie können mit Recht darauf hinweisen, dass sie die Erfahrung eines rapiden Entindustrialisierungsprozesses (mit all seinen sozialen Folgen) in den 90er Jahren bereits gemacht haben.

Die Meinungsumfragen reflektieren diese gesplante Realitätsbewältigung. Bei den Umfragen zeigt sich eine erstaunliche Differenz zwischen der Einschätzung der persönlichen Betroffenheit und der gesellschaftlichen und politischen Bewertung der Krise. Nur 8 Prozent der Befragten (ZDF-Politbarometer vom 27. März 2009) bewerteten die wirtschaftliche Entwicklung mit gut, 47 Prozent mit schlecht; aber: 43 Prozent stuften ihre persönliche Situation mit gut und nur 14 Prozent mit schlecht ein. Überall wächst freilich die Sorge, dass sich dies bald ändern könnte. Im April waren schon 76 % der Meinung, dass der

1) Matthias Graf von Krockow, persönlich haftender Gesellschafter von Sal. Oppenheimer, der größten deutschen Privatbank in Köln, bevorzugt von extrem reichen Privatanlegern, reagierte (im Interview mit dem 'Handelsblatt' vom 8.7.2009) auf die Frage nach der Zukunft der Finanzmärkte außerordentlich pessimistisch: "Wir sind auf einer Achterbahnfahrt nach unten. Die Lichter, die wir sehen, sind nur die Lichter, die in Richtung weiter nach unten zeigen. Es gibt keine positiven Signale, die wir ernsthaft als Bodenbildung deuten könnten. Wir erleben eine Zeit, in der die Prämissen für Theorien wegfallen, Theorien für eine volle Funktionsfähigkeit der Märkte sind Makulatur. Die Selbstheilungskräfte der Märkte sind Makulatur, wenn sie einen Punkt erreichen, an dem die Märkte nicht mehr funktionieren". Dagegen stimmt der Chef der US-Notenbank, Ben Bernanke, die USA auf das Ende der Krise ein (SZ vom 22. Juli 2009).

2) Ulrich Eckelmann: Projektionen für die wirtschaftliche Entwicklung und die damit einhergehenden Beschäftigungsrisiken, Frankfurt a.M., 15. Juli 2009.

schlimmste Teil der Krise noch bevorstehe. Auf jeden Fall lässt sich ziemlich sicher prognostizieren, dass 1. diese Krise nicht schnell überwunden wird und – wenn nicht ein weiterer Absturz bzw. Kollaps (wie im Winterhalbjahr) folgt – das Wachstum sich über mehrere Jahre auf einem niedrigen Niveau bewegen dürfte, 2. die Arbeitslosigkeit ab der zweiten Jahreshälfte deutlich steigen wird, und dass 3. schon nach der Bundestagswahl die politischen Debatten von den "tiefen Löchern in den Sozialkassen und den öffentlichen Etats"³ bestimmt werden.



Im folgenden soll daher gefragt werden, ob und wie die Gewerkschaften in Deutschland auf diese Krisenkonstellation strategisch vorbereitet sind. Die Krise wird dabei in den Zusammenhang langfristiger Entwicklungstendenzen des globalen Kapitalismus gestellt. Die gegenwärtige Finanz- und Wirtschaftskrise wird als das Ergebnis einer seit den 70er Jahren immer deutlicher zutage tretenden strukturellen Überakkumulation von Kapital und der Herausbildung des Finanzmarktkapitalismus (eines spekulativen Schuldenregimes) als Antwort auf die Krise des fordistischen Akkumulationsregimes begriffen. Die tiefgreifenden (ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen) Veränderungen im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts haben die gewerkschaftliche wie die politische Linke – vor allem die sozialistische und kommunistische Arbeiterbewegung – substantiell geschwächt. Die gegenwärtige Krise – so die leitende Fragestellung – könnte diesen Niedergang der traditionellen gewerkschaftlichen und politischen Linken noch be-

schleunigen, sofern diese sich darauf reduziert, in korporatistischen Systemen der Zusammenarbeit mit dem Kapital (vor allem auf der Ebene einzelner Unternehmen) und dem Staat (bzw. mit regierenden Parteien) die relativen Privilegien ihrer (noch tarifvertraglich und sozialrechtlich geschützten, aber doch deutlich schrumpfenden) "Kern-Klientel" zu verteidigen und gleichzeitig Bestandsgarantien für die Organisation zu erwirken. Die Krise kann aber auch zur Überwindung jener strategischen Lähmung führen, die durch die Schwächung der Gewerkschaften in den vergangenen Jahrzehnten und durch die korporatistischen Bindungen in Systeme des "Co-Management" ("Wettbewerbskorporatismus") verstärkt wurde. Bei den eigenen Mitgliedern – wie im Milieu der Arbeiterklasse und der Subalternen insgesamt – würde dies zu einer Überwindung jener "Passivitätskrise" (Richard Sennett) beitragen, die als Folge von Angst und sozialer Unsicherheit, aber auch als Folge von politischer Desorientierung dazu führt, dass die Opfer die Krise gleichsam fatalistisch und subaltern, ohne nennenswerten Widerstand, über sich ergehen lassen.

2. Die "Große Krise" markiert eine Zäsur in Weltwirtschaft und -politik

Krisen charakterisieren die Entwicklungsgeschichte der kapitalistischen Wirtschaft seit ihren Anfängen. Das "allgemeine Produktionsgesetz des Kapitals" ist die Bedingung der "Überproduktion" (MEW 26,2: 535). Der Widerspruch zwischen Produktion und Markt, zwischen der Entwicklung der Produktivkräfte und den Produktionsverhältnissen, die wachsenden Probleme der Kapitalverwertung (Profitrate), verschaffen sich periodisch in den Krisen einen Ausdruck.⁴ Diese erscheinen als "Überakkumulation" von Kapital, das nicht verwertet wird, und als "Überfluss" von Menschen, die nicht als Lohnarbeiter gebraucht, also "freigesetzt" werden. Krisen haben insofern – im Rahmen der kapitalistischen Logik – eine "Reinigungsfunktion", weil sie in dem Maße überwunden werden, wie überschüssiges Kapital vernichtet und durch den Druck der "Reservearmee" die kollektive (gewerkschaftliche) Interessenvertretung der Lohnarbeiter –

3) Birgit Marschall u.a., Schlechte Aussichten. Dossier sieben magere Jahre, in: Financial Times Deutschland, 24.7.2009.

4) "Überproduktion von Kapital heißt nie etwas anderes als Überproduktion von Produktionsmitteln – Arbeits- und Lebensmitteln –, die als Kapital fungieren können, d.h. zur Ausbeutung der Arbeit zu einem gegebenen Exploitationsgrad angewandt werden können; indem das Fallen dieses Exploitationsgrades unter einen bestimmten Punkt Störungen und Stockungen der kapitalistischen Produktionsprozesses, Krisen, Zerstörung von Kapital hervorruft. Es ist kein Widerspruch, dass diese Überproduktion von Kapital begleitet ist von einer mehr oder minder großen relativen Überbevölkerung. Die selben Umstände, die die Produktivkraft der Arbeit erhöht, die Massen der Warenproduktion vermehrt, die Märkte ausgedehnt, die Akkumulation des Kapitals, sowohl der Masse wie dem Wert nach, beschleunigt und die Profitrate gesenkt haben, die selben Umstände haben eine relative Überbevölkerung erzeugt und erzeugen sie beständig, eine Überbevölkerung von Arbeitern, die vom überschüssigen Kapital nicht angewandt wird wegen des niedrigen Exploitationsgrades der Arbeit, zu dem sie allein angewandt werden könnte, oder wenigstens wegen der niederen Profitrate, die sie bei gegebenem Exploitationsgrad abwerfen würde". Karl Marx, Das Kapital. Dritter Band, MEW 25, Berlin 1964, S. 266. In den "Grundrissen" (Berlin 1953, S. 636) schreibt Marx: "Hence the highest development of productive power together with the greatest expansion of existing wealth will coincide with the depreciation of capital, degradation of the labourer, and a most straightened exhaustion of its vital powers. These contradictions lead to explosions, cataclysms, crises, in which by momentaneous suspension of labour and annihilation of a great portion of capital the latter is violently reduced to the point, where it can go on. These Widersprüche, of course, führen zu Explosionen, Krisen, worin momentane Aufhebung aller Arbeit und Vernichtung von großem Teil des Kapitals es gewaltsam wieder auf den Punkt zurückführen, worin es is enabled fully employing its productive powers without committing suicide. Yet, these regularly recurring catastrophes lead to their repetition on a higher scale, and finally to its violent overthrow".

mit der Folge von Lohnsenkungen – geschwächt wird. In der Geschichte des Kapitalismus wird die Artikulation dieses grundlegenden Widerspruchs jedoch durch eine Vielzahl historisch-konkreter Umstände geprägt und modifiziert. Dabei spielen die Kräfteverhältnisse zwischen den Klassen – auf der nationalen und der internationalen Ebene – sowie die Dynamik des Klassenkampfes in der Krise eine zentrale Rolle für deren politische Wirkungen. Da das Kapital stets im Weltmarktzusammenhang akkumuliert, kommen in "den allgemeinen Weltmarktkrisen ... alle Widersprüche der bürgerlichen Produktion ... kollektiv zum Eklat, in den besonderen Krisen (dem Inhalt und der Ausdehnung nach besonderen) nur zerstreut, isoliert, einseitig".⁵



Der bisherige Verlauf der gegenwärtigen Krise deutet darauf hin, dass es sich um eine "große Krise" handelt. Zu den "großen Krisen" des 20. Jahrhunderts gehörte die Weltwirtschaftskrise nach 1929, die gleichsam im Scheitelpunkt des "dreißigjährigen Krieges" zwischen 1914 und 1945 stand.⁶ Zumal in Deutschland war die Machtübertragung an den Faschismus und die Vorbereitung des Zweiten Weltkrieges auch eine Antwort des herrschenden Blocks nicht nur auf die Niederlage des deutschen Imperialismus im ersten Weltkrieg, sondern auch auf die Weltwirtschaftskrise. In den 70er Jahren beendeten die Krisen das sog. "Goldene Zeitalter" des Nachkriegskapitalismus und beschleunigten den Übergang vom "Fordis-

mus" zum Finanzmarktkapitalismus.⁷ "Kleine Krisen" sind mit den zyklischen, konjunkturellen Abschwüngen verbunden, die die "Überhitzung" der Boomphase ausgleichen. Merkmal der "großen Krisen" ist nicht allein deren Dramatik (Absturz der Wachstumsraten, Anstieg der Arbeitslosigkeit). Sie bilden zugleich eine Zäsur in der gesellschaftlichen und politischen Entwicklung der Weltwirtschaft und auch der Weltpolitik. Das Verhältnis von Markt und Staat, von Ökonomie und Politik wird neu "vermessen", neu justiert. In welcher Richtung diese "Neuvermessung" verläuft, hängt vom Kräfteverhältnis zwischen den Klassen, zwischen Kapital und Arbeit, hängt vom Resultat der sozialen und politischen Kämpfe, oft auch vom Ergebnis der Kriege ab, die in der Geschichte in letzter Instanz durch Große Krisen ausgelöst werden. In den "großen Krisen" gerät eine – für eine ganze Epoche bzw. Formation des Kapitalismus charakteristische – Wechselbeziehung zwischen Akkumulation und Regulation an ihre Grenzen. Dabei stehen dann "auch die Formen gesellschaftlicher Reproduktion (Abbau und Umbau des Sozialstaates, die Austauschbeziehungen zwischen Kapital und Arbeit) ... zur Disposition". Die "große Krise" ist also eine "Restrukturierungskrise, die dem kapitalistischen System neue Entwicklungsperspektiven zu eröffnen vermag. Dabei beinhaltet sie stets auch die Möglichkeit alternativer Optionen bis hin zur Systemüberwindung, d.h. dem Bruch mit den Basisinstitutionen kapitalistischer Ökonomie. Beide Lösungsperspektiven sind in der großen Krise immer angelegt, welche sich gerade dadurch als eine historisch offene Situation erweist".⁸

Wodurch zeichnet sich die gegenwärtige Krise als eine "große" Krise aus?

1. Der Finanzmarktkapitalismus, der sich seit den 70er Jahren durch die Liberalisierung der Finanzmärkte sowie die Politik der Privatisierung, Deregulierung und Flexibilisierung des Arbeitsmarktes als herrschende Kapitalismusformation global durchgesetzt hat, konnte die Probleme der Überakkumulation und Stagnation in der Realökonomie (vor allem das geringe Wachstum und die Beschäftigungskrise) nicht lösen.⁹ Statt dessen erzeugte er gewaltige spekulative

5) Karl Marx, Theorien über den Mehrwert, MEW, 26.2, Berlin 1967, S. 535.

6) Vgl. dazu Frank Deppe, Politisches Denken zwischen den Weltkriegen, Band 2: Politisches Denken im 20. Jahrhundert, Hamburg 2003, S. 118 ff.

7) Joachim Hirsch: Weltwirtschaftskrise 2.0 oder Zusammenbruch des neoliberalen Finanzkapitalismus, in: www.links-netz.de hat die Geschichte der "großen Krisen" und der Abfolge der verschiedenen Formationen des Kapitalismus folgendermaßen skizziert: "Von der großen Depression in den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts bis zur ersten Weltwirtschaftskrise des 20. Jahrhunderts dauerte es über 50 Jahre. Der darauf folgende Fordismus währte bis Mitte der 70er Jahre des 20. Jahrhunderts, also nur noch knapp 5 Jahrzehnte. Auf seine Krise folgte die als Globalisierung bezeichnete Etablierung des neoliberalen Finanzkapitalismus, auch Postfordismus genannt. Der ist, etwa dreißig Jahre später, ebenfalls am Ende und wieder verschieben sich damit die globalen ökonomischen und politischen Machtverhältnisse ... Beim neoliberalen Finanzkapitalismus handelt es sich durchaus um eine eigene historische Formation des Kapitalismus, die auch eine spezifische Krisendynamik aufweist. Die aktuelle Krise unterscheidet sich ganz wesentlich von der des Fordismus oder auch der der dreißiger Jahre des letzten Jahrhunderts ... Die Art und Weise, wie die Krise des Fordismus (seit den 70er Jahren) bewältigt wurde, hat also die Wurzeln dafür gelegt, dass der globale Kapitalismus heute knapp vor dem Zusammenbruch steht".

8) Kurt Hübner/Michael Stanger, "Kleine" und "große" Krisen – Thesen zur Interpretation der ökonomischen Stagnationstendenzen seit Mitte der 70er Jahre, in: Prokla u.a., Kontroversen zur Krisentheorie, Hamburg 1986, S. 68–75, hier S. 69.

9) In den USA vertritt vor allem der Wirtschaftshistoriker Robert Brenner (Boom & Bubble. Die USA in der Weltwirtschaft, Hamburg 2002) die These, "dass für die absehbare Zukunft weder eine definitive Überwindung des langen Abschwungs (seit 1973) noch die Vermeidung einer sich weiter vertiefenden Stagnation ... erwartet werden kann" (ebd. S. 294). In Deutschland hat sich u.a. der Ökonom Karl Georg Zinn (u.a. Jenseits der Marktmythen. Wirtschaftskrisen: Ursachen und Auswege, Hamburg 1997) mit den langfristig wirkenden Stagnations- und Krisentendenzen im Kapitalismus beschäftigt.

Blasen und Schuldenberge. Jetzt ist das sog. "Dollar-Wall-Street-Regime" (verbunden mit der weltpolitischen Führungs- bzw. Polizistenrolle der USA nach dem Ende des Kalten Krieges) – ökonomisch und politisch (durch die gescheiterte Politik des George W. Bush) gleichsam an die Wand gefahren. Nach wie vor bleibt offen, ob es dem neuen Präsidenten Barack Obama gelingt, hier eine Wende einzuleiten.

2. Die Finanzkrise trifft mit einer Wachstums- und Überakkumulationskrise zusammen (besonders deutlich in der Automobilindustrie) – in vielen Bereichen gibt es Überkapazitäten, Übersättigung der Märkte. Gleichzeitig wurde durch die neoliberale Politik die Binnennachfrage systematisch beschränkt: durch die sinkende Lohnquote, durch die Umverteilung von unten nach oben. Die Polarisierung der Einkommen und Vermögen – und in diesem Zusammenhang auch die Zunahme der Armut – war eine weitere Folge der neoliberalen Politik.

3. Gegenwärtig verschränken sich verschiedene Krisenprozesse, die auch eine eigene Logik haben. Deren Bearbeitung bzw. Lösung bedarf gewaltiger Anstrengungen. Im Vordergrund steht dabei die globale Umweltkrise und das Problem des Klimawandels. Der Bericht der UNO "menschliche Entwicklung 2007/8" (Human Development Report) konstatiert für den Übergang ins 21. Jahrhundert eine dramatische "Krise, die Gegenwart und Zukunft miteinander verbindet. Diese Krise ist der Klimawandel. Noch lässt sie sich abwenden...". – aber nur, wenn gewaltige Ressourcen mobilisiert werden, um Emissionen zu verringern und um neue (erneuerbare) Energiequellen zu nutzen.¹⁰ Der Klimawandel bedroht die Lebensbedingungen der Menschen an der Peripherie stärker als in den Metropolen; in Verbindung mit der sog. Lebensmittelkrise, d.h. rapide steigenden Preisen für landwirtschaftliche Produkte und Grundnahrungsmittel wie Soja, Weizen, Mais, Reis. Dabei entsteht ein explosives Gemisch: soziale Unruhen wegen steigender Lebensmittelpreise (was schließlich Zunahme von Hunger bedeutet) gab es bereits in Mexiko, Ägypten, Indonesien und Haiti.

4. Wenn die historisch-politische Spezifik der gegenwärtigen Krisenkonstellation erfasst werden soll, müssen auch die gewaltigen Veränderungen in der Weltwirtschaft und der Weltpolitik in Betracht gezogen werden. Nach dem Ende des Kalten Krieges befinden wir uns in einer Epoche, in der um "neue Weltordnungen" im 21. Jahrhundert gerungen wird. Eine der zentralen Fragen betrifft die Rolle der USA. Geht das "amerikanische Jahrhundert" definitiv zu Ende?¹¹ Verschieben sich die wirtschaftlichen und politischen Machtzentren nach Ostasien und in den pazifischen Raum? Wie werden die sog. "BRIC-Staaten" (Brasilien, Russland, Indien, China) die Krise bewältigen? Welche Konflikte zwischen den Großmächten werden sich daraus entwickeln? Werden sie dem klassischen Muster der zwischenimperialistischen Konkurrenzverhältnisse und Machtkämpfe folgen? Wie werden sich – als Reaktion auf diese Verschiebungen, vor allem auf den relativen Machtverlust der USA – die Beziehungen im atlantischen Raum entwickeln? Die Antworten auf solche Fragen, die erst in der Zukunft klar werden, haben auf jeden Fall Rückwirkungen für die Entwicklung von Wirtschaft, Gesellschaft und Politik im eigenen Lande – auch für die Stellung der Gewerkschaften und die Lage der Lohnabhängigen und des Prekariats.

John Gray (Professor für European Thought an der London School of Economics), unter Thatcher ein führender intellektueller Kopf des Konservatismus in Großbritannien, inzwischen scharfer Kritiker des Neoliberalismus, hebt die weltpolitischen Dimensionen der gegenwärtigen Krisenkonstellation hervor: "Unsere Aufmerksamkeit mag derzeit auf die kollabierenden Finanzmärkte gerichtet sein. Doch der Aufruhr, den wir erleben, ist mehr als eine Finanzkrise, egal, wie groß sie auch sein mag. Was gerade geschieht, ist eine historische geopolitische Wende. ... Man erkennt das schon allein daran, wie die Macht der USA in ihrem eigenen Hinterhof (in Lateinamerika, F.D.) untergraben wird ... Auf globaler Ebene wird Amerikas Schwäche noch deutlicher. Mit der Verstaatlichung zentraler Teile ihres Finanzwesens haben die

"Die Krise der entwickelten Industriegesellschaften ist kein Betriebsunfall. Der normale Konjunkturabschwung zu Beginn der 90er Jahre eröffnete den langfristigen Stagnationstendenzen den Weg an die Oberfläche und verstärkte zugleich die Überproduktionsprozesse. Erst einmal virulent geworden, sind die Stagnationstendenzen nicht mehr mit herkömmlicher Wirtschaftspolitik unwirksam zu machen" (ebd. S. 35).

10) Der "Bericht" der UNO "Über die menschliche Entwicklung 2007/2008" (Human Development Report) konstatiert für den Übergang ins 21. Jahrhundert eine dramatische "Krise...", die Gegenwart und Zukunft miteinander verbindet. Diese Krise ist der Klimawandel. Noch lässt sie sich abwenden – aber nicht mehr lange. Der Welt bleibt nicht einmal ein Jahrzehnt, um das Ruder herumzuwerfen... Der Klimawandel ist das alles überragende Problem der menschlichen Entwicklung in unserer Generation. ... Der Klimawandel droht die Freiheiten der Menschen auszuhöheln und ihre Wahlmöglichkeiten einzuschränken. Aus das Prinzip der Aufklärung, dass durch das Voranschreiten der Menschen die Zukunft besser aussehen wird als die Vergangenheit, wird dadurch in Frage gestellt ... In der Welt von heute sind es in erster Linie die Armen, die unter dem Klimawandel zu leiden haben. Morgen aber wird sich die ganze Menschheit den Gefahren gegenübersehen, die die globale Erwärmung mit sich bringt. Der rasche Anstieg von Treibhausgasen in der Erdatmosphäre ändert die Klimaprognose für künftige Generationen grundlegend. Wir bewegen uns langsam aber sicher auf Kipp-Punkte' zu. Damit werden unberechenbare, nicht-lineare Ereignisse – beispielsweise ein beschleunigter Zusammenbruch der großen Eisschilde der Welt – bezeichnet, die wiederum Umweltkatastrophen auslösen können, durch die sich die menschlichen Siedlungsstrukturen wandeln und die Lebensfähigkeit von Volkswirtschaften geschwächt wird. Unsere Generation wird die Folgen vielleicht nicht mehr miterleben. Doch unsere Kinder und Kindeskiner werden keine andere Wahl haben, als damit zu leben. Umgehendes Handeln ist angesagt, um schon heute gegen Armut und Ungleichheit vorzugehen, aber auch die Gefahr künftiger Katastrophen abwenden zu können".

11) Der in Baltimore/USA lehrende Soziologe Giovanni Arrighi (der leider am 19. Juni 2009 verstorben ist) hat in seinen letzten Arbeiten diesen Hegemoniezyklus, den Niedergang der US-Hegemonie und den Aufstieg Ostasiens (mit dem Zentrum der VR China) in den Mittelpunkt gestellt: G. Arrighi, *The Long Twentieth Century. Money, Power, and the Origins of our times*, London/New York 1994; ders. *Adam Smith in Beijing. Lineages of the Twenty-First Century*, London/New York 2007; ders. *The Winding Paths of Capital*. Interview with David Harvey, in: *New Left Review* 56, March/April 2009, S. 61–94.

Vereinigten Staaten ihr Credo der freien Märkte selbst zerstört. Eine ganze Regierungsform mitsamt ihrer Ökonomie ist kollabiert. Die Folgen werden so weitreichend sein wie beim Untergang der Sowjetunion." (in: Süddeutsche Zeitung vom Oktober 2008).

Auch der 92 Jahre alte *Eric Hobsbawm* – der großartige marxistische Gesellschaftshistoriker des 19. und 20. Jahrhunderts, der in der großen Krise des Kapitalismus nach 1929 Mitglied der kommunistischen Bewegung wurde – geht im Interview mit dem *Stern* (13.5.2009) auf die Dramatik der gegenwärtigen Krise ein und schließt dabei auch die Möglichkeiten bevorstehender Katastrophen und Kriege nicht aus: "*Alles ist möglich*. Inflation, Deflation, Hyperinflation. Wie reagieren die Menschen, wenn alle Sicherheiten verschwinden, sie aus ihrem Leben hinausgeworfen, ihre Lebensentwürfe brutal zerstört werden? Meine geschichtliche Erfahrung sagt mir, dass wir uns – ich kann das nicht ausschließen – auf eine Tragödie zu bewegen. Es wird Blut fließen, mehr als das, viel Blut, das Leid der Menschen wird zunehmen, auch die Zahl der Flüchtlinge. Und noch etwas möchte ich nicht ausschließen: einen Krieg, der dann zum Weltkrieg werden würde – zwischen den USA und China".



Die gegenwärtige Krise trifft auf gesellschaftliche, politische, kulturelle Verhältnisse, die – in den vergangenen 25 Jahren im Zeichen der Herrschaft des Neoliberalismus und Finanzkapitalismus – einem tiefgreifenden Wandel unterzogen wurden: Veränderungen in der Sozial- und Klassenstruktur, der Rückgang der Industriearbeiterschaft, die Zunahme der Dienstleistungstätigkeiten und vor allem der sog. "Prekariät" (ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse), die Massenarbeitslosigkeit als Dauerproblem, die tiefe Krise, durch die die Gewerkschaften in vielen Ländern

seit den 80er Jahren hindurchgegangen sind, der Zusammenbruch des Sozialismus/Kommunismus in vielen Teilen der Welt, eine ebenso tiefgreifende Veränderung der Kräfteverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit in den entwickelten kapitalistischen Staaten – auch in Deutschland (wo noch die Folgeprobleme der deutschen Einheit hinzukommen). Schließlich auch *Veränderungen im politischen System* und der politischen Kultur: die Wahlbeteiligung geht zurück, die Parteien und Gewerkschaften verlieren Mitglieder, der Vertrauens- und Glaubwürdigkeitsverlust der "politischen Klasse", das Interesse an der Politik geht – vor allem bei jüngeren Menschen – zurück.¹² Diese Krise der Demokratie wurde schon vor dem Einbruch der Großen Krise seit 2008 thematisiert – allerdings ohne große Resonanz bei den Gewerkschaften.¹³ Jetzt spitzen sich unter dem Eindruck der weitverbreiteten Angst und Unsicherheit solche Fragen natürlich zu.

Der Neoliberalismus ist ideologisch gescheitert; die These, dass der Markt alles besser als der Staat zu regeln vermag, ist gründlich desavouiert. Dennoch sind diejenigen Eliten in Wirtschaft, Wissenschaft und Politik, die die Ideologie der Deregulierung und Privatisierung vertreten, in Wirtschaft und Politik durchgesetzt und davon auch materiell profitiert haben, nach wie vor an der Macht – und, so zeichnet sich immer deutlicher ab, sie managen auch die Politik der Krisenbewältigung und Restrukturierung. Auch bei den bevorstehenden Wahlen wird sich (nicht nur in Deutschland, sondern in Europa insgesamt) an dieser Konstellation wahrscheinlich wenig ändern. Gleichwohl verweist die Vielzahl der offenen Fragen, die jetzt – meist mit eher pessimistischen Zukunftsprognosen verbunden – angesprochen werden, zunächst einmal darauf, dass – wie in allen großen Krisen – bei einer Fortsetzung der wirtschaftlichen Stagnationstendenzen und der Zuspitzung der sozialen und ökologischen Probleme (Arbeitsmarkt, Armut, Folgen der Klimakatastrophe) mit einer Transformation der für den Finanzmarktkapitalismus charakteristischen Formen der Akkumulation und Regulation zu rechnen ist.

Mit anderen Worten: als Ausgangspunkt aller strategischen Überlegungen von politischen und gesellschaftlichen Akteuren sollte erkannt werden, dass wir uns in einer nach verschiedenen Seiten bzw. Richtungen hin offenen geschichtlichen Situation befinden. Diese Offenheit bezieht sich sowohl auf die Möglichkeit des Aufschwungs eines rechten (rassistischen und nationalistischen) Populismus sowie auf die Möglichkeit eines autoritären Kapitalismus, der die formalen Verfassungsregeln der repräsentativen De-

12) Eine neuere Studie (Ernst Hillenbrand, Zwischen alten Rezepten und neuen Herausforderungen: die europäische Linke muss sich neu orientieren, Friedrich-Ebert-Stiftung, Internationale Politikanalyse, Berlin 2007) stützt sich auf die Ergebnisse einer internationalen Gallup-Befragung. "Hinter dem Glaubwürdigkeitsverlust der politischen Parteien vollzieht sich ein noch tiefer gehender Prozess der schleichenden Delegitimierung des politischen Systems (der Demokratie, F.D.) insgesamt, dessen demokratisch-partizipativer Gehalt von erschreckend vielen Menschen zunehmend bezweifelt wird ... Nur 30 Prozent der Briten, 28 Prozent der Italiener, 21 Prozent der Franzosen und erschütternde 18 Prozent der Deutschen beantworteten die Frage, ob das Land 'entsprechend dem Willen des Volkes' regiert werde, mit 'Ja'".

13) Vgl. dazu Colin Crouch, Postdemokratie, Frankfurt/Main 2008; Frank Deppe/Horst Schmitthenner/Hans-Jürgen Urban, Hrg., Notstand der Demokratie., Auf dem Weg in einen autoritären Kapitalismus? Hamburg 2008.

mokratie beibehält, aber gleichzeitig über den Markt und den Ausbau der Kompetenzen der staatlichen Exekutivapparate für gesellschaftliche und politische Stabilität im Interesse der Wirtschaft sorgt.

Vielleicht stehen wir aber auch an der Schwelle einer weiteren "großen Transformation" (Polanyi) – zu einer Öffnung nach links, d.h. zu Verhältnissen, die durch eine "Wiederaneignung des öffentlichen Raumes" charakterisiert sind. Die Produktivkraftentwicklung ermöglicht dabei eine Neuverteilung des Reichtums und der Arbeitszeit – und die ökologische Transformation (Reduzierung der Emissionen, Umstieg auf erneuerbare Energien und Umbau der Automobilgesellschaft) unterliegt dabei weder den Maximen der Profitproduktion noch den Regeln des (durch den Profit gesteuerten) Wettbewerbs. Nancy Fraser hat in einem brillanten Aufsatz über "Feminismus und Kapitalismus" gerade darauf aufmerksam gemacht, dass – wenn die Hypothese von der "Großen Transformation" zutrifft – "die Gestalt der Nachfolgegesellschaft in den kommenden Jahren Gegenstand heftiger Auseinandersetzungen sein" wird. Eine "Neue Frauenbewegung" – so fordert sie – sollte "offensiv für eine Lebensweise eintreten, die nicht mehr vorrangig um Lohnarbeit kreist und nicht-warenformige Tätigkeiten aufwertet, darunter auch, aber nicht nur, Betreuung- und Sorgearbeit".¹⁴ Diese Maxime sollte auch von anderen Sozialbewegungen aufgegriffen werden!

Politische Akteure, ihre Führungsgruppen und Intellektuelle, die ihre Analyse der gegenwärtigen Handlungskonstellationen in der Krise nicht mit der Reflexion möglicher (bzw. wahrscheinlicher und auch wünschbarer) Transformationsperspektiven im Resultat der Krise verbinden, verharren in einem begriffslosen Pragmatismus, zementieren die "strategische Lähmung" ihrer Organisationen und tragen damit (natürlich unbewusst) zur Stärkung des Gegners und zur Beschleunigung des Machtverfalls der eigenen Organisation bei. Das *Interesse der Organisation an sich selbst* – seit Robert Michels ("Soziologie des Parteiwesens", 1911) als wichtiger Faktor bei den politischen Entscheidungen von Führungsgruppen bekannt – ist durchaus legitim; denn wer eine Organisation führt, muss sich stets auch der Verantwortung bewusst sein, dass er diese mit seinen Entscheidungen nicht leichtfertig in Gefahr bringt. Dennoch – es gab und gibt immer wieder historische Situationen in der Geschichte der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, in denen der Primat des Organisationsinteresses den Verzicht auf eine Konfrontation mit den sozialen und politischen Gegnern bedeutete. Damit wurde (nicht nur in der Weltwirtschaftskrise nach 1929) die Arbeiterklasse quasi "entwaffnet" und der Weg zu folgenreichen Niederlagen eröffnet.

3. Der Machtverlust der Gewerkschaften und die Defizite ihrer Strategie

Die Weltwirtschaftskrise trifft den "Exportweltmeister" Deutschland besonders hart. Seit 2000 gehen zwei Drittel des realen Wirtschaftswachstum auf die Exporte zurück; 20 % der Beschäftigten arbeiten für den Export. Im Jahre 2008 betrug der Anteil der Exporte am BIP 48 % (im Vergleich: China: 36,3 %; Großbritannien: 27,5; Japan 17,4 und USA 13,0 %). In der Automobilindustrie z.B. sank der Anteil der Exporte von 40 % (2008) auf 15 % (2009), im gleichen Zeitraum gingen Kapazitätsauslastung und Produktion in dieser Leitbranche der deutschen Industrie um ca. 30 % zurück. Die Exportorientierung der deutschen Industrie – vielfach als Qualitätsmerkmal der deutschen Wirtschaft gefeiert – erweist sich in Zeiten eines weltweiten Nachfrageeinbruchs als deren "Achillesferse"; denn nunmehr werden Branchen und Industrieunternehmen sowie relativ privilegierte (aber zugleich gewerkschaftlich hoch organisierte) Belegschaften getroffen, die bisher eher zu den Gewinnern der "Globalisierung" gezählt wurden.

Die Orientierung auf den Export und die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft auf den globalen Märkten war die wichtigste Triebkraft für den Umbau des alten "Modell Deutschland", das in den 70er Jahren – mit seinem hohen Industrie- und Exportanteil, qualifizierten Facharbeitern, einer auf Inflationsverhinderung ausgerichteten Geldpolitik der Bundesbank, einer sozialpartnerschaftlichen Anerkennung starker Gewerkschaften und des Systems der betrieblichen Mitbestimmung – von der Sozialdemokratie als möglicher Exportartikel (in der Europäischen Gemeinschaft) gepriesen wurde. Nach Steffen Lehndorff wurde "ausgereicht eines der Flaggschiffe der 'koordinierten Marktwirtschaft' in Europa (das "deutsche Modell") unter dem Dauerbeschuss neoliberal inspirierter Debatten und 'Reformen' in seinem Charakter grundlegend verändert. Es hat seine angestammte Identität der Übertragung von wirtschaftlichem in sozialen Erfolg verloren. In Kombination mit dem bislang nur punktuell überwundenen Konservatismus im deutschen Wohlfahrtsstaat und Familienmodell ergibt sich eine toxische Mischung, die die Entwicklung und Nutzung gesellschaftlichen Arbeitsvermögens in erheblichem Maße behindert ... Die Automobilindustrie und der Maschinenbau mögen in der Vergangenheit für das deutsche Modell in seiner Gesamtheit gestanden haben, aber heute tun sie dies nicht mehr. Heute wird die Wirklichkeit des deutschen Modells eher dadurch charakterisiert, was diese beiden Vorzeigebereichen vom 'Rest' der Wirtschaft und des Beschäftigungsmodells unterscheidet".¹⁵ Vor

14) Nancy Fraser, Feminismus, Kapitalismus und die List der Geschichte, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 8/2009, S. 43–57, hier S. 54 und 56.

15) Steffen Lehndorff (Hrsg.), Abriss, Umbau, Renovierung? Studien zum Wandel des deutschen Kapitalismusmodells, Hamburg 2009, S. 13/14. Marburg 2009, S. 134.

allein nach der deutschen Vereinigung in den 90er Jahren wurde der "Standort Deutschland" einer "Radikalkur" unterzogen: "dazu gehören die Begrenzung der Masseneinkommen, die Einschränkung sozialstaatlicher Leistungen, die Deregulierung des Arbeitsmarktes, der Vorrang betrieblicher Regelungen vor Flächentarifverträgen oder die Senkung der Staatsquote ... Zur vorherrschenden Orientierung (der dominierenden Akteure in Politik, Medien und Interessenverbänden) wurde es, die Schwächung der wesentlichen Säulen (des deutschen Modells) – insbesondere des Sozialstaates und des Systems der Flächentarifverträge – zur Voraussetzung eines Wiedererstarkens der wirtschaftlichen Dynamik und der Erhöhung der Beschäftigung zu erklären".¹⁶ Der Würzburger Ökonom Peter Bofinger sprach 2008 von einem "Jahrzehnt der Entstaatlichung". Die herrschende Politik zeichnete sich in diesem Zeitraum durch die Kombination von "Ressourcenentzug" und "Kompetenzentzug" aus. Tempo und Umfang, die diese Entstaatlichung in Deutschland innerhalb weniger Jahre angenommen hat, sind in Europa einmalig.¹⁷



Was aber bedeutete dieser Umbau bzw. Abriss des "Modell Deutschland" für die "industriellen Beziehungen" und die Gewerkschaften? Die Kapitalseite hat vielfach die traditionelle "Konfliktpartnerschaft" aufgekündigt, sie nutzt den "Zugewinn an Macht auf dem Arbeitsmarkt (als Folge der Massenarbeitslosigkeit) für ein dezentralisiertes 'concession bargaining' ... Die Gewerkschaften haben demgegenüber viel von ihrem früheren Status einer Gestaltungsmacht verlo-

ren und beschränken sich immer mehr auf die Verteidigung bestehender Arbeitsstandards".¹⁸ Die IG BCE (als drittgrößte Industriegewerkschaft) setzt ihren extrem sozialpartnerschaftlichen Kurs fort und hofft nach wie vor darauf, vom Arbeitgeberverband, aber auch von den Regierungsparteien belohnt zu werden. Für die IG Metall ist die Automobilindustrie nach wie vor ihre "Vorzeigebbranche" (mit einem Organisationsgrad von über 50 %). Dennoch ist gerade hier der Druck des globalen Wettbewerbs und der Standortkonkurrenz besonders groß. Den Betriebsräten kommt eine immer wichtigere – und durchaus ambivalente – Funktion im Rahmen einer aufgewerteten Betriebspolitik zu, die sich keineswegs in eine gesteigerte Macht der Organisation umsetzt. Die GBR-Vorsitzenden der Großbetriebe der Automobilindustrie werden vielmehr zu den Machtzentren der IG Metall – regional und national.

Probleme der betrieblichen Beschäftigungssicherung überlagern mehr und mehr die Alltagspraxis von Betriebsräten. In anderen Branchen und Bereichen – vor allem im Osten – wurde die IG Metall durch die Erosion der Flächentarifverträge und die geschwundene Verhandlungsmacht der Arbeitgeberverbände geschwächt.¹⁹ Die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di hat nicht nur mit den internen Problemen einer Fusion von fünf vormals selbständigen Einzelgewerkschaften zu tun, sondern wird mit einer enormen Fragmentierung der Problemlagen und Interessen der Beschäftigten des tertiären Sektors, in dem Niedriglohn und prekäre Beschäftigung am weitesten verbreitet sind, konfrontiert.²⁰ Während in den prosperierenden Exportindustrien in den vergangenen beiden Jahren z.T. deutliche Lohnsteigerungen durchgesetzt werden konnten, leidet der öffentliche Dienst, aber auch der Einzelhandel unter der Knappheit der öffentlichen Kassen und der Schwäche der Binnen nachfrage. Zumal der öffentliche Dienst, der einst "Hort stabiler Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Beziehungen" (und von starken Personalräten bei Post, Bahn und ÖD) war, "wird unter den Vorzeichen der Haushaltssanierung und Privatisierung zu einem Faktor der Destabilisierung".²¹

Die Krise der Gewerkschaften, die für zahlreiche Staaten des entwickelten Kapitalismus in Nordamerika und Europa für die Zeit nach 1980 konstatiert wird,²² manifestiert sich in der Erosion gewerkschaftlicher

16) Ebd. S. 28.

17) Peter Bofinger, Das Jahrzehnt der Entstaatlichung, in: WSI-Mitteilungen, Heft 7/2008, S. 351–357; vgl. auch Lehdorff, a.a.O., S. 198.

18) Lehdorff, a.a.O., S. 33.

19) "Von 1990 bis 2006 ist der Organisationsgrad der Arbeitgeberverbände nach Beschäftigten in Westdeutschland um mehr als 16 Prozentpunkte auf nunmehr 56,5 % zurückgegangen; in Ostdeutschland fiel der Organisationsgrad zwischen 1991 und 2006 gar um mehr als 48 Prozentpunkte auf noch 17,4 %". Thomas Haipeter, Erosion der industriellen Beziehungen? Die Folgen der Globalisierung für Tarifsystem und Mitbestimmung in der deutschen Automobilindustrie, in: Lehdorff, a.a.O., S. 47–80, hier S. 66.

20) Neben den drei großen gibt es – im DGB – noch die fünf "kleinen" Gewerkschaften: IG Bau, Gewerkschaft NGG, Transnet, GEW und GdP (Polizei). In einigen dieser Verbände wird intern über den Anschluss an eine der großen Gewerkschaften diskutiert. Der wichtigste Grund für solche Überlegungen ist a) der Druck der finanziellen Situation als Folge sinkender Mitgliederzahlen, und b) die Überlegung, dass – mit der Organisationsmacht einer großen Gewerkschaft im Rücken – die Durchsetzungsfähigkeit gesteigert werden könnte. Das Beispiel von ver.di bewirkt allerdings nicht unbedingt Enthusiasmus.

21) Lehdorff, a.a.O., S. 33.

22) Vgl. u.a. Andrew Martin/George Ross u.a., The Brave New World of European Labor. European Trade Unions at the Millenium, New York/Oxford 1999; Richard Hyman, Understanding European Trade Unions. Between Markets, Class and Society, London 2001; Jeremy Waddington/Reiner Hoffmann

Verhandlungs- und Durchsetzungsmacht. Diese Krise realisiert sich als Machtverlust²³ auf Seiten der Gewerkschaften – d.h. das Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit verschiebt sich deutlich zugunsten der Unternehmerinteressen und der politischen Kräfte, die die neoliberale Restrukturierung des Kapitalismus ins Werk setzen:

■ Ihre *Organisationsmacht* schwindet mit sinkenden Mitgliederzahlen²⁴ und einer geringen Mobilisierungsfähigkeit bei tarifpolitischen, aber auch gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen; die Streikaktivität hat sich seit den 80er Jahren des 20. Jahrhunderts (in den meisten europäischen Staaten und den USA) deutlich verringert.

■ Ihre *strukturelle Macht* bezieht sich auf die Fähigkeit, im Bereich der Tarifpolitik (Löhne, Arbeitsbedingungen) gesamtwirtschaftlich oder gesellschaftspolitisch wirksam zu werden – der Rückgang der Binnennachfrage, das Absinken der Lohnquote, die Herausbildung eines Niedriglohnssektors etc. sind daher auch Ausdruck eines Machtverlustes der Gewerkschaften.

■ Schließlich verfügen die Gewerkschaften auch über *institutionelle Macht*. Diese wirkt über das System der industriellen Beziehungen und des kollektiven Arbeitsrechtes (im Zentrum steht dabei das Betriebsverfassungsgesetz und das Mitbestimmungsgesetz). Obwohl der rechtliche Rahmen in Deutschland (von der konservativ-liberalen Regierung Helmut Kohl) seit den 80er Jahren nicht substantiell verändert wurde, sind die "organisierten Arbeitsbeziehungen selbst in den Sog einer wettbewerbsorientierten Restrukturierung geraten. Noch innerhalb der Hülle formal intakter Institutionen hat sich der Inhalt kollektiver Arbeitsbeziehungen seit Mitte der 1990er Jahre grundlegend geändert".²⁵ Die "neue Landnahme" (Klaus Dörre) charakterisiert die Transformation dieser Institutionen, die zunehmend unter den Druck der Interessen und Gewinnmaximierungsstrategien (z.B. "Shareholder-Value") des Finanzmarktkapitalismus geraten sind

Wie haben die Gewerkschaften auf diesen Machtverlust reagiert?

■ Die Organisationsstruktur der deutschen Gewerkschaften hat sich in den vergangenen 25 Jahren grundlegend verändert. Die 16 Einzelgewerkschaften haben sich durch Fusionen auf 8 reduziert, von denen 3 Großgewerkschaften (IG Metall, ver.di, IGBCE) weiterhin einen Sog auf die kleineren Gewerkschaften

(vgl. Fußnote 20) ausüben. Das Prinzip der Industriegewerkschaft als Branchengewerkschaft ("ein Betrieb – eine Gewerkschaft"), das nach 1945 als wichtiger Bestandteil der Neugründung begriffen worden war, ist durch die Fusionen zu Verbänden, die viele Branchen und Beschäftigungsbereiche umschließen, außer Kraft gesetzt. Vor allem die Fusion von fünf Einzelgewerkschaften zur Vereinigten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di hat einen völlig neuen Typus von Gewerkschaften geschaffen, der allerdings seit der ver.di-Gründung im Jahre 2000 mehr als 20 % seiner Mitglieder (von 3 Millionen auf 2,3 Millionen im Jahre 2005) verloren hat. Konkurrierende Standesorganisationen (wie die Gewerkschaft der Lokführer, die Fluglotsen oder die Ärzte des Marburger Bundes) nutzen die Schwäche von DGB-Gewerkschaften aus, indem sie durch – gelegentlich militante – Streikaktionen verbesserte Entlohnung, Einstufungen usw. durchsetzen konnten. Damit wurde z.T. das negative Image der Großgewerkschaft – als eines eher unbeweglichen Tankers, der von seinen Binnenproblemen zusätzlich gelähmt wird – verstärkt, während auch Linke z.B. von der kleinen, beweglichen, frechen Lokführergewerkschaft (die freilich ansonsten vollständig dem Typus einer konservativen berufsständischen Organisation zuzurechnen ist) zu schwärmen begannen.

■ Der DGB – 1949 als das Dach der Gewerkschaften gegründet – war von Anfang an vor allem gegenüber den großen Gewerkschaften relativ schwach; denn in den Kernbereichen der Interessenvertretung (Tarifpolitik, betriebliche Interessenvertretung) sind die Einzelgewerkschaften autonom. Dazu sind sie finanziell selbständig, d.h. der DGB hängt von der Bereitschaft der (großen) Gewerkschaften ab, ihn zu finanzieren. Während der DGB (oft auch durch starke Vorsitzende wie Hans Böckler) in den gesellschaftspolitischen Reformdebatten (in den frühen 50er Jahren, aber auch in den 70er Jahren) eine wichtige Rolle spielte, hat er seitdem sukzessive an Bedeutung und Einfluss verloren. Zum 60. Jahrestag seiner Gründung beklagen ehemalige Mitarbeiter das "lange Sterben der Einheitsgewerkschaft DGB".²⁶

■ Auf der politisch-strategischen Ebene haben die Gewerkschaften mit einer Aufwertung der betrieblichen Interessenvertretung, damit einer Aufwertung der Betriebsräte, auf die Erosion ihrer organisatorischen und strukturellen Macht reagiert. Die Tarifpolitik (für die im "dualen System" der Interessenvertre-

(Hrsg.), Zwischen Kontinuität und Modernisierung. Gewerkschaftliche Herausforderungen in Europa, Münster 2001.

23) Zum Machtbegriff und seiner Bedeutung für die Analyse langfristiger Entwicklungstrends der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung vgl. Beverly Silver, Forces of Labor. Workers' Movements and Globalization since 1870, Cambridge 2003.

24) Zwischen 1991 und 2006 haben die DGB-Gewerkschaften (von 11,8 auf 6,8 Millionen) ein Drittel ihrer Mitglieder verloren; der Organisationsgrad ging im gleichen Zeitraum von 34,8 auf ca. 20 % zurück (vgl. Ulrich Brinkmann u.a., Strategic Unionism. Aus der Krise zur Erneuerung?, Wiesbaden 2008, S. 34).

25) Brinkmann u.a., S. 30/31.

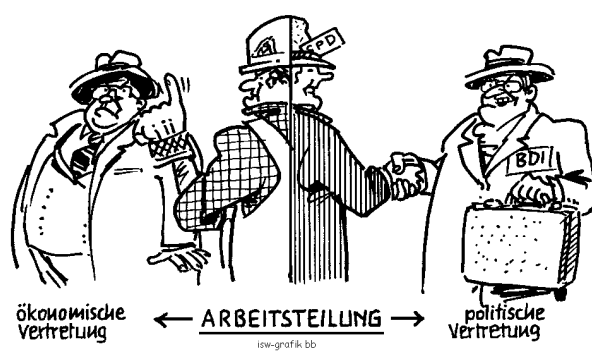
26) Für Eberhard Fehrmann (Death of a Clown. Vom langen Sterben der Einheitsgewerkschaft DGB, Supplement der Zeitschrift Sozialismus, 6/2009) ist "der Weg des DGB zu einem Briefkopf-DGB mit angeschlossener Rechtsberatung ... ebenso vorgezeichnet wie weitere Zusammenschlüsse der Gewerkschaftsverbände, denen es trotz ihrer Fusionen nicht gelungen ist, das Gefälle zwischen großen und kleinen Verbänden einzuebnen und zivile Modalitäten eines zwischen-gewerkschaftlichen Ausgleichs zu praktizieren. Dies wird irgendwann in eine Phase münden, in der der DGB als passiver GmbH-Mantel die Form liefert, in der sich die drei oder vier noch existierenden Verbände in einer außerordentlichen Notlage zu einer Allgemeinen Einheitsgewerkschaft zusammenschließen" (S. 40/41).

tung die Gewerkschaft zuständig ist) und die gesellschaftspolitische Ebene wurden dagegen abgewertet. In den 90er wurden "Bündnisse für Arbeit" propagiert, die auf der tarifpolitischen Ebene die Zurückhaltung der Gewerkschaften bei Lohnforderungen beinhalteten, die durch die Zusagen der Arbeitgeber für Beschäftigungssicherung gleichsam belohnt werden sollten. Die Politik der "Standortsicherung" ("Wettbewerbskorporatismus") verlagerte freilich auch die Inhalte der Interessenvertretung: "In den Betrieben wird nun vor allem über das Maß an Beschäftigungs-, Einkommens- und Statusunsicherheit verhandelt, das den Arbeitern und Angestellten zugemutet werden soll".²⁷

Indem sich die Gewerkschaften mehr und mehr auf die Betriebe ("Bastionen") konzentrieren, in denen sie noch gut organisiert sind, verstärken sie die Defizite, gewerkschaftlicher Organisation in anderen Bereichen. Die personale Ausdünnung der Apparate als Folge der Mitgliederverluste und der geringeren Einnahmen (vor allem beim DGB, aber auch bei den meisten Einzelgewerkschaften) hat dazu geführt, dass die betriebliche Betreuung, die Arbeit "in der Fläche" (z.B. durch DGB-Ortskartelle), politische Interventionen der Gewerkschaften auf der kommunalen und Landesebene (z.B. bei der Bildungspolitik oder bei der Privatisierung von öffentlichem Eigentum) zurückgenommen werden mussten. Gleichzeitig wurde die Bildungsarbeit abgebaut, der Anteil politischer (und kapitalismuskritischer) Bildung zurückgefahren, die Personengruppenarbeit (Jugend, Frauen, Angestellte etc.), bei der der DGB zeitweilig eine wichtige Rolle spielte, eingeschränkt. Das führt u.a. dazu, dass die Gewerkschaften gerade in den Bereichen, in denen die Transformationsprozesse zum Finanzmarktkapitalismus und die Widersprüche der neuen Formation am deutlichsten zum Ausdruck kommen, nur schwach Fuß zu fassen vermochten. Das betrifft weitere Bereiche des privaten Dienstleistungssektors (mit dem Kern der Banken, Versicherungen und Finanzinstitutionen), aber auch die IT-Branche. Auf der anderen Seite ist mit dem Niedriglohnsektor und der Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse die Herausbildung eines Dienstleistungsproletariats verbunden, das sich überwiegend aus Frauen sowie aus MigrantInnen zusammensetzt, die für die Gewerkschaften nur sehr schwer zu erreichen sind.

Schließlich wird dieser Machtverlust auch durch die Prozesse der Internationalisierung kapitalistischer Produktion und der Finanzmärkte verstärkt. In den wich-

tigsten Börsen der Welt, in den Rating-Agenturen oder in den Bankhäusern der globalen Finanzzentren spielen Gewerkschaften überhaupt keine Rolle. Bei den sog. institutionellen Anlegern (z.B. Pensionsfonds) hingegen, die zu wichtigen Akteuren des Casino-Kapitalismus gehören, tauchen gelegentlich Pensionsfonds US-amerikanischer Gewerkschaften auf; über die Beteiligung deutscher Gewerkschaften an dem Aufbau einer betrieblichen Säule der Alterssicherung werden diese ebenfalls in die spekulativen Spiele der globalen Finanzmärkte einbezogen.



Bei den Transnationalen Konzernen verweisen die Gewerkschaften gerne auf die Einrichtung von Eurobetriebsräten bzw. von Weltbetriebsausschüssen, in denen – z.B. bei den deutschen Automobilkonzernen wie VW oder Daimler – auch die IG Metall und ihre Betriebsräte eine wichtige Rolle spielen. Dennoch zeigen die zahlreichen Studien, die in den letzten Jahren z.B. zu den Eurobetriebsräten angefertigt wurden, dass von einem Machtgewinn der Gewerkschaften auf der internationalen Ebene oder gar dem Ausbau eines Systems transnationaler Gegenmacht nicht die Rede sein kann.²⁸ Oftmals verstehen die Betriebsräte der Muttergesellschaft ihre Aufgabe dahingehend, dass sie den "Kollegen" aus Betrieben anderer Staaten (z.B. in Spanien oder in Tschechien) klar machen, dass sie weniger streiken sollen und sich dafür mehr in Prozesse der kontinuierlichen Verbesserung der Produktivität einzubringen hätten. Der Fall des VW-Vorstandmitgliedes Peter Hartz und seines Betriebsratsvorsitzenden Klaus Volkert (beide IG Metall und Vertraute des früheren SPD-Kanzlers Gerhard Schröder) hat freilich dargelegt, dass diese Rolle deutscher Betriebsräte, die sich als Co-Manager verstehen, ei-

27) Brinkmann u.a., a.a.O. S. 31.

28) Klassenanalysen müssen berücksichtigen, wie sich im Zuge der Globalisierung die Machtbeziehungen zwischen Kapital und Arbeit (die üblicherweise auf der Eben des Nationalstaates betrachtet werden) verändert haben. Die herrschende Klasse hat sich auf jeden Fall internationalisiert: die Spitzenkräfte der Finanzmarktakteure und -institutionen, die Manager der Transnationalen Konzerne, das Spitzenpersonal der internationalen Organisationen und die Spitzen der politischen Klasse in den wichtigsten kapitalistischen Staaten, dazu Mainstream-Wissenschaftler, Künstler sowie Sportler und Größen der Pop-Musik bilden die Spitze der transnational herrschenden Klasse; sie werden gelegentlich auch als die "Davos-People" (Weltwirtschaftsforum) bezeichnet; vgl. David Rothkopf, Die Super-Klasse. Die Welt der internationalen Machtelite, München 2008. Die Arbeiterklasse hingegen – die seit dem "Kommunistischen Manifest" (1848) den Internationalismus propagiert hatte – ist auf der internationalen Ebene (etwa durch die Weltgewerkschaftsbünde oder durch Belegschaftsvertretungen in Transnationalen Konzernen) machtpolitisch deutlich schwächer präsent. Vielfach tendieren die Opfer bzw. die Verlierer der "Globalisierung" zu nationalistischen bzw. rassistischen Reaktionen auf den Internationalisierungsprozess. Darin reflektiert sich aber letztlich ihre Schwäche – aber auch die Schwäche politischer Organisationen, die den Internationalismus (als Antikapitalismus bzw. als Antiimperialismus) in den Köpfen und der Alltagskultur der Lohnabhängigen lebendig erhalten.

nen relativ hohen Preis hat, der wiederum seinerseits durch die Macht der IG Metall vor Ort, d.h. durch den erreichten Organisationsgrad im Betrieb und durch die Mobilisierungsfähigkeit der Belegschaft in tarifpolitischen Fragen bestimmt wird. Auch die Rolle des Porsche BR-Vorsitzenden Uwe Hück, der wie ein Vassall seines Feudalherren Wiedekind agierte, ist nicht allein psychologisch zu interpretieren. Sie wird ebenfalls nur verständlich im Kontext der starken Position der Gewerkschaften im Betrieb (hoher Organisationsgrad, eine Verwaltungsstelle und Bezirksleitung der IG Metall, die die Belegschaft in tarifpolitischen Auseinandersetzungen zu mobilisieren versteht). Das Ausmaß von Mitteln, die für die Integration von Belegschaftsvertretern für die Unternehmenszwecke eingesetzt werden, entspricht demnach nach wie vor der Macht, die die Gewerkschaft in solchen Betrieben repräsentiert. Solche Einzelfälle, die auch auf der Ebene der Niederlassungen deutscher Konzerne z.B. in Brasilien (Sao Paulo) oder Südafrika zur Geltung kommen können, bilden freilich die Ausnahme, und sind in der Regel sehr eng an sozialpartnerschaftlich orientierte Betriebsstrategien geknüpft.²⁹

4. Die Gewerkschaften müssen ihre Interessenvertretung mit dem politischen Kampf verbinden

Wenn es zutrifft, dass sich mit dem Finanzmarktkapitalismus seit Mitte der 70er Jahre des 20. Jahrhunderts eine neue Formation des Kapitalismus durchgesetzt hat, die die für die sog. "Golden-Age-Periode" der Nachkriegszeit charakteristische Formation des fordistischen Kapitalismus abgelöst hat, dann zwingen die Veränderungen der Gewerkschaften, die wir im vorangehenden Abschnitt analysiert haben, auch zu der Schlussfolgerung, dass sich der Typus der "fordistischen Industriegewerkschaft" (zentriert um die Zentren der fordistischen Massenproduktion) zwar nicht (wie die IG Metall zeigt) vollständig aufgelöst

hat, aber doch im Zusammenhang der Gesamtentwicklung der Gewerkschaften nicht länger als deren dominanter Typus gelten kann. Im Grunde genommen geht es darum, gewerkschaftliche Interessenvertretung, Organisations- und Kampfbedingungen neu zu definieren und praktisch anzueignen.³⁰ Auch die marxistische Gewerkschaftsanalyse ist dabei herausgefordert, ihr Konzept der Klassengewerkschaft bzw. der Klassenautonomie (als Prinzip gewerkschaftlichen Handels) kritisch zu überdenken. Der entscheidende Punkt betrifft die Problematik der sozialen Ungleichheit, d.h. der Klassenanalyse des gegenwärtigen Kapitalismus, die – nach einer langen Periode des Beschweigens im herrschenden Wissenschaftsbetrieb – in den letzten Jahren wieder mehr Aufmerksamkeit auf sich gezogen hat.³¹

Die Durchsetzung des Finanzmarktkapitalismus hat – auf der Basis einer enormen Produktivkraftsteigerung im Gefolge der "mikroelektronischen Revolution" – zu einer Abwertung des klassischen industriellen Kerns der Arbeiterklasse (in den Kapitalmetropolen) geführt; dabei spielt auch die Verlagerung industrieller Produktion in die "Schwellenländer" eine wichtige Rolle. Dort (z.B. in Südkorea, Südafrika und in Brasilien) haben sich in diesem Zusammenhang Kämpfe um die Anerkennung von Gewerkschaften sowie um die Demokratie vollzogen.³² Gleichzeitig hat sich die Lohnarbeit im Dienstleistungssektor ausgeweitet – wobei der größte Zuwachs an Beschäftigung nicht in den oberen Segmenten qualifizierter Tätigkeiten, im Bereich der Banken, Versicherungen, Unternehmensberatung, Werbung etc., sondern in den unteren Segmenten des Arbeitsmarktes (Einzelhandel, Hotel- und Gaststättengewerbe, persönliche Dienstleistungen etc.) stattgefunden hat. In diesen Segmenten nimmt der Anteil prekärer – nicht standardisierter – Arbeitsverhältnisse zu. Dies betrifft sowohl Teile der industriellen Arbeiterklasse und der lohnabhängigen Mittelschichten, die über die Arbeitslosigkeit auf den Weg des sozialen Absturzes geraten, als auch solche "Prekariere", die phasenweise zwischen Arbeitslosigkeit (und Hartz IV) und ungeschützten Tätigkeiten pen-

29) Bei einer genaueren Analyse dieser Problematik wäre selbstverständlich auch auf die Bedeutung der Vertretung der DGB-Gewerkschaften auf der europäischen Ebene – in den Institutionen der EU bzw. durch den EGB oder die europäischen Branchengewerkschaften (wie der EMB) einzugehen. In den frühen 90er Jahren brach eine regelrechte Euphorie hinsichtlich der möglichen Beeinflussung der EU-Sozialpolitik durch die Gewerkschaften aus. Die Hans-Böckler-Stiftung des DGB stellte viel Geld für Forschungen in diesem Bereich zur Verfügung. Jacques Delors (Präsident der EU-Kommission bis 1992) hatte den Gewerkschaften des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) versprochen, dass der Binnenmarkt – also die Marktintegration – auf jeden Fall durch eine Sozialintegration flankiert werden müsse. Schließlich gab die Richtlinie über die Eurobetriebsräte einen zusätzlichen Anstoß. Inzwischen sind auch auf diesem Felde manche Illusionen verfliegen. Zuletzt haben die Urteile des Europäischen Gerichtshofes (EuGH), die die Freiheiten des Binnenmarktes über soziale Grundrechte (wie das Streikrecht) stellen, Kritik an der neoliberalen Ausrichtung der europäischen Politik provoziert. Vgl. dazu u.a. Hans-Jürgen Urban, Den EU-Prozess neu programmieren, in: Die Mitbestimmung, 3/2009, S. 28–32, sowie Martin Höpner, Integration durch Usurpation – Thesen zur Radikalisierung der Binnenmarktintegration, in: WSI-Mitteilungen, 8/2009, S. 407–415.

30) In der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung gab es immer wieder Perioden, in denen auf der einen Seite traditionale Organisationen (z.B. von weißen, männlichen Facharbeitern in den USA) zu eher konservativ-ständischen Verbänden erstarrten, während aus den Kämpfen und der Selbstorganisation von neuen Gruppen der Lohnabhängigen (z.B. der ungelerten Massenarbeiter in der Automobilindustrie in den 30er Jahren) auch ein "New Unionism" hervorging. Entscheidend war dabei stets a) spontaner Druck (und Kampfbereitschaft) von unten und b) Führungskräfte, denen die Sackgassen bewusst waren, in die die ständischen Verbände mit ihrer sozialpartnerschaftlichen bzw. korporatistischen "Philosophie" geraten waren. Voraussetzung für den Untergang der "alten" Gewerkschaften war in der Regel, dass ihre Instrumente der Politik nicht mehr griffen und sie deshalb nur noch partielle Erfolge (für eine kleine Schicht von "Arbeiteraristokraten") bei der Interessenvertretung vorweisen konnten (in den USA hatte diese Tendenz – zusammen mit der Bedeutung der Closed Shops – auch die Ausweitung der Korruption und das Eindringen krimineller Elemente in die Gewerkschaftsorganisation erleichtert).

31) Vgl. dazu u.a. Klaus Dörre, Neubildung von gesellschaftlichen Klassen. Zur Aktualität des Klassenbegriffs, in: Joachim Bischoff u.a., Klassen und soziale Bewegungen, Hamburg 2003, S. 18–32; Sebastian Herkommer, Ausgrenzung und Ungleichheit. Thesen zum neuen Charakter unserer Klassengesellschaft, in: Roland Anhorn u.a. (Hrsg.), Sozialer Ausschluss und Soziale Arbeit, Wiesbaden 2005 (2. Auflage), S. 63–82.

32) Der derzeitige Staatspräsident von Brasilien, Luiz Ignácio Lula da Silva, war der Führer in diesen Kämpfen, aus denen auch die Arbeiterpartei (PT) und die CUT-Gewerkschaften hervorgegangen sind. Vgl. auch Beverly Silver, Forces of Labor, a.a.O., S. 54 ff.

deln. Schließlich nimmt der "Bodensatz" jener rapide zu, die die "Position der Überzähligen" einnehmen, d.h. die sich "in einer Art gesellschaftlichen 'no man's land' herumtreiben", also dauerhaft vom Zugang zur Lohnarbeit ferngehalten sind.³³



Diese Fragmentierung einer Klassenerfahrung, die durchaus auf die (Beziehung zur) Zentralität von Lohnarbeit gebaut ist, blockiert immer mehr die Definition und Artikulation gemeinsamer, allgemeiner Klasseninteressen. Die Spaltungen beziehen sich allerdings nicht allein auf die zunehmende Differenzierung und Spreizung zwischen den verschiedenen Gruppen der LohnarbeiterInnen, die sich im Lohnniveau, der Qualifikation, der Sicherheit des Arbeitsprozesses, der Lebensweise und Kultur ausdrückt und dabei verschiedene Milieus (in der Lohnarbeit) gegeneinander abgrenzt.³⁴ Die Spaltungslinien in der Arbeitswelt selbst "in wachsende Prekarität und subjektivierte Arbeit"³⁵ bedeutet zugleich, wie Dieter Sauer betont, dass zumindest gegenwärtig eine einheitliche Arbeitspolitik à la anti-tayloristische Humanisierung immer problematischer wird. Sie bricht sich mit einer differenzierten Arbeitslandschaft, "in der sich vorfordistische und tayloristische, aber eben auch postfordistische Problemstellungen mischen".³⁶

Natürlich sind Spaltungen und Fragmentierungen von Klassenerfahrung nicht neu; sie durchziehen die gesamte Geschichte des Kapitalismus und der Arbeiterbewegung.³⁷ Politik bedeutet stets die Aggregation unterschiedlicher – individueller und fraktioneller – Interessen innerhalb der Klasse – mit anderen Worten: der Repräsentanz einer spezifischen Beziehung von besonderen und allgemeinen Interessen der Klasse. Für die Herrschaftsinteressen der Bourgeoisie, deren Mitglieder ebenfalls individuelle, konkurrierende Interessen haben, kommt dem kapitalistischen Staat die Aufgabe zu, diese Vermittlung zu leisten. Dennoch hat die Fragmentierung im Übergang ins 21. Jahrhundert in den Kapitalmetropolen eine neue Qualität angenommen, die gerade diese Notwendigkeit der Aggregation betrifft:

■ "Die Krise der Repräsentation"³⁸ resultiert nicht allein daraus, dass der gewerkschaftliche Organisationsgrad deutlich gesunken ist (auf etwa 20 %). Der Anspruch der Einheitsgewerkschaft, die Lohnabhängigen in ihrer Gesamtheit zu repräsentieren, ist ebenso deutlich eingeschränkt.³⁹ Außerdem entspricht das soziale Profil der Mitglieder der DGB-Gewerkschaften (nach Berufstätigkeit und Qualifikation, Betriebsgrößen, Alter, Geschlecht, Nationalität usw.) immer weniger der sozialen Realität. Obwohl bei Angestellten, Frauen, IT-Kräften, Jugendlichen, MigrantInnen und "Prekariern" in den letzten Jahren viele neue Mitglieder gewonnen wurden, entspricht deren Anteil an den Gewerkschaftsmitgliedern – im Verhältnis zu den Arbeitern der industriellen Großbetriebe, den Beschäftigten in bestimmten Sektoren des öffentlichen Dienstes, zu älteren Lohnabhängigen und zu Rentnern – noch längst nicht ihrem Anteil an der Gesamtheit der Beschäftigten.

■ Angesichts der Fragmentierung der Arbeits- und Beschäftigungsverhältnisse und – daraus resultierend – der sozialen Interessen wird es immer schwieriger, die allgemeinen und einheitlichen Interessen der Klasse (soweit sie überhaupt durch die Gewerkschaft wahrgenommen werden können) zu artikulieren und zu repräsentieren. Auf der einen Seite nehmen die "weißen Flecken" auf der sozialen Landkarte (Arbeitsmarkt) zu, die Arbeitsverhältnisse (und Reprodukti-

33) Klaus Dörre, Die Wiederkehr der Unsicherheit – Konsequenzen für die Arbeitspolitik, in: Richard Detje u. a. (Hrsg.), Arbeitspolitik kontrovers, Hamburg 2005, S. 73–103, hier S. 74.

34) Vgl. Michael Vester, Soziale Milieus in Bewegung, in: ders. u.a., Die neuen Arbeitnehmer, Hamburg 2007, S. 31–51.

35) Im "Bruch mit tayloristischen Rationalisierungsprinzipien ... wird wieder verstärkt Arbeitskraft nicht nur als Objekt, sondern gerade als Subjekt adressiert". Dieter Sauer, Paradigmenwechsel in der Arbeitspolitik, in: Richard Detje u.a., a.a.O., S. 54–72, hier S. 56.

36) Ebd.

37) Vgl. Frank Deppe, Einheit und Spaltung der Arbeiterklasse. Überlegungen zu einer politischen Geschichte der Arbeiterbewegung, Marburg 1981. Nikos Poulantzas (Politische Macht und gesellschaftliche Klassen, Frankfurt/Main 1975, S. 275/6) hatte (im Anschluss an Marx und Lenin) die Funktion der politischen Partei darin bestimmt, "die revolutionäre politische Einheit dieser Klasse herzustellen, die permanent im individuellen, lokalen, partiellen und vereinzelt ökonomischen Kampf befangen ist".

38) Vgl. dazu Ulrich Brinkmann u.a., a.a.O., S. 33 ff.

39) Mit der Gründung der Einheitsgewerkschaft verband sich – als Ergebnis der Erfahrung des Faschismus und der Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung im Jahre 1933 – nach 1945 auch der Anspruch, die Spaltung zwischen den weltanschaulich-politischen Richtungsgewerkschaften (christlich, sozialdemokratisch, kommunistisch) zu überwinden. In der Zeit des Kalten Krieges bestand dieser Anspruch fort, obwohl die Kommunisten aus dem Apparat ausgeschaltet waren und die "Christen" aus der CDU/CSU nur eine sehr kleine Minderheit bildeten. Die DGB-Gewerkschaften waren in den 50er und 60er Jahren de facto sozialdemokratische Richtungsgewerkschaften; als in den 70er Jahren dieses Monopol zu bröckeln schien, begann sofort eine Kampagne gegen die sog. "kommunistische Unterwanderung" der Gewerkschaften. Heute ist das Bewusstsein von der politischen Bedeutung der Einheitsgewerkschaft weitgehend verloren gegangen; die Linken in den Gewerkschaften haben freilich gute Gründe, die Prinzipien der Einheitsgewerkschaften und ihrer parteipolitischen Unabhängigkeit zu verteidigen.

onsbedingungen) erkennen lassen, die weder durch Tarifverträge noch durch Sozialgesetze – im Extremfall durch die Staatsangehörigkeit – geschützt sind. Die traditionellen Instrumente gewerkschaftlicher Interessenvertretung – Tarifpolitik, betriebliche Interessenvertretung auf der Basis des BetrVG, arbeitsrechtlicher Schutz und sozialpolitische Lobbyarbeit – greifen in den prekären und marginalen Sektoren des Arbeitsmarktes nicht mehr.

Auf der anderen Seite haben sich in den letzten Jahren die Segmentierungen zwischen den großen Bereichen *Produktion* (verarbeitendes Gewerbe/Grundstoffindustrien sowie unternehmensbezogene Dienstleistungen wie Forschung, Finanzdienstleistungen), *Konsum/Verteilung* (Handel, Verkehrswesen, Nachrichtenübermittlung, Hotels und Gaststätten) sowie *Vorsorge* (öffentliche Verwaltung, Erziehung, Gesundheits- und Sozialwesen, Entsorgung) verstärkt.⁴⁰ Die Produktion ist auf den Export ausgerichtet; an den Erfolgen partizipieren auch die Beschäftigten und die Gewerkschaften, sofern sie sich – als Co-Manager – an den Strategien der Verschlinkung und Kostenreduzierung (als Voraussetzung für die Verbesserung der globalen Wettbewerbsfähigkeit) beteiligen. Der Konsumsektor leidet unter der schwachen Binnennachfrage und der "Vorsorgesektor" leidet unter der neoliberalen Politik der "Entstaatlichung". Diese Unterschiede bekommt vor allem die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di zu spüren, die demzufolge – sowohl bei der Entlohnung, als auch bei der Arbeitszeit – deutlich schlechtere Regelungen erkämpfen und verteidigen muss als z.B. die IG Metall in der Automobilindustrie.⁴¹

Die zahlreichen Streiks, die in den letzten Jahren im Organisationsbereich von ver.di stattgefunden haben (zuletzt die Erzieherinnen und die Pflegekräfte), sind (übrigens nicht nur in Deutschland) Vorboten sozialer und politischer Konflikte (denn Erzieherinnen und Pflegekräfte sind in der Regel beim Staat oder bei den Kommunen beschäftigt), die in der Zukunft für die Entwicklung der Löhne und der Arbeitsbedingungen, für die industriellen Beziehungen und die Entwicklung von Gegenmacht (gegenüber Staat und Kapital), damit von Wirtschaftsdemokratie, und schließlich für die Entwicklung der Gewerkschaften in den hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaften immer lebenswichtiger werden. Schon heute gehören in einigen Ländern die Gewerkschaften der Lehrer und des Universitätspersonals, der ErzieherInnen, des Pflegepersonals im Bereich der Altenpflege und des Gesundheitswesens, der angestellten Ärzte usw. zu den streikfreudigsten Gruppen innerhalb der Lohnarbeiterschaft.

■ Diese Fragmentierung lässt deutlich erkennen, dass die Aufgabe der Organisation nicht nur darin bestehen kann, die partiellen Interessen von Belegschaften oder Beschäftigtengruppen wahrzunehmen, sondern diese Interessenvertretung mit dem Kampf auf der politischen Ebene zu verbinden. Die Schranken der Tarifpolitik erzwingen geradezu den Einsatz z.B. für einen gesetzlich geregelten Mindestlohn. Auch in anderen Bereichen (beim Arbeitslosengeld und in der Sozialfürsorge, Alterssicherung/Rente, Gesundheitsschutz, aber auch im System der Bildung, Aus- und Weiterbildung) sind staatliche Interventionen gefordert, die Mindestbedingungen und Schutz für Menschen zu gewährleisten, die durch die traditionellen Instrumente gewerkschaftlicher Politik nicht mehr erreicht werden. Angesichts des Absinkens der Lohnquote in den vergangenen Jahren, der Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und in den sozialen Sicherungssystemen, aber auch angesichts der steuerlichen Entlastung der Besserverdienenden ist es immer wichtiger geworden, dass die Gewerkschaften, die traditionell über ihre Lohnpolitik die Primärverteilung beeinflussen, auch auf der Ebene der Sekundärverteilung Macht und Einfluss gewinnen. Dabei geht es einerseits um die Prioritäten der Verteilung (Sozialpolitik/Infrastruktur statt Militärausgaben und Bankensanierung); andererseits geht es um die Einnahmen des Staates, d.h. um die Steuerpolitik und deren zentrale Bedeutung für soziale Gerechtigkeit.

Auf diesem Gebiet wird die Artikulation eines einheitlichen Standpunktes bzw. Interesses durch zwei gravierende Veränderungen beeinträchtigt:

a) Der DGB ist als Dachorganisation zu schwach, um diese Aufgabe erfolgreich wahrzunehmen. Es gab Perioden harter gesellschaftspolitischer Auseinandersetzungen – zum Beispiel Anfang der 50er Jahre um das Mitbestimmungs- und Betriebsverfassungsgesetz oder in den frühen 70er Jahren, in der Zeit der "Reformpolitik" (z.B. Bildungsreform, Humanisierung der Arbeit, Mitbestimmung) –, in denen der DGB diese Aufgabe der Repräsentanz von politischen Positionen der gesamten Gewerkschaftsbewegung wahrgenommen und damit in den politischen und sozialen Auseinandersetzungen eine wichtige politische Rolle spielte.⁴² Die großen Einzelgewerkschaften vertreten jedoch oftmals bei den politischen Forderungen unterschiedliche Positionen; auf der Ebene des DGB werden dann Kompromissformulierungen gesucht, die die Konfrontation mit den Regierenden (und den sie tragenden Parteien) möglichst entschärfen. Vor allem die "alte IG Chemie" – heute IGBCE – besteht darauf, sozialpartnerschaftliche Kooperation nicht zu gefährden. Mit der Fusion zu den Großgewerkschaften hat

40) Vgl. Steffen Lehndorff u.a., a.a.O., S. 23.

41) In den von Steffen Lehndorff herausgegebenen Studien zum Wandel des deutschen Kapitalismusmodells (a.a.O.) finden sich Einzelstudien zur Entwicklung der Beschäftigung und der industriellen Beziehungen in verschiedenen Branchen (Automobilindustrie, Einzelhandel, Bauwirtschaft, Altenpflege und öffentlicher Personennahverkehr), in denen diese Unterschiede sehr deutlich herausgearbeitet werden.

42) Die Konstruktion des DGB waren allerdings von Anfang an so angelegt, dass er diese Rolle niemals gegen den Willen der großen Einzelgewerkschaften (besonders der IG Metall) wahrnehmen konnte.

diese "Blockadepolitik" innerhalb des DGB auf jeden Fall an Bedeutung gewonnen. Gleichzeitig ist z.B. durch das Aufgehen der IG Medien in ver.di die Attraktivität einer kleinen Gewerkschaft verblasst, die durch ihre kritischen und radikalen Standpunkte, aber auch durch das Format ihrer Führungskräfte und die Intelligenz vieler Betriebsräte (aus der alten Druckindustrie) in die gesamte Gewerkschaftsbewegung auszustrahlen vermochte.

b) Die Geschichte der Arbeiterbewegung war seit der Gründung der II. Internationale (1889) durch eine "Säulenstruktur" gekennzeichnet, die zugleich eine Arbeitsteilung zwischen den "Säulen" bedeutete: die Gewerkschaft war für die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Lohnarbeiter in der Wirtschaft, die Partei für die Durchsetzung von Demokratie und Sozialreformen im Parlament zuständig. Die revolutionären Kräfte (die Anarchosyndikalisten ebenso wie die Leninisten) lehnten diese Form der "Arbeitsteilung" ab; sie stritten sich oftmals über die Rolle und Aufgaben der Gewerkschaften im Prozess der Revolution – sie erkannten die Notwendigkeiten des gewerkschaftlichen Kampfes, die Schranken des "rein ökonomischen" Kampfes sollten jedoch – so die Kommunisten der 3. Internationale – durch die politische Führungsfunktion der Partei überwunden werden. Nach 1945 haben in Westeuropa die sozialdemokratisch/sozialistischen Parteien (in einigen Ländern wie Italien und Frankreich auch die kommunistischen Massenparteien) im wesentlichen die Funktion der politisch-parlamentarischen Repräsentanz der Gewerkschaften übernommen.⁴³ Erst in den 70er Jahren gab es deutliche Bestrebungen auf Seiten der Gewerkschaften, sich von dem Führungsanspruch politischer Parteien zu lösen und in den Auseinandersetzungen um gesellschaftspolitische Reformen als autonome Kräfte zu agieren.⁴⁴ Seit den 80er Jahren hat sich diese Beziehungsstruktur zunehmend aufgelöst. Die Transformation der großen sozialdemokratischen Parteien (New Labour, SPD, PSOE, PS u.a.) zur europäischen "Marktsozialdemokratie"⁴⁵ war von einer Distanzierung gegenüber den alten Bündnispartnern (wie insgesamt der "alten" proletarischen Basis der Partei) geprägt; als Regierungsparteien gerieten sie immer mehr in z.T. offene Konflikte mit relevanten Teilen der Gewerkschaftsbewegung ihres Landes.⁴⁶ Die kommunistischen Massenparteien gerieten seit den späten 70er Jahren in den Sog einer Abwärtsbewegung; der Zusammenbruch der staatssozialistischen Systeme um die Sowjetunion versetzte ihnen gleichsam den "Todesstoß". Damit zerbrach aber eine

Bindung, die für die Durchsetzung (oder überhaupt nur Wahrnehmung) gewerkschaftlicher Forderungen auf der politischen Ebene von außerordentlicher Bedeutung ist; denn die Unterstützung gewerkschaftlicher Forderungen im Bundestag durch die Linkspartei reicht natürlich längst nicht aus, um diese mehrheitsfähig zu machen. Die Kehrseite der Autonomie besteht also darin, dass die Gewerkschaften, in ihrem "Kerngeschäft" geschwächt, nun auch im politischen Raum ihre traditionellen Bündnispartner und damit Einflussmöglichkeiten (von den Parlamenten bis zu den Regierungsapparaten, z.B. im Arbeits- und Sozialministerium) verlieren. Damit geht ein Macht- und Ansehensverlust in den Verhandlungen der Tarifparteien, insgesamt in der Öffentlichkeit und in den Medien, einher.

Ob dieser Verlust durch neue Initiativen zur politischen Anpassung an die herrschenden Parteien wieder ausgeglichen werden kann, mag bezweifelt werden; denn in den gewandelten Beziehungen zu den politischen Parteien reflektieren sich – in letzter Instanz – jene sozialökonomischen Strukturveränderungen und die Hegemoniekonstellation des Neoliberalismus, die mit dem Übergang in die Formation des globalen Finanzmarktkapitalismus die Stellung der Gewerkschaften im System des entwickelten Kapitalismus geschwächt haben. Die "große Krise" seit 2008 kommt nicht wie ein Naturereignis aus dem Nichts, sondern sie hat sich in diesen Strukturen des Finanzmarktkapitalismus quasi gesetzmäßig entwickelt; aber sie trifft nunmehr auf Strukturen und Verhältnisse, die in den vergangenen Jahrzehnten durch das Regime des Neoliberalismus grundlegend umstrukturiert worden sind. Ein Ausweg aus dieser Konstellation dürfte nur im Gefolge von Prozessen möglich sein, die (auch als Reaktion auf die Krise) gewerkschaftliche Interessenvertretung als soziale Bewegung – im Bündnis mit anderen sozialen und politischen Kräften – erneuern.

5. Wie die "strategische Lähmung" der Gewerkschaften überwunden werden kann

In den letzten Jahren vor dem "Einbruch" der Krise (seit 2007/08) gab es Anzeichen für eine Revitalisierung der Gewerkschaften. Die z.T. dramatischen Mitgliederverluste wurden in einigen Ländern gestoppt. In fast allen europäischen Staaten gab es seit dem Ende der 90er Jahre Generalstreiks, die sich gegen

43) Dort, wo es christliche Richtungsgewerkschaften gab, haben die christdemokratischen "Volksparteien" diese Aufgabe übernommen; in der Einheitsgewerkschaft des DGB wurden die "Christen" immer wieder in Führungsfunktionen berücksichtigt – auch deshalb, weil der "Arbeitnehmerflügel" in der CDU/CSU bei der Durchsetzung von Gesetzesvorhaben (wie z.B. der Mitbestimmung oder der Rentenreform) ein notwendiger Koalitionspartner des DGB und der SPD war.

44) Vgl. dazu u.a. Frank Deppe, *Autonomie und Integration. Materialien zur Gewerkschaftsanalyse*, Marburg 1979.

45) Vgl. Oliver Nachtwey, *Marktsozialdemokratie. Die Transformation von SPD und Labour Party*, Wiesbaden 2009.

46) Der Sozialdemokrat Gerhard Schröder, der als Bundeskanzler mit seiner Agenda 2010 die Gewerkschaften zu Massendemonstrationen gegen die Bundesregierung aufbrachte, bezeichnete in seiner Autobiographie – im Zusammenhang der Agenda 2010 – die Vorsitzenden der beiden größten DGB-Gewerkschaften, Jürgen Peters (IG Metall) und Frank Bsirske (ver.di), als seine ärgsten politischen Gegner.

die neoliberale Politik – im Bereich Renten, Gesundheit, Bildung, Arbeitsmarkt – richteten. Bei Meinungsumfragen zeigte sich, dass das negative Bild, das die Gewerkschaften in den 90er Jahren abgaben, einem Meinungstrend gewichen ist, der angesichts der anhaltenden Beschäftigungskrise, der Polarisierung von arm und reich, der Wahrnehmung einer Gerechtigkeitslücke und der alles durchdringenden sozialen Unsicherheit und des Glaubwürdigkeitsverlustes der politischen Klasse die Notwendigkeit starker Gewerkschaften anerkennt, auch wenn sich daraus nicht unmittelbar ein Ansteigen der Mitgliederzahlen ableiten lässt. Die relativen Erfolge der Linkspartei (mit Oskar Lafontaine und Gregor Gysi, aber auch mit der öffentlichen Unterstützung durch zahlreiche Gewerkschafter) sind dagegen schon Ausdruck dieser Unzufriedenheit auf der politischen Ebene. Viele GewerkschafterInnen haben sich seit Seattle (1999) und Porto Alegre (2001) an den Treffen und den Aktivitäten der globalisierungskritischen Bewegung und von attac beteiligt. Auf der europäischen Ebene gab es eine enge Kooperation zwischen Gewerkschaftern und sozialen Bewegungen im Kampf gegen die sog. "Dienstleistungsrichtlinie" (Bolkestein) sowie gegen den Lissabon-Vertrag.

Auch die Kritik an der "Strategieunfähigkeit" weiter Teile der Gewerkschaften darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch organisatorisch geschwächte Gewerkschaften die wichtigste Organisationsform der kollektiven sozialökonomischen Interessen der Lohnarbeiter bleiben. Zumal in Zeiten der Krise können sie zu Trägern massiver sozialer Proteste werden, die auf einen Politikwechsel zielen. Trotz der scheinbaren Lähmung von Führungsgruppen seit 2008 gab es auch in Deutschland Massendemonstrationen gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf die Arbeitnehmer (28. März und 16. Mai 2009); der "Kapitalismus-Kongress" des DGB im Mai 2009 war Ausdruck der Tatsache, dass die Wucht der Krise und die weit verbreitete Unsicherheit, aber auch die Unruhe bei den Belegschaften in den Betrieben und in der eigenen Mitgliedschaft Druck auf die Führung ausgeübt haben, sich einer Fragestellung punktuell zu öffnen, die sie seit Jahrzehnten systematisch verdrängt hat.

Angesichts der herrschenden Ideologie, aber auch angesichts der vielfältigen Krisen des "realen Sozialismus" waren viele der Meinung aufgesessen, dass es zum Kapitalismus bzw. im Kapitalismus nur die Alternative zwischen "sozialer Marktwirtschaft" (= gutes Leben) und "Marktradikalismus" (= Krise) gebe. Jetzt erzwingt die Krise zumindest eine partielle Öffnung des Horizontes von notwendigen Veränderungen *im*

und *zum* Kapitalismus.⁴⁷ Immerhin beginnt auch unter Intellektuellen und Literaten eine solche Debatte und "Klimaveränderung", die schon im renommierten Suhrkamp-Verlag angekommen ist.⁴⁸

Vor diesem Hintergrund wird auch verständlich, warum die Protagonisten des Neoliberalismus (seit Hayek) die Gewerkschaften immer als ihre Hauptgegner betrachten und innerhalb des "Arbeitgeberlagers" stets eine harte Fraktion den Konflikt mit den Gewerkschaften sucht – ihr Idealbild des Kapitalismus und der freien Märkte lässt keine Gewerkschaften mehr zu. Allerdings bilden sie – zumal in Deutschland – immer noch eine Minderheit gegenüber jener Kapitalfraktion, die die Fahne der Sozialpartnerschaft hochhält, weil sie sich im System der industriellen Beziehungen auf Planungssicherheit verlassen können und zugleich die Integrations- und Disziplinierungsfunktion der Gewerkschaften gegenüber möglichen Revolten von unten anerkennen wollen.



Angesichts der günstigen Konjunktur in den Jahren zwischen 2006 und 2008 haben die Gewerkschaften zudem an Ansehen gewonnen, weil sie in den Tarifauseinandersetzungen relativ günstige Lohnabschlüsse durchsetzen konnten und die Arbeitslosigkeit deut-

47) Bernd Riexiger (Perspektiven des Protestes, in: Sozialismus, 7-8/2009, S. 35 ff.), Geschäftsführer des ver.di-Bezirks Stuttgart, bemerkt mit Recht: "Kapitalismuskritische Erklärungen der Krise drängen die Gewerkschaften nicht in die Rolle von Sektierern und Revolutionsromantikern. Eine grundlegende Kritik an der Logik von Profitwirtschaft, Konkurrenz, freien Märkten und der Unterordnung der Menschen unter die Zwänge der Kapitalverwertung würde den gewerkschaftlichen Positionen eine größere Schlagkraft verleihen. Zumindest eine fundierte Kritik am finanzgesteuerten Kapitalismus können wir von den Gewerkschaften erwarten, ohne dass dabei die Illusion genährt wird, dass die sogenannte soziale Marktwirtschaft (als Gegenentwurf zum Sozialismus) wieder auferstehen wird" (S. 37).

48) Vgl. z.B. die Schrift von Dietmar Dath, Maschinenwinter, Frankfurt/Main 2008; im Herbst 2009 erscheint – ebenfalls im Suhrkamp-Verlag – eine Schrift der Jenaer Soziologen Klaus Dörre, Stephan Lessenich und Hartmut Rosa mit dem Titel: Soziologie – Kapitalismus – Kritik.

lich zurückging (womit stets auch eine gewisse Entspannung bei den Staatshaushalten sowie den Kassen der BfA und der Sozialkassen verbunden ist). Gleichzeitig gab es neue Initiativen, um die Gewerkschaftsarbeit zu revitalisieren und neue Mitglieder zu gewinnen. Die Organizing-Kampagnen⁴⁹ in verschiedenen Gewerkschaften sind unter dem engen Gesichtspunkt ihrer technischen Organisation und der tatsächlichen Ergebnisse bei der Mitgliederentwicklung keineswegs uneingeschränkt positiv zu bewerten. Die Erfahrungen der "Erneuerung" in anderen Ländern (z.B. in den USA) sind nur begrenzt nach Deutschland übertragbar,⁵⁰ und oftmals überwiegt im Apparat doch eine eher technokratische Variante der Image- und Mitgliederwerbung, die eher auf die Instrumentarien der Werbe- und Medienberater zählt als auf die Kraft eines erneuernden "social movement unionism".

Dennoch öffnet sich mit den Organizing-Kampagnen der Horizont gewerkschaftlicher Strategiereflexion zu den neuen Herausforderungen, die mit den großen Umwälzungen der vergangenen Jahrzehnte (vgl. Abschnitte 2. und 3.) und der daraus resultierenden Schwächung und Krise der fordistischen Massengewerkschaft verbunden sind. Auf der einen Seite steht dabei die Frage der Beteiligung der Mitglieder in den Betrieben an der Politik der Organisation im Mittelpunkt. Diese Neu-Akzentuierung der Politik schließt (namentlich bei der IG Metall) mehr oder weniger deutlich das Eingeständnis ein, dass der "Wettbewerbskorporatismus" (Co-Management für Standort-sicherung und "Beschäftigungspakte") der 90er Jahre gescheitert ist. Auf der anderen Seite öffnet sich das Organizing-Konzept gerade zu denjenigen Sektoren der Wirtschaft, des Arbeitsmarktes und der Beschäftigung, die schon stärker durch Zonen der Prekarität durchdrungen sind und in denen die traditionellen Instrumente gewerkschaftlicher Politik nur schwach greifen bzw. zuerst einmal (z.B. durch die Einrichtung eines Betriebsrates oder die Anerkennung des Tarifvertrages) durchgesetzt werden müssen. Erfolgreiche Organizing-Kampagnen sind auch ein Beispiel für jene strategische Flexibilität, die im Prozess der Erneuerung gewerkschaftlicher Organisation und Interessenvertretung gefordert ist.

Erfolge verlangen die Hinwendung zu Sektoren ohne organisierte Arbeitsbeziehungen mit Beschäftigten-gruppen, die zu den klassischen Gewerkschaften der männlichen Facharbeiter keine Beziehung haben. Außerdem verlangt die Arbeit Bündnisbeziehungen mit sozialen und politischen Bewegungen (z.B. gegen Diskriminierung, gegen Rassismus) außerhalb der Arbeitssphäre. Strategische Flexibilität bedeutet also die

Anerkennung der Vielfalt von Ansätzen gewerkschaftlicher Organisation und Interessenvertretung. Diese Vielfalt wiederum spiegelt die reale Fragmentierung und Spaltung von Klassenerfahrung im gegenwärtigen Kapitalismus.

Wenn wir diese Überlegungen auf die internationale Ebene projizieren, so gewinnt sie zusätzlich Plausibilität; denn gerade in Ländern, in denen das Niveau der Verrechtlichung der Arbeitsbeziehungen längst nicht so hoch ist wie in Deutschland, gewinnen diese Ansätze zunehmend an Bedeutung. Kämpfe um Anerkennung, Aufstände ("riots") in den Slums, Widerstand (indigener Bevölkerungsgruppen wie in Peru) gegen Umweltzerstörung, Landbesetzungsbewegung von enteigneten Bauern und andere Formen sozialer Bewegungen entwickeln sich neben den klassischen Formen gewerkschaftlicher und politischen Interessenvertretung in der Tradition der sozialistischen und kommunistischen Arbeiterbewegung.

Eine zuverlässige Bilanz der Organizing-Kampagnen und ihrer Kosten (bei IG Metall und ver.di) wird erst in der Zukunft erstellt werden können. Allerdings ist zu befürchten, dass noch im Verlaufe des Jahres 2009 – insbesondere nach der Bundestagswahl im September – Wirkungen der Krise zu verarbeiten sind, die ihrerseits die Gewerkschaften mit ganz neuen Herausforderungen konfrontieren. Auf jeden Fall ist ein Anschwellen der Arbeitslosigkeit bis 2010 (auf ca. 5 Millionen) zu erwarten, wobei besonders der Organisationsbereich der IG Metall betroffen sein wird (Metall- und Elektroindustrie). Daher muss die IG Metall damit rechnen, dass die Anstrengungen der Organizing-Kampagne schnell durch sinkende Mitgliederzahlen (als Folge der Arbeitslosigkeit) zunichte gemacht werden. Der damit einhergehende Schwund an Mitgliedsbeiträgen dürfte die Handlungsfähigkeit der Organisation zusätzlich einschränken. Darüber hinaus wird nach der Bundestagswahl deutlich werden, dass bei geringerem Wachstum die Verteilungsspielräume enger und damit heftiger umkämpft werden, dass aber gleichzeitig die Staatsverschuldung enorm angestiegen ist und die öffentlichen Kassen (der Kommunen, der Landesregierungen, der Bundesregierung und der Sozialkassen) leer sind. Unternehmer und Regierungen werden dann darauf hinweisen, dass es nichts mehr zu verteilen gibt, dass nur Verzicht (auf Lohn, auf sichere Arbeitsplätze; auf freie Zeit) und die Erhöhung der von der Arbeiterklasse zu tragenden Kosten (für Gesundheit, Bildung und Ausbildung, soziale Sicherungen, aber auch die Zinszahlungen für die Staatsschulden etc.) der einzige Weg sind, um "gemeinsam" die Lasten der Krise zu schultern und diese zu überwinden. Dieses Nega-

49) Vgl. dazu Juri Hälker/Clausius Vellay (Hrsg.), *Union Renewal – Gewerkschaften in Veränderung*, Düsseldorf 2006; Peter Bremme u.a. (Hrsg.), *Never work alone. Organizing – ein Zukunftsmodell für Gewerkschaften*, Hamburg 2007; Ulrich Brinkmann u.a., *Strategic Unionism...*, a.a.O., S. 71 ff.; Detlev Wetzel u.a., *Organizing. Die mitgliederorientierte Offensivstrategie für die IG Metall. 8 Thesen zur Erneuerung der Gewerkschaftsarbeit*, unveröffentl. Papier, Frankfurt 2008.

50) Vgl. den bemerkenswerten Beitrag von Britta Rehder, *Revitalisierung der Gewerkschaften? Die Grundlagen amerikanischer Organisationserfolge und ihre Übertragbarkeit auf deutsche Verhältnisse*, in: *Berliner Journal für Soziologie*, 18. Jg., 2008, Heft 3, S. 432–456.

tivszenario würde den Druck erhöhen, "Betriebsgemeinschaften" (zwischen Unternehmer/Management, Belegschaften, Betriebsräten und Gewerkschaft) mit dem Ziel des Überlebens zu bilden oder auf der nationalen Ebene zu den alten Formen der sozialpartnerschaftlichen bzw. korporatistischen Regulierung (von der "Konzertierten Aktion" zu den "Bündnissen für Arbeit") zurückzukehren.

Falls darüber jedoch keine sanfte Abfederung der Krisenfolgen auf die Lohnarbeiter mehr möglich ist und gleichzeitig deutlich wird, dass der Staat Milliarden neuer Schulden aufgehäuft hat, um die Banken und einzelne Unternehmen zu retten, während inzwischen die Banken zum "business as usual" (inklusive der Vergütungen und Prämien für die Spitzenmanager) zurückkehren und der Gesellschaft das Problem überlassen wird, mit der Schuldenlast (individuell und kollektiv) fertig zu werden – in einer solchen Konstellation kann sich die Wut, die sich jetzt schon allenthalben an der Basis über die Urheber, Nutznießer und Manager der Krise des Finanzmarktkapitalismus (und über die mangelnde Glaubwürdigkeit der "politischen Klasse") aufgestaut hat, in die Bereitschaft zu massivem sozialen und politischen Protest umsetzen. Auf diese mögliche Veränderung des Protestverhaltens und der Kampfbereitschaft müssen sich die Gewerkschaften strategisch einstellen; denn die entscheidende Frage wird sein, welche Forderungen und Ziele eine solche Bewegung vertritt.

Strategische Flexibilität ist nicht allein im Bereich der politischen Bündnisse und der Anerkennung der Vielfalt von Ansätzen im Bereich der Revitalisierung gewerkschaftlicher Interessenvertretung gefordert; sie ergibt sich auch aus der klassischen Einteilung der großen Felder der Gewerkschaftspolitik, die allerdings im Zeichen der Krise eine Um- bzw. Aufwertung erfahren. Strategische Flexibilität bzw. Klugheit manifestiert sich stets in der Fähigkeit zur spezifischen Verbindung oder Vermittlung der verschiedenen Ebenen.

■ Auf der Ebene der Betriebe wird es in absehbarer Zukunft eine Welle von Verhandlungen geben, um tarifvertragliche Regelungen außer Kraft zu setzen und/oder Entlassungen vorzunehmen. Solche "Überlebens-Pakte" führen in der Regel zu einer Schwächung des Einflusses der Gewerkschaft, sofern es nicht gelingt, Zugeständnisse auf der betrieblichen Ebene abzuwehren oder durch die Erzeugung von politischem Druck zu kompensieren. Gleichzeitig wird um Entlassungen, die Abwicklung von Insolvenzen und Betriebschließungen gekämpft. Ab Spätsommer 2009 – so die Experten – werden diese Kämpfe zunehmen und die Kraft der gewerkschaftlichen Organisation – vor Ort und im Betrieb – voll in Anspruch nehmen. Dass solche Kämpfe nicht immer erfolgreich

abgeschlossen werden, ist aus den vergangenen Jahren – seit den Niederlagen in der Auseinandersetzung um die Schließung von Stahlbetrieben (Hattingen/Rheinhausen usw.) – wohl bekannt. Angesichts der Zuspitzung der Krise (und der Verzweiflung der Betroffenen) wird es auch radikalisierte Formen betrieblicher Kämpfe geben (z.B. Betriebsbesetzungen; neue Solidaritätsaktionen, direkte Konfrontation mit Managern usw.). Solche betrieblichen Kämpfe können exemplarische Bedeutung für die Entwicklung breiter, nationaler und internationaler, Bewegungen des sozialen Widerstandes und des Protestes gewinnen.

■ Im Bereich der Tarifpolitik werden die Gewerkschaften massiv mit der Forderung konfrontiert werden, dass sie sich an "runden Tischen" oder "Bündnissen" beteiligen, die die Lohnentwicklung entsprechend der "wirtschaftlichen Vernunft" (so die alte Formel) nach unten regulieren. Angesichts der Einbrüche im Export und der – kurz- wie langfristig – zunehmenden Bedeutung der Binnennachfrage würde eine von den Gewerkschaften mitgetragene Politik des Lohnverzichts weder die Krise überwinden, noch einen Beitrag zur Beschäftigungssicherung leisten. Harte Lohnauseinandersetzungen können ebenso wie die betrieblichen Kämpfe einen Beitrag dazu leisten, dass eine breite gesellschaftliche und politische Bewegung gegen eine Politik der "Privatisierung der Gewinne und der Sozialisierung der Verluste" gestärkt wird.

■ Auf der Ebene des Staates, also der Regierungspolitik, entscheiden sich der Erfolg und die Richtung der Krisenbewältigungspolitik. Selbstverständlich bleibt die betriebliche Interessenvertretung und die Tarifpolitik das "Kerngeschäft" der Gewerkschaften. Dennoch sind die "allgemeinen gesetzlichen Regelungen" und die Finanzierung von Aufgaben der Daseinsvorsorge und der Bereitstellung einer funktionierenden gesellschaftlichen Infrastruktur – neben den klassischen Aufgaben der Sicherheit – auch für die Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft immer wichtiger geworden. Hier sind also die Bündnisbeziehungen der Gewerkschaften mit sozialen und politischen Akteuren von besonderer Bedeutung. Deshalb ist die Ebene der Sekundärverteilung (also der Steuerpolitik, über die der Staat in die Primärverteilung eingreift und gleichzeitig die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums steuert) auch für die Gewerkschaften immer wichtiger geworden – wenn auch unter der Herrschaft der Neoliberalismus der Kampf gegen den Abbau von Sozialleistungen, gegen Privatisierung und gegen eine Steuerpolitik, die die Reichen reicher macht, im Vordergrund zu stehen hatte.

Mit der "Rückkehr des Staates"⁵¹ ist auch die Diskussion darüber entbrannt, dass eine grundlegende Korrektur der Umverteilungspolitik der vergangenen Jah-

51) Vgl. dazu Hans-Jürgen Bieling, "Privat vor Staat?". Zur Entwicklung politischer Leitbilder und über die Rolle des Staates, in: WSI-Mitteilungen, 5/2009, S. 235–242. Bieling macht zu Recht darauf aufmerksam, dass die These von der "Rückkehr" des Staates falsch ist; denn sie negiert, dass der Staat (als kapitalistischer Staat) bei der neoliberalen Entstaatlichungspolitik eine zentrale Rolle gespielt hat. Auch als "Retter der Banken" agiert der Staat als

re, die die Polarisierung der Einkommen und Vermögen forciert hat, notwendig ist. Die Schaffung von "Investitionsfonds", durch Steuern der Vermögenden und Spitzenverdiener finanziert und demokratisch (mit gewerkschaftlicher Beteiligung) verwaltet, könnte ein wichtiges Steuerungsinstrument sein, das in früheren Debatten über Investitionslenkung (im Anschluss an Keynes) schon einmal gründlich diskutiert wurde. Gleichzeitig konzentriert sich diese Debatte auf die Höhe der Mittel, die eingesetzt werden müssen, um die Konjunktur zu beleben und auf die Bereiche, für die sie zur Verfügung gestellt werden. Hier geht es darum, dass sich die Gewerkschaften dafür einsetzen, dass diese Mittel im Bereich der Infrastruktur, der Bildung, der Wissenschaft, im Gesundheitswesen sowie im Pflegebereich eingesetzt werden (und auch beschäftigungsfördernd wirken). Diese Option für eine keynesianische Wirtschaftspolitik (wie sie auch die Gruppe "Alternative Wirtschaftspolitik" vertritt) ist freilich nur dann eine adäquate Reaktion auf die Tiefe der gegenwärtigen Krise, wenn sie mit der Forderung nach einem breiten öffentlichen und gemeinwohlorientierten Sektor verbunden ist, der die Folgen der Privatisierung öffentlicher Unternehmen und Leistungen (im Sozialbereich) revidiert und

gleichzeitig einen wichtigen Beitrag zur Beschäftigung leistet.⁵² Schließlich sollten die Gewerkschaften in dieser Debatte ihre Vorstellungen über den Ausbau der Wirtschaftsdemokratie erneuern und präzisieren.⁵³ Die Elemente dieser alternativen Programmatik bilden einen Zusammenhang, der weit über den Wunsch nach der Rückkehr zur "sozialen Marktwirtschaft" hinausweist. Wer für ein "gutes Leben" streitet, der sollte – zumal unter den gegenwärtigen Krisenbedingungen – begreifen, dass dies nur in einer "neuen Gesellschaft" möglich sein wird.

Die Überwindung der strategischen Lähmung, von der eingangs die Rede war, setzt eine kluge und realistische Vermittlung dieser verschiedenen Ebenen der Politik und der Interessenvertretung voraus. Wenn es zutrifft, dass in der gegenwärtigen "großen Krise" zugleich das Verhältnis Ökonomie und Politik, von Kapital und Arbeit neu "justiert" wird und dass die Dynamik der sozialen und politischen Kämpfe über die Richtung der Re-Regulation entscheidet, dann ist die strategische Vermittlung der verschiedenen Ebenen für die Gewerkschaften eine geradezu existentielle Herausforderung.

kapitalistischer Staat, der das Vermögen der Gesellschaft mobilisiert, um den Zusammenbruch des Finanzsektors zu verhindern ("im Interesse des Gemeinwohls", dies die klassische Ideologie des kapitalistischen Staates).

- 52) Manche Anhänger von Keynes vertreten die Auffassung, dass sowohl der Neoliberalismus als auch die "alternative Wirtschaftspolitik" eine Frage der politischen Entscheidung und damit der politischen Mehrheitsverhältnisse sei. Dabei wird übersehen, dass die politischen Entscheidungen (seit den 70er Jahren): Deregulierung, Privatisierung, Liberalisierung der Finanzmärkte – in letzter Instanz von der Kapitallogik bzw. dem Interesse der Kapitalverwertung diktiert wurde, dem Fall der Profitrate (bzw. den Grenzen des fordistischen Akkumulationsmodells) entgegenzuwirken und den wachsenden Einfluss der Gewerkschaften und der politischen Linken zurückzudrängen. In der Politik entscheiden dann die Kräfteverhältnisse innerhalb der herrschenden Klasse sowie den Hauptklassen, welche Variante sich durchsetzt. Eine alternative Wirtschaftspolitik muss daher ebenfalls in die Kapitallogik eingreifen (z.B. die Finanzmärkte einer scharfen Kontrolle zu unterwerfen, die Banken zu verstaatlichen, Umverteilung von oben nach unten etc.); ohne soziale und politische Kämpfe von unten sowie eine nachhaltige Veränderung der Kräftekonstellationen der Klassen – auch auf der Ebene der Politik – wird ein solcher Politikwechsel nicht denkbar sein. Seine Voraussetzung ist allerdings die Hegemoniekrise des "alten Modells" – ökonomisch und ideologisch. Damit werden Voraussetzungen geschaffen, um einen "Klimawechsel" herbeizuführen, d.h. politisch und ideologisch den Aufbau eines gegenhegemonialen Blocks voranzutreiben. Gegenwärtig befinden wir uns in einer frühen Phase dieser Auseinandersetzung.
- 53) Vgl. dazu Alex Demirovic, Demokratie in der Wirtschaft. Positionen, Probleme, Perspektiven, Münster 2007. Beim Komplex "Wirtschaftsdemokratie" erweist sich, dass die notwendige Intensivierung der Bündnisbeziehungen mit sozialen und politischen Akteuren sozusagen nach zwei Seiten hin erfolgen muss. Zum einen muss dieses Bündnis seine Kraft im politischen Raum entfalten, zum anderen müssen die aktiven Gruppen der "Zivilgesellschaft" wie Initiativen für Umweltschutz, Frieden und Abrüstung, internationale Solidarität usw. in die Demokratisierungsprozesse auf der Ebene der Unternehmen selbst miteinbezogen werden. Die Qualifizierung von Mitbestimmung bis hin zu demokratischer Unternehmensführung kann sich nicht auf Belegschaften und Gewerkschaften beschränken, auch wenn diese das entscheidende Fundament abgeben.

Bernd Riexinger

Krisenproteste: "Für eine gewerkschaftliche Neuorientierung"

Am 28. März 2009 mobilisierte ein mehrheitlich links und antikapitalistisch orientiertes Bündnis 55.000 Menschen auf zwei bundesweite Demonstrationen in Berlin und Frankfurt unter dem Motto "Wir zahlen nicht für eure Krise". Am 16.5. brachte der DGB auf einer ebenfalls bundesweiten Demonstration immerhin 100.000 Menschen auf die Straße und strafte damit die aus den eigenen Reihen kommende Behauptung Lüge, man könne nicht innerhalb von sechs Wochen zwei Demonstrationen auf die Füße stellen. Wenn wir einmal davon absehen, dass die IGM am 5.9. eine Großveranstaltung in der Commerzbank-Arena in Frankfurt und ver.di am 12.9. einen bundesweiten Aktionstag zum gesetzlichen Mindestlohn planen, ist zur Zeit wenig zu hören, wie denn die Proteste weitergehen sollen und welche politische Perspektive diese bekommen sollen. Besteht gar die Gefahr, dass die Großdemonstration in Berlin bereits wieder der Abgang der gewerkschaftlichen Proteste markiert, ähnlich wie 2004 nach den Großdemonstrationen am 3. April gegen die Agenda 2010? Das wäre fatal, denn die eigentliche Rechnung für die Finanz- und Wirtschaftskrise wird sowohl der Mehrheit der Bevölkerung als auch den Gewerkschaften unmittelbar nach den Bundestagswahlen präsentiert. Der Vorschlag des DIW-Präsidenten, Klaus Zimmermann, die Mehrwertsteuer auf 25 % zu erhöhen, oder die Debatte auf dem Ärztetag zur Amputation des gesetzlichen Gesundheitssystems bilden lediglich die Vorboten dessen, was uns erwartet.

Die bevorstehenden Verteilungsaueinandersetzungen werden auch vor den Löhnen und Arbeitsbedingungen nicht halt machen. So hat Arbeitgeberpräsident Hundt schon die Forderung nach Lohnabsenkung ins Spiel gebracht. Obwohl die Beschäftigten in Deutschland mit die längsten Wochenarbeitszeiten leisten, wird die Debatte auch vor einer weiteren Verlängerung der Arbeitszeiten nicht halt machen. Derzeit sind diese Stimmen noch verhalten und besitzen den Charakter von Versuchsballons. Das alles wird sich jedoch schnell ändern. Die Gewerkschaften müssen sich heute auf diese Auseinandersetzungen vorbereiten, wenn sie nicht erneut in die Defensive geraten wollen. Dabei geht es sowohl um die inhaltlichen Perspektiven als auch um die Erweiterung der gewerkschaftlichen Kampfformen und -mittel. Zu beidem sollen in diesem Text konkrete Vorschläge gemacht werden. Zuvor soll jedoch vor einigen für die Gewerkschaften gefährlichen Mythen und Fehleinschätzungen gewarnt werden.

Es gibt keine gemeinsamen Interessen zwischen Gewerkschaften und Kapital, aus der Krise herauszukommen.

War zu Beginn der Finanzkrise die wirtschaftliche und politische Klasse noch geschockt über den drohenden Zusammenbruch des gesamten Finanzsystems und die Blamage des neoliberalen Politikmodells, so ist diese kurze Phase bereits Geschichte, und die Brandstifter betätigen sich ungeniert und ungestört als Feuerlöscher. Es ist nur ein weiterer Beleg dafür, wie überrascht und z.T. sprachlos die Gewerkschaften vom Ausbruch der größten Finanz- und Wirtschaftskrise seit 1929 waren, dass sie diese kurze Phase nicht für eine sofortige Kampagne gegen die vorherrschende Politik und zumindest den finanzgesteuerten Kapitalismus und seine wichtigsten Repräsentanten genutzt haben. Die gleichen Akteure, die der neoliberalen Doktrin der Deregulierung jahrelang gefolgt sind, werden jetzt nicht müde, die Bedeutung des Staates bei der Krisenbewältigung zu betonen. Nachdem sie tatkräftig dabei mitgeholfen haben, dass im wirtschaftlichen Aufschwung zugunsten des Kapitals umverteilt wurde, werden sie jetzt in der Krise unter geänderten ideologischen Vorzeichen ebenso tatkräftig mithelfen, dass die Lasten auf die Mehrheit der Bevölkerung abgewälzt werden und erneut von Unten nach Oben umverteilt wird. Das ideologische Einfallstor dafür ist die These, dass wir jetzt gemeinsam aus der Krise herauskommen müssen. Regierung, Wirtschaft und Gewerkschaften müssten jetzt alle am gemeinsamen Strang ziehen und alles dafür tun, dass die Krise bewältigt und die Wirtschaft wieder in Gang gesetzt wird. Die deutschen Gewerkschaften sind durchaus anfällig für diese Art der "Krisenbewältigung", wie die vielfachen Zugeständnisse bei der "Rettung" und "Sanierung" von Betrieben einerseits und die Beteiligung am aktiven Regierungshandeln andererseits belegen. Diese Art von Politik wird jedoch im Ergebnis höchstens dazu führen, dass die sozialen Standards, Löhne- und Arbeitsbedingungen nach der Krise deutlich schlechter als vor der Krise sein werden. Vielmehr müssen die Gewerkschaften im Verlauf des gesamten Krisenprozesses deutlich machen, dass sich ihre Lösungen diametral unterscheiden von denen der Wirtschaft und ihrer politischen Vertreter, und dass sie nur durch politische Mobilisierung durchgesetzt werden können. Nicht durch politische Anschlussfähigkeit an eine wie auch immer zusammengesetzte Bundesregierung nach dem 27. September 2009.

Die Krise wird kein vorübergehender Betriebsunfall sein, der nach kurzer Zeit wieder behoben sein wird.

Genau so wenig wie die Apologeten der neoliberalen Wirtschaftspolitik und die berufsmäßigen Ideologieproduzenten in der Lage waren, das Heraufziehen der Krise zu erkennen oder auch nur zu erahnen, so wenig dürfen wir ihrem berufsmäßigen Optimismus vertrauen, der jedes kleinste Anzeichen der wirtschaftlichen Besserung in ein baldiges Ende der Krise und einen bevorstehenden wirtschaftlichen Aufschwung umdeutet. Die Gewerkschaften sind gut beraten, wenn sie sich auf einen längeren Krisenprozess einstellen. Wir erleben gerade die größte Finanz- und Wirtschaftskrise der Nachkriegsgeschichte, die nicht durch ein paar Konjunkturprogramme in einen erneuten Aufschwung münden wird. Viele sprechen zu Recht von einer Systemkrise des Kapitalismus. Die klassischen "Lösungsmechanismen" im Kapitalismus sind einerseits Kapitalvernichtung des überakkumulierten Kapitals, andererseits Erhöhung der Mehrwertrate durch Senkung der Löhne und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, um so ein neues Akkumulationsmodell hervorzubringen. Dieser Prozess verläuft in der Regel selbst krisenhaft. Die Opfer auf Seiten der Beschäftigten, Erwerbslosen, Rentner/innen und ihren Familien werden umso größer, je geringer die Bereitschaft der Gewerkschaften zur Gegenwehr ausgeprägt ist und je weniger sie im Bündnis mit den linken Kräften und sozialen Bewegungen in der Lage sind, einen alternativen Gegenentwurf hervorzubringen und gesellschaftlich durchzusetzen. Diese Aufgabe ist um so drängender, je mehr sich die Finanz- und Wirtschaftskrise mit der nicht mehr zu leugnenden Klima- und weltweiten Hungerkrise verschränkt. Ein Weiter so des bestehenden Produktions- und Lebensmodells würde die längst überhand nehmenden Destruktivkräfte des Kapitalismus nur noch mehr verstärken.

Die veränderte Rolle des Staates stärkt nicht den Einfluss der Gewerkschaften und beendet nicht die Politik der Umverteilung und sozialen Ungerechtigkeit.

Es wäre eine große Illusion zu meinen, dass die neoliberale Politik der vergangenen Jahre durch eine für die Gewerkschaften freundlichere staatliche Interventionspolitik abgelöst würde. Die Sozialisierung der Verluste ist weder Sozialismus noch eine soziale Variante des Kapitalismus. Die Art und Weise, wie das Finanz- und Bankensystem staatlich gestützt und dessen Risiken auf die Bürger/innen abgewälzt werden, ist nicht nur die teuerste Variante, sondern auch diejenige, die bestehende Strukturen etwas modifiziert sichern soll. Die Kräfteverhältnisse haben sich nicht zu Gunsten der Gewerkschaften verändert. Weil sich alle politischen Parteien, ausgenommen DIE LINKE, mehr oder weniger einig sind, die Reichen, Vermögenden und Kapitalbesitzer nicht zu belasten, werden die Staatsfinanzen durch die zunehmende Ver-

schuldung und das Wegbrechen der Steuereinnahmen gewaltig unter Druck kommen. Schon heute setzen viele Kämmerer angesichts des zu erwartenden Einbruches bei der Gewerbesteuer den Rotstift an die städtischen Haushalte. Die öffentliche Daseinsvorsorge und die öffentlich Beschäftigten werden dies frühestens im Herbst zu spüren bekommen. Deshalb ist es nicht hoch genug einzuschätzen, dass ver.di trotz Krise einen Konflikt für bessere Bezahlung und Gesundheitsschutz der Beschäftigten in den Sozial- und Erziehungsdiensten geführt und Streiks organisiert hat, um diese Forderungen durchzusetzen, auch wenn das Ergebnis nicht wirklich befriedigend ist.

Insgesamt müssen die Gewerkschaften den Staat als umkämpftes Feld begreifen, auf dem sie nur Terrain gewinnen können, wenn sie die Kräfteverhältnisse zu ihren Gunsten verändern. Das bedeutet in erster Linie das politische Mandat offensiv wahrnehmen und massiven Druck auf die politischen Kräfte ausüben. Die Option des politischen Streikes darf nicht länger ein Tabu sein.

Retten was zu retten ist, ersetzt keine politische Perspektive.

Vom IGM-Vorsitzenden, Berthold Huber, stammt der Satz: "Die Macht der IGM liegt in den Betrieben, nicht auf der Straße." Linke Gewerkschafter haben diesen Satz etwas umgewandelt in: "Die Macht der Gewerkschaften liegt in den Betrieben und auf der Straße." Es soll an dieser Stelle nicht angezweifelt werden, dass sich die Stärke der Gewerkschaften in allererster Linie in den Betrieben definiert. Es wäre sogar zu wünschen, dass der betriebliche Widerstand gegen Arbeitsplatzabbau, Kürzung von Löhnen und Sozialleistungen, Betriebsverlagerungen, u.v.a.m. an Fahrt, Radikalität und Dynamik zunimmt. Unter dem Druck von Standortschließungen und Massenentlassungen greift jedoch allenthalben Konzessionspolitik um sich. Unter dem Motto "retten was zu retten ist" werden alle möglichen Zugeständnisse gemacht, um Entlassungen zu verhindern oder zumindest zu begrenzen. Das ist durchaus verständlich, doch in der Gesamtschau wird das nur zu einem neuen Wettlauf nach Unten führen. Unter den Bedingungen der Krise sind gerade den rein betrieblichen Handlungsmöglichkeiten enge Grenzen gesetzt. Die Stärke in den Betrieben kommt eben in erster Linie dann zur Entfaltung, wenn die betrieblichen und tariflichen Auseinandersetzungen mit den politischen Forderungen und Perspektiven verschränkt werden. Dabei gilt es, die Mobilisierung in den Betrieben und auf der Straße zu verstärken.

Die Krise ist noch nicht bei allen angekommen.

Eine falsche Erklärung der relativen Ruhe in Deutschland ist die häufig gehörte und auch in den Gewerkschaften verbreitete Meinung, dass die Krise bei der Mehrheit der Bevölkerung noch nicht angekommen

sei. Im neuen Deutschlandtrend beantworten 34 % die Frage, ob sie von der Krise betroffen sind mit ja. 59 % sind der Meinung, dass uns der schlimmste Teil der Krise erst noch bevorsteht und 47 % machen sich Sorgen um ihre wirtschaftliche Zukunft. Im Hauptland der Kurzarbeit, in Baden-Württemberg, bangen viele um ihren Arbeitsplatz, wenn die Kurzarbeit ausläuft. Außerdem löst direkte Betroffenheit noch lange keinen Trend nach links aus oder führt zu sozialen Kämpfen. Viele hoffen und mögen gerne den Merks, Steinbrücks und von Guttenbergs glauben, dass die Krise schnell wieder in einen Aufschwung übergehen und Deutschland daraus gestärkt hervorgehen werde. Kassandrarufer der Linken oder linker Gewerkschafter, nach dem wir es mit einer Jahrhundertkrise zu tun haben, die nicht so schnell vorübergehen wird, werden schnell als ewige Schwarzmalerei abgetan. Trotzdem dämmert es mehr und mehr Menschen, dass diese Krise sich von regelmäßig stattfindenden Konjunkturkrisen unterscheidet und ein Weiter so nicht möglich und vielleicht sogar nicht wünschenswert ist. Die Krise sorgt für Brüche in den Alltagserfahrungen und im Denken, an denen die Gewerkschaften ansetzen und politische Orientierung anbieten müssen.



Perspektiven für die Gewerkschaften

Kapitalismuskritische Erklärungen der Krise drängen die Gewerkschaften durchaus nicht in die Rolle von Sektierern und Revolutionsromantikern. Es würde den gewerkschaftlichen Positionen eine größere Schlagkraft geben, wenn sie eine grundlegende Kritik an der Logik von Profitwirtschaft, Konkurrenz, freien Märkten und der Unterordnung der Menschen unter die Zwänge der Kapitalverwertung üben. Mindestens die fundierte Kritik an der Formation des finanzgesteuerten Kapitalismus können wir von den Gewerkschaften erwarten, ohne dass dabei die Illusion genährt wird, dass die sog. Soziale Marktwirtschaft (als Gegenentwurf zum Sozialismus) wieder auferstehen wird.

Wenn wir von den Gewerkschaften in ihrem derzeitigen Zustand nicht erwarten können, dass sie sich an die Spitze einer sozialistischen Bewegung setzen

könnten, die aktuell auch nicht in Sicht sein dürfte, so werden sie dennoch nicht auf einen überzeugenden Gegenentwurf zum Modell des finanzgesteuerten Kapitalismus verzichten können. Das Ziel eines Systemwechsels oder, um mit Elmar Altvater zu sprechen, "eines Modellwechsels" ist unausweichlich, wenn die Gewerkschaften ihre Bedeutung als gesellschaftlich ernstzunehmende Kraft nicht verlieren wollen.

Aus heutiger Sicht müsste sich ein solcher Gegenentwurf an folgenden Grundlinien orientieren:

1. Massive Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von Oben nach Unten – Reiche, Vermögende und Kapitalbesitzer müssen zahlen;
2. Zurückdrängen von Markt und Wettbewerb durch Ausbau des öffentlichen und gemeinwohlorientierten Sektors;
3. Schutzschirm für die Menschen;
4. Regulierung und Verstaatlichung des Finanzsektors;
5. Vergesellschaftungsprozess vorantreiben – Wirtschaft und Gesellschaft demokratisieren;
6. Ressourcensparende und ökologische Wirtschafts- und Lebensweise aufbauen;
7. International soziale, demokratische und ökologische Standards durchsetzen.

Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von Oben nach Unten

Zwischen den meisten linken Ökonomen besteht Einigkeit, dass die massive Umverteilung von den Löhnen zu den Gewinnen und die staatliche Umverteilung eine Ursache der gigantischen Ausdehnung und "Verselbständigung" der Finanzmärkte ist. Nach Berechnungen der Wirtschaftsabteilung von ver.di beläuft sich der Wert der beiden Umverteilungen zu Lasten der Beschäftigten in den letzten zehn Jahren auf zusammen 1.000 Milliarden Euro. In Deutschland ist nicht nur die Lohnquote stetig gesunken, die Reallohne sind ebenfalls ins Minus gefallen. Besonders deutlich macht sich das bei den unteren Lohngruppen bemerkbar. Für die Rückumverteilung von Oben nach Unten gibt es relativ präzise Vorstellungen, wie die Einführung einer Millionärssteuer, die nachhaltige Besteuerung großer Vermögen, die Erhöhung des Spitzensteuersatzes oder die Erhöhung der Erbschaftssteuer. Die Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn soll eine untere Grenze für die Löhne einziehen. Die Höhe von 7,50 Euro, die bereits seit sieben Jahren unverändert gefordert wird, müsste in Richtung 10 Euro erhöht werden. Damit könnte diese Forderung zusätzlichen Drive bekommen, weil deutlich mehr Beschäftigte davon profitieren würden.

Die gewaltigen Umverteilungsprozesse, verstärkt und begünstigt durch die neoliberale Politik der letzten zwanzig Jahre haben die Gewerkschaften gewaltig in die Defensive gebracht. Speziell in Deutschland hielt sich der Widerstand gegen diese Entwicklung ohnehin in Grenzen. Ohne die Rückumverteilung von Ver-

mögen und Einkommen gibt es jedoch keine Spielräume für linke Reformprojekte. Im Gegenteil, spätestens nach der Bundestagswahl wird in jeder zu erwartenden politischen Konstellation den Beschäftigten, Erwerbslosen und Rentnern die Zeche präsentiert werden. Entscheidend ist, dass die Gewerkschaften den ohnehin stattfindenden Verteilungskampf mit offensiven Forderungen und einer gut vorbereiteten Kampagne vorbereiten und führen. Er wird eindeutig auf dem Feld der außerparlamentarischen Aktivitäten geführt werden müssen, und zwar in der Verbindung von Tarif- und politischen Auseinandersetzungen.

Zurückdrängen von Markt und Wettbewerb durch Ausbau des öffentlichen und gemeinwohlorientierten Sektors

Ein wesentliches Element der neoliberalen Politik war und ist die Privatisierung von öffentlichen Einrichtungen und Dienstleistungen. Bereits in den 90er Jahren wurden die Energieversorgung und Post und Telekommunikation privatisiert. Durch die politisch gewollte Finanzmisere der Kommunen verkauften viele Städte und Gemeinden ihre Krankenhäuser, Stadtwerke, privatisierten die Müllabfuhr oder gar die Wasserversorgung. Zwischenzeitlich gehört es fast zum Volksbewusstsein, dass die Privatisierung nicht zur Wohlstandsvermehrung der breiten Bevölkerung beigetragen hat. Die These, dass Markt und Wettbewerb der öffentlichen Steuerung überlegen sind, hat sich zwischenzeitlich vor der Wirklichkeit mehr als blamiert. Die Re-Kommunalisierung bereits privatisierter Bereiche und der massive Ausbau des öffentlichen und gemeinwohlorientierten Sektors könnte eines der wichtigsten Zukunftsprojekte der Gewerkschaften, insbesondere von ver.di und GEW sein, das sowohl die Beschäftigten im öffentlichen Sektor, als auch die betroffenen Einwohner/innen mobilisieren kann.

Die Forderung nach Ausbau des öffentlichen Sektors paart sich auch mit der Misere im Bildungssystem, den Defiziten in der Gesundheitsversorgung und der Notwendigkeit einer verstärkt ökologischen Orientierung. Die beeindruckenden Bildungstreiks, die z.B. in Stuttgart gemeinsam mit Erzieher/innen organisiert wurden, geben eine Vorahnung, welche gesellschaftlichen Bündnisse die Gewerkschaften auf diesem Feld schließen können. Außerdem brechen Monat für Monat Teile der industriellen Produktion zusammen. Der öffentliche Sektor könnte dies ganz oder teilweise auffangen. Alle Vergleiche zeigen, dass Deutschland im Vergleich z.B. zu den nordischen Ländern im öffentlichen Sektor gerade mal über die Hälfte an Beschäftigten, umgerechnet auf 1.000 Einwohner, verfügt. Der Ausbau öffentlicher Beschäftigung, verbunden mit der Forderung nach einem grundlegend anderen und besseren Bildungssystem, dem Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge und ökologischem Umbau wäre ein wichtiger Baustein in Richtung bedarfsorientierte Wirtschaft. Voraussetzung ist, dass die Markt- und Wettbewerbsorientierung

der öffentlichen Daseinsvorsorge, die durchaus auch die ÖTV und Teile von ver.di mitgemacht haben und vielleicht immer noch mitmachen, kritisiert und zurückgedrängt wird. Außerdem muss der öffentliche und gemeinwohlorientierte Sektor finanziell deutlich besser ausgestattet werden. Insofern verbindet sich diese Position mit der Frage der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums. Sinnvoll ist es, dieses Projekt mit Konzepten höherer Bürger/innendemokratie zu verknüpfen (Bürgerentscheide, Bürgerhaushalte, usw.).

Der Kampf gegen Privatisierung, für Re-Kommunalisierung und Ausbau des öffentlichen Sektors ist durchaus als europäisches oder gar internationales Projekt der Gewerkschaften geeignet, gehört die Liberalisierung und Wettbewerbsorientierung doch geradezu zum Credo der vorherrschenden Politik der EU.

Schutzschirm für die Menschen

Belegschaften, die ganz konkret gegen Entlassungen oder Betriebsschließungen kämpfen, wie z.B. bei Opel, fordern in aller Regel, statt eines Schutzschirmes für die Banken einen für die Menschen oder zumindest für die Arbeitsplätze. Einmal davon abgesehen, dass der Kapitalismus einen solchen Schutzschirm nicht bieten kann, steckt dahinter trotzdem die richtige Erkenntnis, dass der Staat, der Hunderte von Milliarden für das marode Finanzsystem zur Verfügung stellt, sich nicht blind gegen die Vernichtung von Arbeitsplätzen und damit der Existenz von zig Tausenden Menschen zeigen darf. Zwar kippt dieses Verständnis gerade um, wie wir beim Fall Arcandor sehen können, was aber damit zu tun hat, dass das staatliche Handeln, beschränkt auf die Feuerwehrrolle zur Rettung in die Schieflage gerutschter Betriebe, kein überzeugendes Konzept darstellt.

Die klassische "Lösung" von Krisen im Kapitalismus geschieht durch die massenhafte Vernichtung von Kapital, sprich Standortschließungen, Insolvenzen, Teilbetriebsschließungen oder Auslagerungen, usw., damit der überlebende Rest wieder akkumulieren kann. Die aufgebaute Überproduktion von Autos, Verkaufsfläche usw. wird so auf die inhumanste Art und Weise abgebaut, indem zahlreiche Arbeitsplätze vernichtet und damit Millionen von Menschen die Existenzgrundlage entzogen wird.

Überkapazitäten können aber auch durch radikale Arbeitszeitverkürzung abgebaut werden. Gerade jetzt in der Krise erweist es sich als Fehler, dass die Gewerkschaften das gesellschaftliche Projekt der Arbeitszeitverkürzung aufgegeben und sogar relativ unkritisch zugelassen haben, dass die Arbeitszeit verlängert, endgrenzt und dereguliert wurde. Die von linken Gruppen relativ schematische Forderung nach der 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich hat jedoch kaum eine Chance, aufgegriffen zu werden, weil sie den ums Überleben kämpfenden Betrieben eine solche hohe Kostenbelastung aufzwingen würde, dass deren Überleben noch mehr in Frage gestellt wird.

Deshalb müssen die Gewerkschaften die Arbeitszeitverkürzung, wohlgerneht bei vollem Lohnausgleich, zu einem gesellschaftlichen Projekt machen. Statt sich z.B. auf die Verlängerung von Kurzarbeit zu beschränken, könnte der Staat Arbeitszeitverkürzung finanziell unterstützen, wie es z.B. die Memorandum-Gruppe fordert. Hierzu könnten gesellschaftliche Fonds aufgebaut werden, die insbesondere personalintensiven Betrieben Zuschüsse für Arbeitszeitverkürzung gewähren. Gelder, die von kapitalintensiven und hochprofitablen Konzernen geholt werden können. Diese gesellschaftliche Arbeitszeitverkürzung müsste mit dem Schutz vor Entlassungen oder zumindest deren erheblicher Erschwernis verbunden werden. Es ist keinesfalls so, dass dafür kein Geld vorhanden ist, wie die milliardenschweren Konjunkturprogramme beweisen, ganz zu schweigen von den Hilfen und Bürgschaften für die Banken. Wenn die Gewerkschaften bei der Arbeitszeit wieder in die Offensive kommen wollen, müssen sie die Arbeitszeitverkürzung zu einem gesellschaftlichen Projekt machen, das politisch durchgesetzt werden muss. Einen Anfang könnte ver.di beim öffentlichen Dienst in der im Januar nächsten Jahres beginnenden Tarifrunde machen. Arbeitszeitverkürzung im öffentlichen Dienst, um mehr Stellen zu schaffen und bei vollem Lohnausgleich, wäre nicht nur eine Tarifforderung, sondern eine politische Auseinandersetzung um die zukünftige Gestaltung der Arbeitszeit. Zur Arbeitszeitpolitik zählt auch die Forderung nach Abschaffung der Rente mit 67 und die finanzielle Aufstockung der Renten.

Zum Schutzschirm für die Menschen gehören natürlich auch Forderungen, wie die Abschaffung der Hartz-Gesetze, die Aufstockung von Alg II auf 500 Euro und die Abschaffung der heute damit verbundenen Repressionen, die erhebliche Begrenzung der Leiharbeit, die Abschaffung prekärer Arbeitsverhältnisse und die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes. Die Agenda 2010 muss rückgängig gemacht und durch ein neues existenzsicherndes System der sozialen Grundversorgung abgelöst werden.

Banken vergesellschaften und Regulierung des Finanzsektors

Die Kontrolle der Banken ist nicht oder nur begrenzt möglich, wenn sie nicht tatsächlich vergesellschaftet und in öffentliches Eigentum überführt werden. Dass dies nicht einmal bei den Banken passiert, die mit staatlichen Bürgschaften und Krediten vor dem Zusammenbruch bewahrt blieben (z.B. Commerzbank), verdeutlicht, dass der herrschende Block nicht daran denkt, in diese Richtung zu gehen. Es wird allerhöchstens etwas mehr Aufsicht und Kontrolle geben, damit der Selbstvernichtung des Finanzsystems entgegen gewirkt wird. Schon jetzt wehrt sich das internationale Finanzkapital vehement gegen weitergehende Reglementierung. So geht die Gründung einer sog. Bad-Bank fast ohne großen gesellschaftlichen Widerstand über die Bühne. Von den vielfach angekündig-

ten Kontrollen und Regulierungsvorschlägen wurde bisher kein einziger verwirklicht. So werden bereits wieder die Grundlagen für die nächste Krise geschaffen, wobei wir davon ausgehen müssen, dass die aktuelle noch längst nicht überwunden ist.

Weil es insgesamt eine Menge von sinnvollen Vorschlägen und ausgearbeiteten Positionen zur Regulierung des Finanzsystems gibt, von der Einführung einer Börsenumsatzsteuer bis zur Trockenlegung der Steueroasen und zum Verbot der Hedgefonds oder anderer riskanter Spekulationsgeschäfte, wird hier darauf verzichtet, dies weiter auszuführen.

Vergesellschaftungsprozess vorantreiben – Wirtschaft und Gesellschaft demokratisieren

Der Vergesellschaftungsprozess der Ökonomie ist soweit vorangeschritten, dass sie nur der massive Eingriff des Staates vor dem Zusammenbruch rettet, oder, um mit Marx zu sprechen, die weitere Entwicklung der Produktivkräfte kommt in Widerspruch zu den bestehenden Produktionsverhältnissen. Natürlich greifen die politischen Akteure von der CDU bis zur SPD oder den Grünen nur ein, um den Patienten zu retten und die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass in den bisherigen Bahnen weitergemacht werden kann. Vielleicht wird der Staat dabei mit einer wieder stärkeren Rolle versehen. Aber auch das ist noch nicht ausgemacht. Der übliche Ausspruch, dass der Staat nicht der bessere Unternehmer ist, drückt aus, dass an eine nachhaltige steuernde Rolle des Staates oder gar an eine Vergesellschaftung wichtiger Schlüsselindustrien nicht gedacht ist.

Gerade das sollen die Gewerkschaften jedoch fordern. In diese Richtung geht z.B. der Vorschlag, Opel zu verstaatlichen und daraus einen umweltfreundlichen Mobilitätskonzern zu machen. Der Prozess der Vergesellschaftung muss verbunden werden mit den Anforderungen, eine stärker bedarfsorientierte, umweltverträgliche und geplante Ökonomie aufzubauen, als Gegenstück zum Modell des marktliberalen finanzmarktgesteuerten Kapitalismus. Ansatzpunkte gibt die permanente Debatte darüber, wo der Staat eingreifen soll und wo nicht. Diese Debatte müsste von den Gewerkschaften in Richtung höherer Vergesellschaftungsgrad und mehr wirtschaftliche Demokratie vorangetrieben werden.

Verstaatlichung allein ist so wenig Sozialismus wie die Sozialisierung der Verluste. Die Lenkung der Betriebe durch eine Staatsbürokratie stößt zu recht bei der Bevölkerung auf großes Misstrauen. Deshalb müssten diese Positionen mit der Forderung nach mehr Demokratie und Mitbestimmung (auf dem Weg zur Selbstbestimmung) verbunden werden. Die Idee von IGM-Verwaltungsstellen, auf der regionalen Ebene Wirtschafts- und Sozialräte einzurichten, die über die Verwendung der Mittel aus den Konjunkturprogrammen entscheiden, geht zum Beispiel in diese Richtung, ebenso die Einführung von Vetorechten der Betriebsräte bei der Verlagerung von Standorten. Natürlich

hebeln solche Rechte und Modelle die Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Produktion nicht aus den Angeln, aber sie bieten doch wichtige Ansatzmöglichkeiten, die Interessen der Beschäftigten wirkungsvoller zu vertreten und gehen grundsätzlich in die Richtung, dass die Produzenten über die Produktion und Verteilung entscheiden sollen.

Ressourcensparende und ökologische Wirtschafts- und Lebensweise aufbauen

Wie schon eingangs erwähnt, verschränkt sich die Finanz- und Wirtschaftskrise mit einer Klima-, Umwelt- und auch Hungerkrise. Heute müssen fast eine Milliarde Menschen hungern und gerade in den Hungerregionen dieser Erde ist die ökologische Zerstörung am weitesten vorangeschritten. Eine Fortsetzung unseres ressourcenfressenden und ökologisch belastenden Systems wäre verheerend. Kein Zweifel, es liegt in der Natur des Kapitalismus, die Kosten dieser Produktion auf die Gesellschaft und Natur abzuwälzen.

Eine ressourcenschonende und ökologische Produktions- und Lebensweise ist nur herstellbar, wenn diese Externalisierung gesellschaftlich reglementiert wird und klare Vorgaben für eine ökologische Produktionsweise gemacht werden. Das bedeutet einen massiven Eingriff in die Marktmechanismen. Die Gewerkschaften müssen die Debatte über eine zukunftsorientierte ökologische und ressourcenschonende Produktionsweise aufgreifen und dem "weiter so" eine klare Absage erteilen. Es wird ihr Beitrag sein müssen, die soziale und Arbeitsplatzfrage mit der Ökologiefrage zu verbinden.

International soziale, demokratische und ökologische Standards durchsetzen

Die Notwendigkeit der Internationalisierung der Gewerkschaften fehlt auf keiner 1. Mai-Rede, ohne dass diesen Ankündigungen konkrete Taten folgen. Politisch müssen sich die Gewerkschaften, insbesondere die Industriegewerkschaften, von dem Gedanken lösen, dass eine Verbesserung der Wettbewerbsbedingungen der nationalen Industrie auch den Beschäftigten nützt – unter dem Motto, es ist uns lieber, ein Opel-Werk wird in Belgien geschlossen als in Deutschland. Auf diesem Klavier spielt auch die Bundesregierung, wenn sie immer davon redet, dass die deutsche Wirtschaft gestärkt aus der Krise herauskommen wird. Auf diesem Wege wird der Druck auf die Löhne, Sozialsysteme und Arbeitsbedingungen nur ständig erhöht. Der Kampf um internationale soziale, demokratische und ökologische Standards ist eine Alternative zu dieser Politik.

Die Internationalisierung der Gewerkschaften wird am besten durch konkrete Projekte und länderübergreifende Organisation der sozialen Kämpfe vorangetrieben. Folgende Projekte wären dafür geeignet:

- Der Kampf gegen Privatisierung und für den Ausbau des öffentlichen Sektors. Hier könnten die Gewerkschaften ein Gegenmodell zum kapitalistischen

Wettbewerbsstaat entwickeln und dafür konkrete gemeinsame Forderungen entwickeln. Die EU wäre dafür ein geeignetes Feld.

- Die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung könnte international eine glaubwürdige Gegenposition gegen Standortschließungen und Arbeitsplatzvernichtung aufbauen.

- Ebenso ist die Forderung nach Vergesellschaftung und Regulierung des Finanzsektors per se eine internationale Angelegenheit, denn dieser Bereich ist sehr stark globalisiert.

Gewerkschaften müssen sich neu aufstellen und ihre Kampf- und Aktionsformen erweitern.

Die Gewerkschaften müssen damit rechnen, dass spätestens nach den Bundestagswahlen die Angriffe auf die Tarifverträge und Sozialsysteme zunehmen. Das weitgehend widerstandslose Durchwinken der Schuldenbremse ins Grundgesetz wird die Handlungsmöglichkeiten des Staates weiter einschränken und den Druck auf die Sozialsysteme, aber auch auf die Beschäftigten im öffentlichen Dienst konstant erhöhen. Auf diese Konstellation müssen sich die Gewerkschaften vorbereiten und aus den Niederlagen der letzten zwanzig Jahre lernen. Das bedeutet einerseits, die Gegenwehr in den Betrieben gegen die Angriffe auf die Arbeitsplätze, Tarifverträge und soziale Standards zu stärken und auch vor Mitteln wie Betriebsbesetzungen nicht zurückzuschrecken. Auf regionaler Ebene wird das insbesondere gelingen, wenn die Auseinandersetzungen verstärkt vernetzt werden und sie zu Fragen der Region gemacht werden. Die Regel ist heute, dass jeder für sich kämpft und häufig auch verliert.

Die meisten Forderungen und angedeuteten Perspektiven wenden sich an die Regierungen, haben also politischen Charakter. Die Gewerkschaften brauchen auch ein wirkungsvolles politisches Instrument, um diesen Forderungen Gewicht zu verleihen, sprich ihrem politischen Mandat auch die nötige Durchsetzungskraft zu verleihen. Dazu gehört sicherlich die Politisierung der Gewerkschaftsarbeit in den Betrieben, dazu gehört aber auch der politische Streik. Der Kampf um das politische Streikrecht muss deshalb ein wichtiges Element werden. Immer wieder haben die Gewerkschaften sich dem Verbot des politischen Streiks widersetzt, beim Angriff auf die Tarifautonomie, bei der Rente mit 67 oder auch jetzt aktuell in der Verwaltungsstelle Stuttgart zum Schutzschirm für Arbeitsplätze. Es gibt aber keinen organisierten Ansatz, den politischen Streik etappenmäßig vorzubereiten, die verschiedenen Aktionen während der Arbeitszeit aufeinander abzustimmen. Genau das wäre jedoch notwendig, um der Aneinanderreihung von Niederlagen nach der Bundestagswahl nicht noch eine weitere hinzuzufügen.

Staat als Arena der politischen Auseinandersetzung

Im Unterschied zu den französischen oder italienischen Gewerkschaften gibt es in Deutschland eine nur wenig entwickelte, zum Teil auch verschüttete Tradition politischer Streiks oder Kämpfe. Das war durchaus in den 20er Jahren der Weimarer Republik, selbst in den 50er Jahren anders. In der Aufschwung-Phase der 60er und 70er Jahre konzentrierten sich die deutschen Gewerkschaften auf die Tarifpolitik. Für die Betriebspolitik waren weitgehend die Betriebsräte zuständig und als politischer Arm des DGB agierte die SPD in den Parlamenten. Diese Arbeitsteilung wurde nur selten durchbrochen, in erster Linie dann, wenn die Gewerkschaften existenziell angegriffen wurden, wie beim Aussparungsparagraphen 116 oder der Tarifautonomie. In den letzten 25 Jahren, die durch die neoliberale Hegemonie und die Herausbildung der Formation des finanzgesteuerten Kapitalismus geprägt waren erwies sich diese "Arbeitsteilung" als hinderlich und ist mit dafür verantwortlich, dass die Gewerkschaften in die Defensive gedrängt wurden, aus der sie sich bis heute nur zeitweise befreien konnten.

Die Gewerkschaften kommen in Krisenzeiten doppelt unter Druck, einerseits durch die Betriebsräte, denen im Zweifelsfall das Hemd näher liegt als der Rock und die bei wirtschaftlicher Bedrohung oder Erpressung durch das Management schnell zu Konzessionspolitik bereit sind. Nicht selten werden die Gewerkschaften unter Druck gesetzt, Zugeständnisse zu machen, selbst wenn das zu einem schleichenden Erosionsprozess der Tarifverträge führt. Andererseits führt die Deregulierungs- und Umverteilungspolitik dazu, dass die tarifpolitischen Handlungsmöglichkeiten eingengt werden. Tarifpolitische Erfolge sind eher selten geworden und es ist kein Zufall, dass gerade in Deutschland die Reallöhne gefallen sind, während sie in den meisten anderen Industrieländern gestiegen sind. Die SPD ist als politischer Arm der Gewerkschaften ausgefallen. Die Agendapolitik der Regierung Schröder markierte den endgültigen Bruch der Sozialdemokratie mit der Gewerkschaftsbewegung, auch wenn das durchaus nicht im Bewusstsein aller Beteiligten auf beiden Seiten angekommen ist.

Erschwerend kommt noch hinzu, dass die Organisationsstruktur der Gewerkschaften seit langem nicht mehr deckungsgleich mit den Beschäftigungsstrukturen ist. Die jahrzehntelange Auseinandersetzung über das "Angestelltenmilieu und -bewusstsein" hat nicht dazu geführt, dass deren Organisationsgrad nennenswert gestiegen ist. Schwerer wiegt, dass die Millionen von Beschäftigten in prekären Arbeitsverhältnissen und im Niedriglohnbereich nur einen sehr geringen Organisationsgrad aufweisen, obwohl sie dringender denn je handlungsfähige Gewerkschaften brauchen. Die Gewerkschaftsapparate orientieren in erster Linie auf die Mitglieder, die sie haben und die Beiträge zahlen. Das erhöht jedoch nur die strukturel-

le Schwäche. Erste größere Kämpfe im Einzelhandel, im Bewachungsgewerbe oder auch der beachtenswerten Streiks der Beschäftigten in den Sozial- und Erziehungsdiensten könnten eine Trendwende markieren, wenn das als notwendige Aufgabe begriffen wird. Neue Organisationsformen wie Organizing und Campaign sind dabei unbedingte Voraussetzung für die Organisierung in diesen Bereichen.

Den Gewerkschaften bleibt überhaupt nichts anderes übrig, als ihr Organisationsmodell zu ändern und gleichzeitig die (Re) Politisierung ihrer Arbeit zu betreiben. Diese Aussage ist nicht neu, aber in Krisenzeiten besonders existenziell. Die Themen liegen hierbei auf der Hand und werden den Gewerkschaften in den nächsten Monaten praktisch aufgedrängt:

- Der Kampf gegen Lohnabbau und Arbeitszeitverlängerung muss mit der politischen Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn (10 Euro) und der Forderung nach flächendeckender Arbeitszeitverkürzung (mit gesetzlicher Flankierung) verbunden werden.

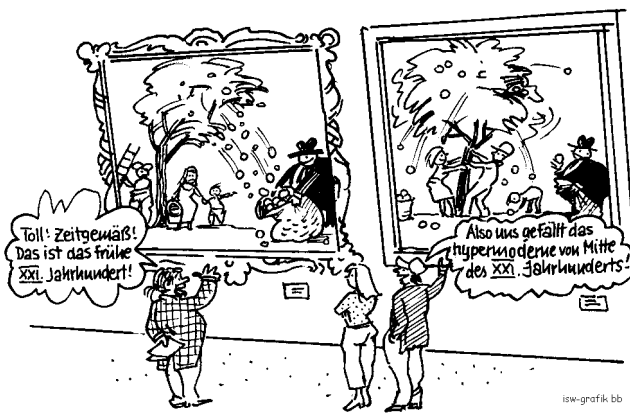
- Die Sozialsysteme müssen nach der Bundestagswahl verteidigt werden. Die Frage der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums muss dabei in den Vordergrund gerückt werden. Diese Verteidigung muss mit einem erneuten Vorstoß gegen die Rente mit 67 verbunden werden. Diese ist in der Bevölkerung äußerst unpopulär und in Zeiten steigender Massenarbeitslosigkeit erweist sich ihre Unsinnigkeit. Eine erneute Niederlage, wie bei der Agenda 2010, wäre verheerend.

- Im Kampf gegen Entlassungen und Betriebs-schließungen dürfen auf der einen Seite radikalere Kampf-formen wie Betriebsbesetzungen nicht mehr ausgeschlossen werden, auf der anderen Seite muss dieser zu einer regionalen und gesellschaftlichen Frage politisiert werden. Den Widerstand gegen Stand-ortschließungen müssen die Gewerkschaften mit der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung verbinden. Dabei ist unbedingt die völlig verschüttete Debatte nach Konversion hin zu sozial- und ökologisch nützlichen Produkten wieder aufzunehmen.

- Insbesondere ver.di muss die Gegenwehr gegen den Angriff auf die öffentliche Daseinsvorsorge und für einen massiven Ausbau des öffentlichen Sektors führen. Schon heute deuten Haushaltssperren und erneuter Personalabbau an, wie die Mehrheit der Kommunen auf den absehbaren Einbruch der Steuereinnahmen reagieren wird. Diese Auseinandersetzung ist per se politisch und muss mit der Forderung nach einer besseren Finanzausstattung, insbesondere der Kommunen verbunden werden. Dass bis zum Schluss eine Mehrheit der Eltern die Forderungen der streikenden Erzieher/innen unterstützt hat, zeigt, welche Bündnismöglichkeiten hier vorhanden sind.

Wenn dies auch nur ansatzweise gelingen soll, müssen die Gewerkschaften jetzt mit einer politischen Kampagne beginnen, die sowohl über die Ursachen und Zusammenhänge der Krise aufklärt als auch den Boden für erforderlichen Kämpfe nach den Bundestagswahlen bereitet. Die gewerkschaftlichen Basis-

gliederungen sind gut beraten, wenn sie eine Doppelstrategie verfolgen. Auch wer über die Rolle und Politik der Mehrheit der Führungen desillusioniert ist, sollte den "Kampf" um die Organisation nicht aufgeben. Wir sollten versuchen, immer wieder Mehrheiten für unsere Positionen zu organisieren und den gewerkschaftlichen Meinungsbildungsprozess zu beleben und zu befruchten. Die Aktionen am 28.3.2009 in Frankfurt und Berlin haben gezeigt, dass viele gewerkschaftliche Gliederungen nicht auf ihre Führungen warten, sondern im Rahmen ihrer Möglichkeiten handeln können. Die Bildung von örtlichen und regionalen Bündnissen ist dazu ein wichtiger Schritt, denn es wird den Gewerkschaften nicht gelingen, die Auseinandersetzungen alleine zu bestehen.



Politischen Streik etappenweise vorbereiten

Der Wunsch nach einem Generalstreik ist bei den Mitgliedern weiter verbreitet als viele denken. Im Schwabenland hört man häufig den Spruch "so wie die Franzose müsst mr's mache". Dieser Satz drückt zwei Wünsche aus. Erstens, man müsste es denen da Oben mal richtig zeigen. So kann es nicht weiter gehen. Zweitens wäre es aber am besten, es würde jemand anderer "machen" und man/frau könnte sich die Sache dann im Fernsehen ansehen. An ersterem können die Gewerkschaften andocken, wenn sie die Option des politischen Streiks überhaupt wahrnehmen wollen. Dafür gibt es derzeit keine ernst zu nehmenden Anzeichen. Auch hier müssten die gewerkschaftlichen Gliederungen eigenständige Vorstöße machen und die Debatte eröffnen und verbreitern. Das ist dringend notwendig.

In erster Linie fehlt den meisten Beschäftigten nicht unbedingt der Wille zum politischen Streik, sondern die Erfahrung. In einem ohnehin eher streikschwachen Land, wie der Bundesrepublik, fehlt den meisten Beschäftigten schon die Streikerfahrung in klassischen betrieblichen oder tariflichen Konflikten. Die Androhung von Sanktionen bei offiziell verbotenen politischen Streiks würde streikunerfahrene Kollegen/innen schnell einschüchtern, selbst wenn die Gewerkschaften offiziell aufrufen.

Wir haben in Stuttgart in den letzten Jahren äußerst positive Erfahrungen damit gemacht, die Konflikte und Kämpfe in verschiedenen Tarifbereichen miteinander zu verbinden. So zuletzt die Streiks der Verkäufer/innen und der Beschäftigten in den Sozial- und Erziehungsdiensten. Es war beeindruckend, wie hier überwiegend streikende Frauen gemeinsam in der Innenstadt demonstrierten und auf der Kundgebung Stärke zeigten. Ein ähnliches Bild bot sich am 17. Juni 2009. 15.000 Schüler, Studenten/innen, Beschäftigte der Universitäten und 2.000 Erzieher/innen und Sozialarbeiter/innen streikten und demonstrierten gemeinsam und betonten auf der Abschlusskundgebung ihren gemeinsamen politischen Willen, für eine bessere Kinderbetreuung und Bildung zu kämpfen. Das alles war kein Generalstreik, aber es vermittelte eine Ahnung, was gemeinsam möglich ist. Solche Erfahrungen innerhalb von ver.di und zwischen den verschiedenen Gewerkschaften zu organisieren, wäre ein wichtiger Schritt in Richtung politischer Streik.

Etappenweise vorbereiten heißt politische Themen in die Betriebe zu tragen und Aktionen im und vor dem Betrieb zu organisieren. Beispiele wurden schon genannt. Das können Aktionen in der Mittagspause sein, die in die Arbeitszeit hineinreichen oder richtige Arbeitsniederlegungen. Daraus könnte eine Kultur der politischen Demonstration im Betrieb und während der Arbeitszeit entstehen, die koordiniert in einen politischen Streik münden kann. Entscheidend ist, dass die Gewerkschaften gewillt sind, Bewusstsein zu bilden und Erfahrungen zu organisieren, dass viele gewerkschaftliche Forderungen nur auf politischem Wege durchsetzbar sind und neue Arbeitskämpfformen entwickelt werden müssen. Auch betriebliche Kämpfe können, wie schon angesprochen, zu einem Thema der Region gemacht und politisiert werden.

Wichtig ist auch hierbei, dass politische Bündnisse geschlossen werden, die den gewerkschaftlichen Kämpfen deutlich höhere Schlagkraft verleihen. Voraussetzung ist, dass sich die Gewerkschaften öffnen, ihren Bündnispartnern auf gleicher Augenhöhe gegenüber treten und deren Anliegen ebenfalls unterstützen. Bündnisarbeit und Solidarität ist eben keine Einbahnstraße. Die Auseinandersetzungen werden den Gewerkschaften nach der Bundestagswahl aufgezwungen. Sie haben kaum die Möglichkeit ihnen aus dem Wege zu gehen.

Der politische Wille zur Herausarbeitung eines gemeinsamen politischen Projektes der Gewerkschaften als Gegenentwurf zu den kapitalistischen Krisenlösungsmechanismen gehört sicherlich zur wichtigsten Voraussetzung, auf diesem Wege voranzukommen. Wenn sich die Zielrichtung der Gewerkschaften darauf beschränkt, schwarz/gelb zu verhindern und auf eine erstarkende SPD in einer Fortsetzung der großen Koalition zu setzen und die Anschlussfähigkeit an die Regierung nicht zu verlieren, ist der gesellschaftliche Bedeutungsverlust vorprogrammiert.

Wolfgang Müller

Weltwirtschaftskrise und Chinas Gewerkschaften

China als Weltmarktfabrik hat lange geboomt – auf der Basis billigster Arbeit und laxer Regulierung. In den letzten Jahren konnten die chinesischen Arbeiter aber ihre Situation verbessern. Außerdem sorgte die chinesische Regierung nach Jahrzehnten des Laissez-faire in allen Fragen von Arbeitsgesetzen und Sozialstandards in den letzten Jahren durch neue Gesetze ebenso wie durch das ideologische Konzept der "harmonischen Gesellschaft" für eine Stärkung der Position der Arbeitnehmer.

Aber die Weltwirtschaftskrise hat die Weltmarktfabrik China massiv getroffen. Millionen Jobs sind verloren. Die Lohnentwicklung bleibt hinter der Inflation zurück. Nach Angaben der Stadtverwaltung von Dongguan, einer 7-Millionen-Stadt im Perlflossdelta, sind die Löhne im Vergleich zum Vorjahr im Schnitt um 10 Prozent gesunken. Außerdem entfallen seit Monaten die Überstunden, mit denen die meisten Wanderarbeiter ihre Löhne aufbessern, die oft unter dem Existenzminimum und den gesetzlichen Mindestlöhnen liegen.

Jetzt in der Wirtschaftskrise gibt es auch wieder Anzeichen zunehmender Verstöße und Missbrauchsfälle. Im Mai streikten 7.000 Arbeiter einer HighTech-Fabrik wegen der Überstundenbezahlung und der schlechten Qualität des Kantinenessens. In der Provinz Anhui musste die Polizei aus einer Ziegelei 30 geistig Behinderte befreien, die als Sklaven gehalten wurden. Bei einem Feuer in einem Schlafraum einer illegalen Fabrik im Perlflossdelta verbrannten 13 Arbeiterinnen. Viele Exportfirmen, die für Markenkonzerne arbeiten, umgehen die Arbeitsgesetze dadurch, dass sie die Aufträge an Schattenfabriken outsourcen. Die taiwanische Unternehmervereinigung in Dongguan beschwert sich: "Als wir nach China kamen, gab es keine Gesetze. Jetzt hat sich alles geändert. Das ging zu schnell." (New York Times, 22.6.2009 <http://www.nytimes.com/2009/06/23/business/global/23labor.html?pagewanted=1&r=1&ref=todayspaper>)

Chinas Arbeiterbewegung und Gewerkschaftsbewegung sind gegenwärtig an einem Wendepunkt: Das politische Klima ist reif für reale Gewinne für die Arbeiter. Neue Gesetze wie das Arbeitsvertragsgesetz von 2008 haben die Arbeitsstandards verbessert und die Arbeitnehmerrechte erheblich ausgeweitet. Die neue Rechtslage macht es für die Arbeiter einfacher, Klagen einzureichen und auch zu gewinnen. Die Zahl der Arbeitsgerichtsverfahren hat sich 2008 – mit Inkrafttreten des Arbeitsvertragsgesetzes – gegenüber dem Vorjahr verdoppelt und steigt auch 2009 weiter rasant an.

Der Allchinesische Gewerkschaftsbund ACGB, der Dachverband der chinesischen Gewerkschaften, hat seine Organisationsanstrengungen verstärkt. Die Zahl der im ACGB organisierten Gewerkschaftsmitglieder ist auf 225 Millionen Mitglieder (Juni 2009) gestiegen. Der ACGB hat seit Jahren begonnen, neue Arbeiterschichten zu organisieren, vor allem die Wanderarbeiter.

Seit Sommer 2006 hat der ACGB auch die in China vertretenen multinationalen Konzerne im Visier. Das Ziel ist, in allen Konzernen Betriebsgewerkschaften aufzubauen. Das fing mit WalMart an, dessen chinesische Großmärkte inzwischen alle organisiert sind. Längst hat die Organisierungskampagne auch andere Multis erfasst. Nach offiziellen chinesischen Angaben sind inzwischen die Niederlassungen von 373 der Fortune-500-Unternehmen ganz oder teilweise organisiert.

Alle diese Entwicklungen können kritisiert werden, dass sie nicht weit genug gehen, dass die Verstöße gegen Arbeitsstandards und Gesetze immer noch in die zig Millionen gehen, dass die strengen Gesetze vielfach nur auf dem Papier stehen. Dass die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder und der Betriebsgewerkschaften so explodiert ist, weil die verantwortlichen Kader nach oben entsprechende Zahlen berichten mussten. Dass die chinesischen Gewerkschaften immer noch Papiertiger sind und oft direkt zum Management gehören und oft nicht ansatzweise die Interessen der Arbeitnehmer vertreten. Dass die chinesischen Gewerkschaften in den Arbeitskämpfen der letzten Jahre keine Rolle spielen.

All das stimmt – und auch wieder nicht. Denn die chinesische Arbeiterbewegung hat Fortschritte gemacht, die Gewerkschaften werden selbständiger, die chinesische Regierung versucht unter dem Motto "Schaffung einer harmonischen Gesellschaft" die aus den Fugen geratene Balance zwischen Kapitalinteressen und gesellschaftlichen Interessen wieder herzustellen. Diese widersprüchlichen Entwicklungen sollen im Folgenden dargestellt werden.

1. Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf Chinas Arbeiter

Mit den Wirtschaftsreformen, die Deng Xiaoping 1978, vor 30 Jahren, eingeleitet hatte, ist China zur Fabrik der Welt geworden. Jetzt leidet die Fabrik der Welt massiv unter der Weltwirtschaftskrise, auch wenn die gemeldeten Wachstumszahlen wieder in

die Höhe schießen. 15.000 Fabriken mussten in den letzten neun Monaten allein im Perflussdelta zwischen Guangzhou (Kanton) und Hongkong schließen. Etwa 23 Millionen Beschäftigte, meist Wanderarbeiter, haben durch die Weltwirtschaftskrise ihren Job verloren (Irish Times, 26.3.2009).

Die Weltbank rechnet für China für 2009 zwar wieder mit 7,2 Prozent Wachstum – nach 13 Prozent im Vorjahr. Das umgerechnet 420 Mrd. Euro große chinesische Konjunkturpaket für Infrastruktur- und andere Zukunftsinvestitionen wirkt. Der Autoabsatz auf dem chinesischen Markt stieg im ersten Halbjahr 2009 um 18 Prozent gegenüber dem Vorjahr und war erstmals höher als der US-Automarkt. Aber das ist nicht nachhaltig. Schon gibt es Stimmen, die weitere Konjunkturprogramme fordern, weil sonst die Arbeitslosigkeit noch weiter wächst. Zudem gibt es Grenzen, wie lange und wie sehr sich China von der Entwicklung der Weltwirtschaft abkoppeln kann. Die Exporte haben längst noch nicht das Niveau der Vorjahre erreicht, die Jobverluste in der Exportwirtschaft halten an.

60 Prozent des Exporte Chinas stammt aus Fabriken im ausländischen Eigentum oder mit ausländischen Investitionen – das meiste Kapital stammt aus Hongkong und Taiwan. Viele Fabriken haben nach dem chinesischen Neujahrsfest 2009 einfach dichtgemacht – speziell im Perflussdelta. Viele Beschäftigte haben nicht einmal ihre ausstehenden Löhne bekommen – geschweige denn die ihnen z.T. nach dem Gesetz zustehenden Abfindungen. Bei vielen der zahllosen Protestaktionen der Wanderarbeiter ging es genau um diese Themen.

Die Lage der Wanderarbeiter

Die Wirtschaftsreformen haben bis heute ca. 225 Mio. Wanderarbeiter, etwa 15 Prozent der chinesischen Bevölkerung, erzeugt. Die durch die Wirtschaftsreformen überschüssig gemachte Landbevölkerung ist meistens in die großen Städte und die Industriegebiete an Chinas Ostküste gezogen, um dort in meist ungesicherten Arbeitsverhältnissen und klassenmäßig getrennt von der privilegierten Stadtbevölkerung zu jobben. Die Landgebiete haben bis zur Krise von den Überweisungen massiv profitiert. Jetzt sind Millionen Wanderarbeiter in die Landgebiete zurückgekehrt, weil sie an der Ostküste keine Arbeit mehr finden. Die aufs Land zurückgekehrten Kinder der Bauern werden auch "ken lao zu" genannt, "die die Alten beißen", weil sie plötzlich von den mageren Erträgen der bäuerlichen Wirtschaft und den Ersparnissen der Alten leben müssen.

Die Wanderarbeiter haben fast nichts zu verlieren. Nur wenige haben eine Arbeitslosen- und Krankenversicherung oder irgendeine Altersversorgung. Ihr Land war das soziale Netz der Wanderarbeiter. Aber wenn sie jetzt in die Dörfer zurückkommen, gibt es Konflikte. Die ihre Häuser nutzen und ihr Land bebauen, können nicht so schnell ausziehen.

Andere haben zwar die Städte, wo sie gearbeitet hatten, verlassen, weil sie sich das Leben dort nicht mehr leisten konnten. Sie gehen aber auch nicht in die Dörfer zurück, weil es dort auch keine Arbeit und kein Geld gibt. Sie leben in Slums oder bei Freunden und müssen eine dreiköpfige Familie von 15 Yuan oder 1,50 Euro am Tag ernähren. Eine soziale Sicherung haben sie nicht.

Eine ernste Erkrankung bedeutet für diese Familien den Ruin. Zwar hat die chinesische Regierung für die Landbewohner und damit auch für die Wanderarbeiter eine grundlegende Krankenversicherung mit geringen Beiträgen eingeführt. Aber ein Bauarbeiter auf einer Baustelle in Wuhan am Yangtse, der an der Hüfte verletzt wurde und ins Krankenhaus musste, bekam von der Krankenhausrechnung von über 18.000 US-Dollar gerade 6.750 US-Dollar zurück – angeblich weil die Versicherung keine importierten Medikamente abdeckt. Ein anderer Wanderarbeiter mit Operationskosten von 900 US-Dollar sollte vor der Teilerstattung der Kosten lokalen Kadern erstmal Bestechungsgeld zahlen.

All-Chinesischer Gewerkschaftsbund (ACGB)	
225 Mio.	Mitglieder (6/2009)
77,2 %	Organisationsgrad
1,3 Mio.	Betriebsgewerkschaften (Verflechtung Partei – Management – Gewerkschaft) (Betriebsgewerkschafter werden vom Unternehmer bezahlt, kein Kündigungsschutz)
0,5 %	freiwilliger Gewerkschaftsbeitrag durch das Mitglied
2,0 %	der Gesamtentgeltsumme der Beschäftigten direkt vom Arbeitgeber an die Gewerkschaften (= 22,6 Milliarden Yuan pro Jahr)
477.000	hauptamtliche Funktionäre
eigene	Unternehmen (z.B. Hotels)
1.343	Berufsschulen mit 675.000 Studenten; Fachhochschulen, Politechnika
31	regionale Gewerkschaftsverbände ACGB-Organisationsaufbau entspricht der Staats- und Parteistruktur ACGB-Präsident ist Mitglied des Politbüros der KPCh
10	Industriegewerkschaften (Regionalstruktur hat Vorrang)
Quelle: FES	

Perspektiven der Hochschulabsolventen

Eine große Sorge der Behörden ist, dass auch die besser Ausgebildeten, die jetzt keine Stelle finden, sich den Protesten anschließen. In China graduieren jährlich fast 6 Millionen Studenten. Nach Daten der chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften fanden von den 5,6 Millionen Hochschulabsolventen im Jahre 2008 ca. 27 Prozent bis Ende des Jahres keinen Job. Nach Angaben des chinesischen Arbeitsministeriums (Süddeutsche Zeitung, 4.8.09) sind noch 3 Millionen Absolventen der letzten beiden Abschlussjahrgänge ohne Arbeitsplatz. Für sie hat die Regierung jetzt die Vorschrift aufgehoben, dass sie eine Dauer-Aufenthaltsgenehmigung in einer bestimmten Stadt

brauchen. Jetzt können Hochschulabsolventen leichter auf Arbeitssuche im ganzen Land gehen, statt arbeitslos zu Hause zu sitzen und evtl. zu protestieren. Auch für Absolventen der Eliteunis ist die Situation so dramatisch, dass viele zur Armee gehen wollen. Ihre Ansprüche zum Berufseinstieg haben sie massiv heruntergeschraubt: Sie würden sich nach Umfragen mit dem Gehalt eines Fabrikarbeiters (ca. 100 bis 150 Euro) zufrieden geben.

Die Arbeitsmarktlage für die Absolventen wird sich weiter verschlechtern, weil die chinesischen Hochschulen Jahr für Jahr mehr Studenten aufnehmen und weil viele Chinesen wegen der Krise in den USA und Europa aus dem Ausland zurückkommen. (New York Times, 25.1.2009)

Die Krise trifft also auch die chinesische Mittelklasse, die bislang besonders von den Wirtschaftsreformen profitiert hat. Privatunternehmen entlassen die bislang gesuchten Angestellten, kürzen Gehälter und streichen die Jahresboni. Der Computerhersteller Lenovo will 11 Prozent der Beschäftigten entlassen. Die staatliche Fluglinie China Eastern will manche Gehälter um 30 Prozent kürzen. Dabei setzen besonders Staatsfirmen derzeit vor allem auf die Senkung der Personalkosten statt auf die Streichung von Arbeitsplätzen. Die chinesische Regierung hat alle Staatsunternehmen aufgefordert, keine Arbeitskräfte zu entlassen.

Die offizielle Arbeitslosenrate in Chinas Städten stieg Ende 2008 auf 4,2 Prozent gegenüber 4 Prozent 2007. Diese Messgröße war bis 2007 fünf Jahre in Folge gefallen. In dieser Zahl sind aber arbeitssuchende Wanderarbeiter in den Städten und Hochschulabsolventen nicht enthalten. Nach einer Studie der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften lag die echte Arbeitslosigkeit in den Städten 2008 bei fast 10 Prozent. Wegen der Weltwirtschaftskrise schlossen 2008 über 670.000 Unternehmen.

Der Gesellschaftsvertrag steht in Frage

Damit steht der bislang funktionierende chinesische Gesellschaftsvertrag in Frage. Regierung und Partei, der obszöne Reichtum der neuen Kapitalisten und die krassen sozialen Unterschiede wurden so lange nicht in Frage gestellt, so lange es allen besser ging. Aber diese Zeiten sind wahrscheinlich vorbei. Die chinesische Regierung rechnet mit weiteren Massenprotesten. Chinas Experten für innere Sicherheit erwarten schwierige Zeiten. "In der aktuellen Wirtschaftslage entstehen ständig neue soziale Unruhen," erklärte ein führender Vertreter der KPCh Anfang 2009 in einem Nachrichtenmagazin, das von der staatlichen Nachrichtenagentur Xinhua herausgegeben wird.

Von den 764 Millionen chinesischen Arbeitnehmern im Jahre 2007 entfielen 283 Millionen oder 37 Prozent auf städtische Erwerbstätige und ungefähr 481 Millionen oder 63 Prozent auf die Landgebiete. 325 Millionen Erwerbstätige arbeiteten 2007 direkt in der Landwirtschaft, 264 Millionen oder 32 Prozent im

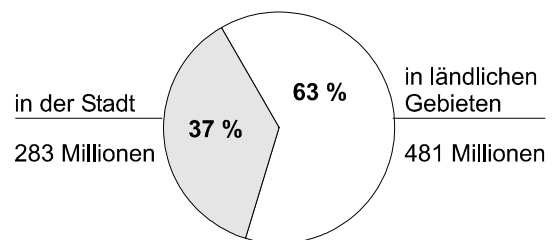
Dienstleistungsbereich und 192 Millionen oder 25 Prozent in der Industrie. (Sergio Grassi, Die neuen Aufgaben der chinesischen Gewerkschaften, in China aktuell 1/2008)

Der durch die Wirtschaftsreformen eingeleitete rasante Strukturwandel lässt sich vor allem an der Entwicklung des primären Sektors ablesen. Waren zu Beginn der Reformen im Jahr 1978 noch 80 Prozent der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft tätig, so sind es heute noch knapp 43 Prozent. Gleichzeitig wächst laut Regierungsangaben die Zahl der Arbeitskräfte auf dem Land, die nicht in der Landwirtschaft beschäftigt sind, seit der zweiten Hälfte der 90er Jahre jährlich um 2 Prozent. Trotz des raschen Wachstums konnte die ländliche Industrie in den 90er Jahren aber nur ein Viertel der überschüssigen Arbeitskräfte absorbieren.

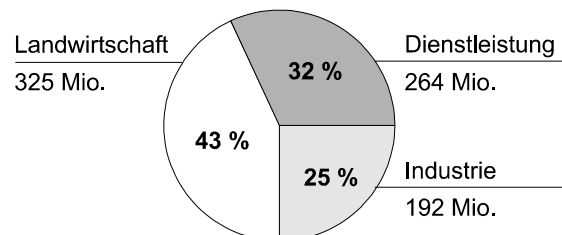
Der Ausweg war die Migration in die Städte. Die industrielle Entwicklung in China hat eine massive Umwälzung in den Klassenstrukturen erzeugt, deren

Arbeitsmarkt 2007

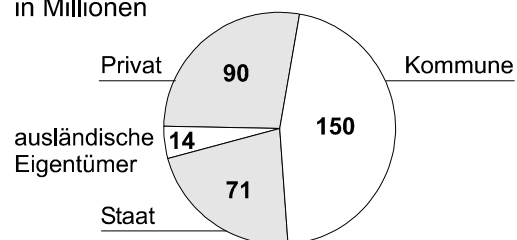
764 Millionen Erwerbstätige



Beschäftigungsanteile



Abhängig Beschäftigte – staatlich oder privat in Millionen



160 Millionen sind formell selbstständig (Anwälte, Taxifahrer, Straßenverkäufer...)

Quelle: China aktuell 1/2008

wesentliches Merkmal die Verwandlung bedeutender Teile der Bauernschaft in Arbeitsmigranten ist. Von den Wanderarbeitern lebten 2008 etwa 60 Prozent in den großen Städten.

Im Ergebnis hat China in den letzten 30 Jahren eine dramatische Umwälzung der Klassenverhältnisse erlebt, die Enteignung von hunderten Millionen Bauern und ihre Verwandlung in ein weitgehend rechtloses Heer von Arbeitssklaven und gleichzeitig die Herausbildung einer wohlhabenden städtischen Mittelschicht von über 100 Millionen Menschen, die die Malls der chinesischen boomtowns bevölkern und zu PKW-Besitzern aufgestiegen sind. Diese wahrscheinlich gewollte Spaltung zwischen Land und städtischen Ballungs- und Wachstumszentren, zwischen bäuerlicher Bevölkerung und WanderarbeiterInnen einerseits und relativ gut bezahlten Fachkräften in den Städten andererseits, ist eine Besonderheit der chinesischen Entwicklung und ein Motor der kapitalistischen Akkumulation.

In den Städten ist der Anteil der Beschäftigten in festen Arbeitsverhältnissen massiv zurückgegangen. Beschäftigte in flexiblen oder informellen Arbeitsverhältnissen stellen inzwischen mit zwischen 100 und 160 Millionen mehr als 35 bis über 50 Prozent der städtischen Erwerbstätigen. Das Spektrum informeller Beschäftigung reicht dabei von hoch bezahlten freiberuflichen Softwaredesignern bis hin zu Verkäufern am Straßenrand. Die Gruppe der gut verdienenden Professionals bildet jedoch nur eine kleine Minderheit unter den informell Beschäftigten. So zeichnet sich informelle Arbeit in China in der Regel durch fehlende Arbeitsverträge oder Vereinbarungen, durch nicht monetäre Entlohnung sowie durch vielfältige Arten von Geringbeschäftigung wie Straßenhandel und Eigenproduktion aus.

Die Aufspaltung des Arbeitsmarktes

Laut Regierungsquellen hatten 2008 40 Prozent der in der Privatindustrie Beschäftigten keinen Arbeitsvertrag. (Grassi, a.a.O.) Nicht selten wurden von Seiten der Betriebe auch Arbeitsplätze, die zuvor von der regulären Stammbesetzung besetzt waren, ausgegliedert und teilweise zu geringeren Löhnen und ohne Versicherungsschutz als Teilzeit- oder Zeitarbeit besetzt.

Die Arbeitsverhältnisse sind in großen Teilen der chinesischen Wirtschaft unsicherer geworden. Der Arbeitsmarkt in China spaltet sich in verschiedene Segmente auf. Die Trennung zwischen dem ländlichen und dem städtischen Arbeitsmarkt weicht auf, da beide Märkte miteinander verwachsen. Gleichzeitig spaltet sich der Arbeitsmarkt nach der unterschiedlichen Qualität der Arbeitsverhältnisse (Vertragssicherheit, Arbeitssicherheit, Lohnhöhe und Qualifikation) auf.

Zwar verloren vor zehn Jahren etwa 50 Millionen Arbeiter aus den Staatsbetrieben in den Städten ihren Job, als diese privatisiert oder dicht gemacht wurden. Aber sie konnten ihre Wohnungen behalten. Sie wa-

ren meist älter als die jungen Wanderarbeiter in den 20ern und 30ern und hatten Unterstützung durch die Nachbarschaft und ein soziales Netz.

Alle Beschäftigten von Staatsbetrieben und alle Staatsbediensteten konnten vor zehn Jahren ihre Wohnungen für einen Nominalbetrag kaufen – auf Erbpacht für 70 Jahre. Das ist eine der Grundlagen des relativen Wohlstands der offiziell registrierten Stadtbewohner. Damit konnten sie auch zur Bank gehen und ihre günstig gekaufte Wohnung beleihen. Das Gefälle Stadt/Land ist riesig. Ein Landbewohner verdient im Durchschnitt weniger als ein Drittel eines Stadtbewohners, in armen Gebieten oft nur ein Zehntel. Jetzt plant die Partei, den Bauern das Land, das sie bebauen, für 50 Jahre fest zu verpachten. Das soll den Bauern mehr Sicherheit und Schutz vor der Willkür korrupter lokaler Funktionäre garantieren. Durch die Reform wäre das Bauernland beleihbar, und eine rapide Konsolidierung der oft winzigen Landstücke wäre die Folge.

Segmentierung der Arbeiterschaft (3 Großgruppen)

Traditionelle Staatsbetriebe

50.000 Unternehmen / 60 Millionen Beschäftigte (?)
privilegierte Kerngruppe bis Mitte der 1990er Jahre
(mit Danwei-Sozialversorgung)
aber: defacto seit 1995 halbiert

Wanderarbeiter – ländliche Migranten (> 200 Millionen)

vor allem:
Bausektor / Leichtindustrien im Exportsektor (Textil, Spielzeug)
Regionale Konzentration: Perlfloss, Jangtse-Delta
benachteiligt durch Hukou (Melde-system)
Auseinandersetzung um Einhaltung von Mindestnormen

Moderne Industriearbeiter, v.a. Auslandsunternehmen (10-15 Mio. ?)

"Hochverdiener" mit geschützten Arbeitsbedingungen
Erhebliche Qualifikationsprobleme/-defizite

Im Gegensatz zur abrupten Systemtransformation in den sozialistischen Ländern Osteuropas erfolgte der Übergang zu einem ungeregelten Arbeitsmarkt in China jedoch schrittweise und durch zwei parallele Entwicklungen. Zum einen wurde privaten Initiativen größerer Raum gewährt. Der Kernbereich des öffentlichen Wirtschaftssektors, die großen Staats- und Kollektivunternehmen, wurde zwar massiv restrukturiert, aber es gab keine allgemeine Privatisierung gesellschaftlichen Eigentums. Stattdessen wurden graduell neue Eigentumsformen wie Joint Ventures, Unternehmen mit ausländischem Kapital und Privatunternehmen zugelassen, die zum Motor für neue Beschäftigung wurden.

Darüber hinaus wurden auch durch die parallel verfolgte Privatisierung kleiner Staats- und Kollektivbetriebe zunehmend Arbeitsplätze im nichtstaatlichen Sektor geschaffen. Der Staat zog sich gleichzeitig schrittweise aus der direkten Arbeitskräfteplanung

und Allokation zurück. Grundlage der Arbeitsbeziehungen wurde die Auswahl von Arbeitskräften durch die Betriebe bzw. die Arbeitsplatzwahl durch die Arbeitskräfte.

2. Immer mehr Arbeitskonflikte, aber keine Mechanismen zur Konfliktlösung

Im Jahr 2005, dem letzten Jahr der offiziellen Berichterstattung, gab es nach offiziellen Angaben 87.000 größere Arbeitskonflikte gegenüber 10.000 im Jahre 1994. Dass es heute keine offizielle Streikstatistik mehr gibt, bedeutet nicht, dass die Streiks weniger geworden sind. Im Gegenteil. Es ist davon auszugehen, dass die Zahl der Konflikte speziell in der exportorientierten Wirtschaft mit der Wirtschaftskrise seit Anfang 2008 dramatisch zugenommen hat.

Auch ohne offizielles Streikrecht finden in China wahrscheinlich nicht nur die meisten Streiks in der Welt statt. Bei einem Arbeiterheer von mehreren hundert Millionen und den vielfach unerträglichen Arbeitsbedingungen ist das auch kein Wunder. Aber wahrscheinlich ist auch die Zahl der durch Streiks und andere Aktionen ausgefallenen Arbeitstage in Relation zur Beschäftigtenzahl im internationalen Vergleich sehr hoch.

Die chinesischen Arbeiter haben inzwischen gelernt, dass kollektives Handeln und gemeinsame Aktionen wirksam sind, wenn es um Lohnerhöhungen, um ausstehende Löhne oder gegen die Schließung von Fabriken geht. Die Behörden halten sich jetzt in der Wirtschaftskrise zunehmend zurück bei der Niederschlagung solcher Proteste. Das war noch vor Jahren anders. Als die chinesische Regierung vor zehn Jahren die maroden Staatsbetriebe restrukturierte, privatisierte oder gleich dicht machte, gab es große Demonstrationen gegen die Massenarbeitslosigkeit, die oft niedergeschlagen wurden.

Viele sehen sogar eine neue Qualität der Arbeiterbewegung in China. In einer Studie von 100 Arbeitskonflikten der letzten Jahre kommt das China Labour Bulletin aus Hongkong zu der Beurteilung: Die Arbeiter nahmen ihre Angelegenheiten selbst in die Hand. An der offiziellen Gewerkschaft vorbei zwangen sie mit öffentlichen Aktionen die lokalen Behörden, sich für ihre Interessen einzusetzen. In vielen Fällen waren sie erfolgreich.

Streiks lösten oft weitere Protestaktionen in der selben Region, der selben Branche oder in anderen Konzernbetrieben aus. Die Streikwelle der Taxifahrer im ganzen Land Ende 2008 zeigte die Ausbreitung von Arbeitskämpfen in ganzen Branchen ebenso wie die Bereitschaft der lokalen Behörden, mit den Arbeitern zu verhandeln.

Die Forderungen der Arbeiter umfassten ein breiteres Spektrum und waren durchdachter. Früher entzündeten sich Arbeitskämpfe meist an eindeutigen Verlet-

zungen von Arbeiterrechten wie nicht bezahlten Löhnen, Überstunden und Sozialleistungen. In den letzten zwei Jahren standen mehr Kollektivinteressen im Zentrum wie die Durchsetzung höherer Löhne und besserer Arbeitsbedingungen oder Proteste gegen willkürliche Änderungen der Beschäftigungsverhältnisse und der Lohn Tabellen. Eine der zentralen Ursachen der Proteste waren z.B. Versuche des Managements, das neue Arbeitsvertragsgesetz dadurch zu umgehen, dass die Beschäftigten gezwungen wurden, ihre unbefristeten Beschäftigungsverhältnisse zu kündigen und stattdessen in der Firma mit einem Zeitvertrag oder als Leiharbeiter neu anzufangen." (China Labour Bulletin, The Workers' Movement in China 2007 – 2008)

Im Januar gingen Bilder von der Belagerung, Erstürmung und Verwüstung einer geschlossenen Spielzeugfabrik im Perflussdelta um die Welt (z.B. <http://www.guardian.co.uk/world/2009/jan/25/china-global-economy>). Das war kein Einzelfall. Ob das aber die Stabilität der chinesischen Gesellschaft bedroht, ist doch fraglich. Zwar sind die meisten Wanderarbeiter jung und beweglich und über Handy und Internet gut vernetzt. Aber die chinesische Regierung konnte verhindern, dass die Folgen der Asienkrise 1997 und die massive Arbeitslosigkeit durch die Restrukturierung der Staatsbetriebe in den 90er Jahren das Herrschaftssystem bedrohten. Jetzt hat China viel mehr Ressourcen zur Verfügung, die für Konjunkturprogramme und für Geldzahlungen an die Wanderarbeiter zur Verfügung stehen.

Die chinesischen Behörden sind auch erfahrener im Management von Arbeitskonflikten und Unruhen. Anfang 2009 hat Meng Jian, Minister für öffentliche Sicherheit, die Beamten angewiesen, ihr Hauptjob sei zu verhindern, dass Unruhen außer Kontrolle geraten. "Unangemessene Polizeieinsätze, die die Konflikte verschärfen sowie Blutvergießen, Verletzungen und gar Todesfälle müssen absolut vermieden werden." Seine Botschaft ist angekommen. Die Polizei erfasst alles auf Video, aber greift auch bei der Zerstörung von Autos oder Büros nicht ein. Bei einem Massenprotest von 30.000 Menschen in der südwestchinesischen Provinz Guizhou aufgrund von Gerüchten über einen von der Polizei verdeckten Mordfall mussten sich die Offiziellen bei den Demonstranten entschuldigen. Vier Beamte verloren ihren Job.

Im November und Dezember 2008 kam es in vielen chinesischen Städten zu Streiks der Taxifahrer. Erstaunlich war das Ausmaß, die schnelle Ausbreitung und die Vergleichbarkeit der Forderungen. In Sanya auf der Insel Hainan gingen die Behörden zwar mit massiver Unterdrückung gegen den Taxifahrerstreik vor. Aber in vielen anderen Städten reduzierten die Behörden die Wagenmiete, die die Fahrer zahlen müssen, was eine der Hauptforderungen der Streiks war.

Dass die Streiks gleichzeitig in vielen Städten in China ausbrachen, verweist auf ein systemisches Problem im Taxigeschäft, das von Stadtregierungen oder ver-

bundenen Firmen monopolisiert ist. Der Allchinesische Gewerkschaftsbund ACGB hat zur Gründung einer Taxifahrgewerkschaft aufgerufen, die Streiks aber nicht aktiv unterstützt.

Es war nicht das erste Mal, dass Taxifahrer streikten. Das Problem: Vorher hatten die Fahrer monatelang versucht, sich und ihren Forderungen Gehör zu verschaffen. Aber es gibt in China keinen anderen funktionierenden Konfliktlösungsmechanismus als den Streik oder den öffentlichen Protest – auch in anderen Branchen nicht. Die Behörden zeigten sich unfähig, vorher auf die Forderungen der Taxifahrer zu reagieren.

3. Chinas Gewerkschaften in der Transformation

Traditionell rekrutierten die chinesischen Gewerkschaften ihre Mitglieder unter den privilegierten Beschäftigten der Staatsindustrie. Die Entwicklung eines kapitalistischen Arbeitsmarktes in China hat für die Gewerkschaften grundlegend neue Bedingungen der Mitgliederrekrutierung und Interessenvertretung geschaffen. Entstanden als Transmissionsriemen der Partei in der Planwirtschaft und vor allem mit der Organisation der betrieblichen Sozial- und Freizeiteinrichtungen befasst, sind sie im Kapitalismus mit völlig anderen Aufgaben konfrontiert – Formulierung und Vertretung von Arbeitnehmerinteressen gegenüber den Unternehmen. Statt Umsetzungsorgan für Regierungsebenen und Fabrikleitungen der Staatsbetriebe sind sie jetzt zunehmend eigenständiger Sozialpartner. Es versteht sich, dass dieser Transformationsprozess dauert und nicht konfliktfrei ist.

Die Gewerkschaften müssen zunehmend die Privatwirtschaft organisieren, wobei sie sich nicht mehr nur hauptsächlich im Industrie-, sondern auch im Dienstleistungssektor etablieren müssen. Gleichzeitig stellen die Freiheit der Unternehmen, über die Größe ihrer Belegschaft und deren Arbeitsbedingungen zu bestimmen, die damit verbundene Zunahme unsicherer Beschäftigungsverhältnisse, die Vergrößerung der Lohnunterschiede sowie die Gefahr höherer Arbeitslosigkeit ein völlig anderes Anforderungsprofil an die chinesischen Gewerkschaften dar als zu Zeiten der Planwirtschaft.

Lohnverhandlungen – ohne Streikrecht?

Es fehlt in China der gesetzliche Zwang, Kollektivverträge abzuschließen. Dazu kommt die Impotenz der Gewerkschaften auf Unternehmensebene. Das haben Gewerkschaftsvertreter in der zentralchinesischen Industriestadt Luoyang in der Provinz Henan festgestellt. (Dongfang network www.eastday.com, 16. Juni 2008) Viele Unternehmen zögern mit der Unterzeichnung von Kollektivverträgen. Gewerkschaften und die Lokalregierung haben ihrerseits keine gesetzliche Handhabe, die Unternehmen zu Verhandlungen zu

zwingen. Auch bei Verhandlungen ist die Gewerkschaft im Nachteil, weil sie keinen Zugang zu den Büchern hat und sich auf die Produktivitäts- und Gewinnangaben des Managements verlassen muss.

Die Stadtregierung von Luoyang in der Provinz Henan hatte ein Programm aufgelegt, in allen Unternehmen ein System kollektiver Lohnkonsultationen einzuführen. Viele Unternehmen wollen das nicht. Sie fürchten, dass mit einem solchen System ihre Hände gebunden sind. Sie verstehen unter kollektiven Lohnkonsultationen die Unterschrift unter Lohnvereinbarungen in einem Kollektivvertrag. Wenn die Löhne schwarz auf weiß fixiert sind, können Arbeiter die Unternehmen gerichtlich verklagen. Deshalb bevorzugen die Unternehmen mündliche Vereinbarungen. Manche schriftlichen Verträge waren auch das Papier nicht wert, weil sie die Besonderheiten des Unternehmens nicht berücksichtigten und die Meinungen der Arbeiter nicht eingeholt wurden. So beschwerte sich ein Arbeiter, dass sein Monatslohn jetzt zwar 750 Yuan beträgt, dass er aber wegen neuer Abzüge für Kranken- und Rentenversicherung dasselbe Geld wie vorher nach Hause bringt. Das Unternehmen hatte nur mit den Zahlen gespielt. Ein Arbeiter aus einer Schmiede beklagte sich, dass er bei zwei Lohnzahlungen im Monat einmal die Lohnerhöhung bekommt und beim zweiten Zahlungstermin einen Lohnabzug; das Monatsentgelt bleibt gleich.

Trotzdem gibt es vielversprechende erste Ergebnisse. Die Löhne in den Unternehmen, die an dem Programm teilnehmen, sind seit letztem Jahr deutlich gestiegen.

Die Stadtregierung hatte die Einführung eines Systems kollektiver Lohnkonsultationen aufgrund einer Studie der Stadtgewerkschaft beschlossen. Diese Studie zeigte, dass 2006 die Wirtschaftsleistung in Luoyang um 15,6 Prozent gewachsen war und die lokalen Steuereinnahmen sogar um 34 Prozent, während die Löhne gerade um 11,9 Prozent stiegen. 63 Prozent der von dieser Studie erfassten Arbeiter hatten in den letzten sechs Jahren höchstens zwei Lohnerhöhungen erlebt, und 17 Prozent keine einzige Lohnerhöhung – trotz Inflation. (Dongfang Network, a.a.O.)

Die Ankündigung des Programms der Stadtgewerkschaft von Luoyang, ein System kollektiver Lohnkonsultationen zu implementieren, verbreitete sich schnell im Netz. Viele Blogger bezweifelten, dass die betrieblichen Gewerkschaftsvertreter im Betrieb etwas zu melden haben. "Gewerkschaftsführer können solange frei reden und handeln, solange es ihrem Boss gefällt, was sie sagen und tun." Nach Medienberichten musste der Chef einer Betriebsgewerkschaft in einem sino-japanischen Gemeinschaftsunternehmen fast drei Jahre lang vor Gericht um seine Rechte kämpfen, nachdem das Unternehmen ihn gefeuert hatte, weil er einen Lohnvertrag durchsetzen wollte. Betriebliche Gewerkschaftsvertreter sind in einer Position der Schwäche. Sie würden gern für die Rechte kämpfen, haben aber Angst, es zu tun. Wegen dieser

Schwäche bekommen die Betriebsgewerkschaften auch keinen Zugang zu vertraulichen Informationen und den Finanzzahlen. Ohne genaue Informationen verhandeln sie im Dunkeln.

Das System kollektiver Lohnkonsultationen braucht eine gesetzliche Flankierung. Die Vorschrift im chinesischen Arbeitsgesetz, dass Unternehmen Verhandlungen auf Augenhöhe führen sollen, ist nur optional. Unternehmen können sich diesen Verhandlungen verweigern.

Das vom chinesischen Arbeitsministerium inzwischen vorgeschlagene Lohngesetz könnte Unternehmen bestrafen, die der Aufforderung zu Verhandlungen über Kollektivverträge nicht nachkommen. Aber manche Gewerkschaftsvertreter und Aktivisten fordern, dass solche Gesetzesvorgaben durch ein in der Verfassung verankertes Streikrecht unterstützt werden müssen. Das Recht der Arbeiter, ihre Arbeit zu verweigern, wenn das Management nicht verhandelt, ist viel effektiver als andere Sanktionen.

Überall wird gestreikt – jetzt wird auch das Streikrecht diskutiert

Nach der Kulturrevolution wurde das Streikrecht aus der Verfassung gestrichen. Aber jeden Tag gibt es allein im Perflussdelta mindestens einen größeren Streik mit über 1.000 Teilnehmern und Dutzende kleinerer Streiks und Arbeitsniederlegungen. Diese kontinuierliche und ständig steigende Welle von Arbeitskämpfen hat die Zentralregierung und die regionalen und lokalen Instanzen zu einer Überprüfung des gesetzlichen Rahmens der Arbeitsbeziehungen gezwungen.

In einem Artikel vom Juni 2008 bewertete ein Gewerkschaftsvertreter den Entwurf der neuen Regeln der Stadtregierung von Shenzhen, einer Metropole im Perflussdelta, als Meilenstein, der das lange tabuisierte Streikrecht in die Reichweite einer gesetzlichen Regelung bringt. Für ihn ist es bis zum Streikrecht "nur noch ein Schritt".

Der Artikel ist bedeutsam wegen der freimütigen Bewertung der gegenwärtigen Machtbalance in den Arbeitsbeziehungen, der Ineffektivität des Allchinesischen Gewerkschaftsbundes ACGB bei der Organisation ("ein Scherz") und der Unfähigkeit der Gewerkschaften, Streiks zu unterstützen. Der Artikel demonstriert, dass auch offizielle ACGB-Funktionäre ihre Aufgabe ernst nehmen, die Arbeitnehmerinteressen zu schützen. Im Folgenden Auszüge:

"Der Ständige Ausschuss des Städtischen Volkskongresses, des Stadtparlaments von Shenzhen hat vor kurzem 'Vorläufige Regeln über die Entwicklung von harmonischen Arbeitsbeziehungen in der Sonderwirtschaftszone Shenzhen' veröffentlicht. Das Dokument ist ein Meilenstein, weil es offensichtlich Chinas erstes gesetzliches Dokument über 'harmonische Arbeitsbeziehungen' ist und weil der Ständige Ausschuss des lokalen Volkskongresses explizit zu Stellungen vor der Veröffentlichung aufforderte.

Der wichtigste Aspekt dieses Dokuments besteht darin, dass es Standards für den jeweiligen Status und die Verantwortlichkeiten von Arbeitnehmern, Arbeitgebern und der Regierung definiert. Es stellt fest, dass zur Schaffung harmonischer Arbeitsbeziehungen Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf der Basis der Gleichheit beraten müssen, dass sie die Gesetze befolgen müssen und Selbstdisziplin üben müssen. Dass die Regierung den Prozess koordiniert und überwacht, dass normale Bürger sich daran beteiligen müssen und dass Fairness und Gerechtigkeit gelten müssen.

Angesichts der Tatsache, dass die Arbeitgeber im heutigen China zweifellos die stärkste Partei in den Arbeitsbeziehungen sind, muss die Schaffung harmonischer Arbeitsbeziehungen damit beginnen, die Machtbalance zwischen Arbeitgebern und Beschäftigten neu zu justieren. Ein einzelner Arbeiter in einem Großunternehmen ist so machtlos wie ein winziger Käfer unter einem großen Baum. Der einzige Weg für Arbeitnehmer, Dinge zu bewegen und ihre Probleme zu lösen, ist der Zusammenschluss, die Bündelung der Kräfte.

Chinas Gewerkschaften haben weltweit den besten Organisationsrahmen und die größte Mitgliedschaft, aber ihr realer Status ist ein Scherz. Politische Einflussnahme überall im System hat echte und effektive gewerkschaftliche Organisation verhindert. Wenn jetzt die Regierung ihre Verantwortung ernst nimmt, müssen das auch die Gewerkschaften tun.

Nach der Änderung der chinesischen Verfassung 1982 wurde das Wort 'Streik' (bagong) in der chinesischen Gesetzgebung tabuisiert. An seine Stelle traten Referenzen wie Arbeitsniederlegungen (tinggong) und Arbeitsverzögerungen (daigong). Leider erklärt das veränderte Gewerkschaftsgesetz von 2001: 'Im Falle einer Arbeitsniederlegung oder einer Arbeitsverzögerung in einem Unternehmen oder einer Institution soll die Gewerkschaft das Unternehmen oder die Institution bei ihrer Arbeit so unterstützen, dass der normale Produktionsprozess so schnell wie möglich wieder aufgenommen werden kann.' (Artikel 27) Solche Spielregeln, die den Arbeitnehmern das Recht auf kollektive Aktion versagen, reduzieren sie tatsächlich auf kollektives Betteln.

Die Tatsache, dass Gewerkschaften nicht nur unfähig sind, eindeutig auf der Seite der Arbeitnehmer zu stehen, sondern auch noch undankbare Jobs für die Arbeitgeber erledigen müssen, zeigt klar, dass sie in einer untergeordneten Position sind.

Obwohl die 'Vorläufigen Regeln' nicht so weit gehen, dass sie einen Streik auch als Streik bezeichnen, und weiterhin von Arbeitsniederlegungen und Arbeitsverzögerungen sprechen, halten sie nicht mehr daran fest, dass im Falle solcher Ereignisse die Gewerkschaften den Unternehmen helfen müssen, die Produktion so schnell wie möglich wieder aufzunehmen. Das allein gibt den Gewerkschaften schon Spielraum. Was die 'Vorläufigen Regeln' noch mehr zu einem

Meilenstein macht, ist die Vorkehrung, dass im Falle eines größeren Streiks die (Stadt-) Regierung eine Verordnung erlassen kann, die dem Management und den Arbeitern für einen Zeitraum von 30 Tagen jede Aktion untersagt, die den Konflikt verschärfen kann. Durch die klare Bezeichnung der Rechte und Pflichten von Arbeitgebern und Arbeitnehmern haben die 'Vorläufigen Regeln' tatsächlich industrielle Streiks ins Blickfeld gesetzlicher Regulierung gebracht." (übersetzt aus: China Labour Bulletin, <http://www.clb-prg-jl/en/node/100263>, 17.6.2008)

Gewerkschaft ist Sache der Arbeitnehmer allein

Zum ersten Mal seit 1949 haben offizielle Gewerkschaftsvertreter 2008 öffentlich erklärt, dass die Gewerkschaften die Arbeitnehmer vertreten sollen und niemanden sonst: Gleichzeitig stellt ein neues Gesetz, ebenfalls aus Shenzhen im Perlflossdelta, den Abschluss von Kollektivverträgen – früher ein No-Go-Thema – in den Mittelpunkt der Gewerkschaftsarbeit. "Die Gewerkschaft ist Sache der Arbeiter selbst," erklärte Chen Weiguang, der Vorsitzende des Gewerkschaftsverbandes von Guangzhou in einer Konferenz am 15. Juli 2008. Die Rolle der Betriebsgewerkschaften müsse sich ändern – "nicht mehr den Boss überreden", sondern "die Arbeiter mobilisieren".

Shenzhens Umsetzungsregeln für das Gewerkschaftsgesetz vom 1.8.2008 stärken die neue Rolle der Gewerkschaften. Sie sollen eine "verantwortliche und kampfbereite Gewerkschaft" schaffen, die die Arbeiter schützen kann. So der Chef der Rechtsabteilung des Gewerkschaftsbundes von Shenzhen in einer Pressekonzferenz. In den Umsetzungsregeln von Shenzhen wird auch zum ersten Mal in einem lokalen Gesetz der Begriff "Kollektivverhandlungen" anstelle des bislang verwandten viel schwächeren Begriffs "kollektive Konsultation" verwandt.

"Nach drei Jahrzehnten Wirtschaftsreformen haben wir den Punkt erreicht, wo etwas getan werden muss. Wir haben heute in Shenzhen die schlimmsten Exzesse des Kapitalismus, aber auch den Wunsch der Menschen nach sozialer Gerechtigkeit und – mit diesen Gesetzen – die Bereitschaft der Lokalregierung, den Weg zu einem Kapitalismus mit menschlichem Antlitz zu gehen. Das drängendste Problem der offiziellen Gewerkschaft ist ihre Unabhängigkeit von den Bossen." So die Bewertung von Han Dongfang, einem Gewerkschaftsaktivisten, der nach Jahren Gefängnis in China jetzt von Hongkong aus die chinesische Arbeiterbewegung unterstützt. (zitiert nach China Labour Bulletin).

Bezeichnenderweise gibt es im gesamten dritten Kapitel von Shenzhens Umsetzungsregeln für das Gewerkschaftsgesetz keinen einzigen Verweis mehr auf die im Gewerkschaftsgesetz von 2001 noch fixierten traditionellen Aufgaben – etwa dem Unternehmen bei der Wiederaufnahme der Produktion im Fall einer Arbeitsniederlegung zu helfen. Stattdessen machen

die Umsetzungsregeln klar, dass die Gewerkschaften die Beschäftigten bei einem Arbeitskonflikt in Verhandlungen mit dem Management zu vertreten haben. Außerdem sehen die Umsetzungsregeln – zum ersten Mal in China – eine monatliche Bezahlung von Betriebsgewerkschaftern vom lokalen Gewerkschaftsbund vor. Das soll die Abhängigkeit der Betriebsgewerkschaft vom Unternehmen reduzieren.

In verschiedenen Abschnitten wird festgestellt, dass der Abschluss von Kollektivverträgen die Hauptaufgabe der Gewerkschaften ist und wie dieser Prozess ablaufen soll. Damit werden Tarifverhandlungen in China erstmals von einer vagen Idee zu einem wirklichen Recht.

Natürlich sind die Umsetzungsregeln für das Gewerkschaftsgesetz nicht perfekt. Nach wie vor wird die Betriebsgewerkschaft von den höheren Gewerkschaftsebenen kontrolliert. Die Kandidatenliste für die Führung der Betriebsgewerkschaft muss von oben abgesegnet werden. Alle Betriebsgewerkschaften brauchen die offizielle Anerkennung durch die höheren Gewerkschaftsebenen.

Abschluss von Branchentarifverträgen in Zhejiang

Die gewerkschaftliche Idee, die Lohnkonkurrenz durch branchenweite Kollektivverträge einzuschränken, damit die Kapitalisten nicht mit Dumpinglöhnen gegeneinander konkurrieren, sondern um Qualität, Produkte und Innovationen, findet auch in den chinesischen Gewerkschaften Befürworter: In der ostchinesischen Provinz Zhejiang gibt es eine Region, aus der ca. 90 Prozent aller Kaschmirpullover auf dem Weltmarkt stammen. Hersteller sind über 100 Privatfirmen, die meist Wanderarbeiterinnen beschäftigen. 2006 gab es in diesen Fabriken über 150 größere Arbeitskonflikte um Löhne, Überstundenzahlung etc. Binnen zwei Jahren gelang es der lokalen Gewerkschaft, alle Unternehmen zum Abschluss eines Branchentarifvertrages zu bringen.

4. Wie Chinas Gewerkschaften organisieren

Top-Down und Bottom-Up: Wal-Mart und andere Multis

Nach dem Gewerkschaftsgesetz von 2001 gibt es formal zwei Wege zur Gründung einer Betriebsgewerkschaft. Der eine Weg ist der Wunsch der Beschäftigten nach einer Gewerkschaft, der andere die Einsetzung einer Betriebsgewerkschaft durch eine höhere Gewerkschaftsebene. In China wurden Betriebsgewerkschaften bislang mit wenigen Ausnahmen von oben gegründet. Auf diese Weise soll die Kontrolle über die Vertreter der Betriebsgewerkschaft sichergestellt werden. Pikanterweise hatten in der Vergangenheit

viele Privatunternehmen Gewerkschaftsgründungen von oben mit der Begründung abgelehnt, dass ihre Belegschaft keine Gewerkschaft wünsche.

Die lokalen und die regionalen Gewerkschaftsebenen stecken dabei in einem Dilemma in ihrem institutionellen Umfeld: Einerseits haben sie die Ziele des ACGB und der chinesischen Zentralregierung umzusetzen. Andererseits unterliegen sie den Interessen der lokalen Behörden. Darüber hinaus besteht auch bei Lokalregierungen die Furcht, dass Gewerkschaftsgründungen Investoren abschrecken. Sie nutzen deshalb im Sinne des chinesischen Sprichwortes "Die Berge sind hoch und der Kaiser ist weit weg" ihre Autonomie, um ihre lokalen oder auch privaten wirtschaftlichen Interessen zu schützen. Es gab bislang durchaus die Gefahr eines "race to the bottom" zwischen den Regionen Chinas.

Zudem ist die Wirtschaftsentwicklung und die Zahl der Arbeitsplätze wichtig für die Bewertung der lokalen Kader und für ihre Karriere, solange sich keine massiven sozialen Konflikte in ihrer Einflussosphäre ereignen. Gleichzeitig sind viele lokale Kader selbst als so genannte "Geschäftsleute mit roten Kappen" oder über Verwandte an Unternehmen beteiligt oder kasieren anderweitig mit. Die Interessen der Arbeitnehmer und die der lokalen Gewerkschaften sind dabei nur störend.

Unter diesen Umständen ist die Qualität der Gewerkschaftsaktivitäten in den Betrieben und auf lokaler Ebene äußerst unterschiedlich. Immer wieder gibt es Fälle, in denen die lokalen Gewerkschaften weitreichende Konzessionen machen, wenn es um Investitionen geht. So wird das jeweilige Unternehmen oft in den ersten beiden Jahren von Beitragszahlungen befreit oder kann den Gewerkschaftsvorsitzenden bestimmen.

Beispielhaft für dieses komplexe Umfeld, in dem die Beschäftigten ihre Forderungen erheben und in dem die chinesischen Gewerkschaften agieren müssen, ist Wal-Mart.

In einer zentral gesteuerten Kampagne, unterstützt von der chinesischen Regierung, hat der ACGB seit 2006 die meisten Wal-Mart-Niederlassungen in China gewerkschaftlich organisiert.

Die Kampagne hatte zwei Stadien: Zunächst organisierte der ACGB im Sommer 2007 in 17 ausgewählten Wal-Mart-Niederlassungen neue Mitglieder. Die ACGB-Vertreter besuchten die Wal-Mart-Beschäftigten nach Feierabend und mobilisierten sie für die Gründung einer Betriebsgewerkschaft. Dann wurden Gewerkschaftskomitees gebildet und die Vorsitzenden der Betriebsgewerkschaft gewählt – meist morgens vor den Geschäftsstunden. Als die gegründeten Betriebsgewerkschaften sich dann öffentlich outeten, weigerte sich das überrumpelte Wal-Mart-Management zunächst, sie anzuerkennen.

Dann korrigierte Wal-Mart seine Position und entschied sich, mit dem ACGB zusammenzuarbeiten. Beide Seiten unterzeichneten ein Memorandum, das

die Gründung von Betriebsgewerkschaften in allen chinesischen Wal-Mart-Niederlassungen erlaubte. Der ACGB gab seine Organizing-Kampagne auf und kehrte zu seiner Standard-Praxis zurück, Betriebsgewerkschaften und betriebliche Gewerkschaftskomitees mit Management-Zustimmung zu gründen.

Viele in China und im Ausland wundern sich, was in den Betriebsgewerkschaften bei Wal-Mart in China eigentlich passiert. Kritiker des ACGB unterstellen, dass die Wal-Mart-Kampagne reines Schauspiel war und die Betriebsgewerkschaften ruhig gestellte Ableger von Wal-Mart und dem ACGB sind.

Nach den Angaben von China Labor News Translations (<http://www.cntranslations.org>) zeigt die Untersuchung chinesischer Websites und Blogs jedoch ein differenziertes Bild: Viele der Wal-Mart-Betriebsgewerkschaften sind natürlich unter der Kontrolle des Managements und der lokalen KPCh-Organe. Aber es gibt auch Betriebsgewerkschaften, die tatsächlich mit dem Management über die Arbeitsbedingungen und die Verletzungen des Arbeitsrechts streiten.

In einer Auswertung werden beispielhaft vier Betriebsgewerkschaften untersucht, die alle noch im Geheimen vor dem 16.8.2006 gegründet wurden. Von diesen vier Betriebsgewerkschaften werden zwei von den Mitgliedern selbst kontrolliert, die die Gewerkschaft als ihre eigene Angelegenheit auffassen und sich gegen die Kontrolle seitens des Managements und/oder (korrupter) Funktionäre von außen wehren.

In einem Wal-Mart-Store in Shenzhen kam die Betriebsgewerkschaft bald nach der Gründung 2006 unter Managementkontrolle. Gewählte Gewerkschaftsvertreter wurden durch Manager ersetzt, offensichtlich mit stillschweigender Zustimmung lokaler Parteiorgane. In Blog-Einträgen von Wal-Mart-Beschäftigten hieß es dazu: "Es ist vorbei! Es ist vorbei! Helft uns, die Wal-Mart-Betriebsgewerkschaft zu retten!"

In einem anderen Supermarkt in Shenzhen wurde die Betriebsgewerkschaft zunächst undercover aufgebaut. Es war der zweite Supermarkt in China mit Betriebsgewerkschaft. Ein einfacher Wal-Mart-Beschäftigter wurde trotz des hohen persönlichen Risikos, gefeuert zu werden, zum Chef der Betriebsgewerkschaft gewählt – nicht wie üblich ernannt von einer höheren Gewerkschaftsebene oder von der Partei. Im Frühjahr 2008 mobilisierten die Mitglieder dafür, ihren Vorsitzenden und den Kassenwart abzuwählen. Ihr Vorwurf: Sie machen ihren Job nicht und veruntreuen Gewerkschaftsgelder.

Die Betriebsgewerkschaft bei Wal-Mart in Nanchang wurde ebenfalls im August 2006 ohne Wissen des Managements aufgebaut. Der von den Mitgliedern direkt gewählte junge Vorsitzende der Betriebsgewerkschaft, der in seiner Freizeit Recht studiert, hat inzwischen viele Konflikte mit dem Wal-Mart-Management durchgestanden. Darunter gegen zwei Kündigungen, die das Management zurücknehmen musste. Der Konflikt hat die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder vervielfacht. Mit einem Offenen Brief an die

Mitglieder verhinderte er, dass Wal-Mart den vom Gewerkschaftsgesetz geforderten Betrag von 2 Prozent der Lohnsumme für Gewerkschaftsaktivitäten (oft auch Freizeitaktivitäten) mit Boni oder Jahresprämien verrechnete. Überall bei Wal-Mart in China gilt er als echter Gewerkschaftsführer, im Netz wird er auch "Chairman Gao" genannt. Der Konzern versuchte, die Betriebsgewerkschaft in dieser Wal-Mart-Filiale durch eine mit dem örtlichen ACGB abgestimmte Gründung eines Wal-Mart-Gewerkschaftskomitees auf Stadtebene zu kontrollieren. Aber mit Unterstützung der ACGB-Zentrale in Beijing wurden die Management-freundlichen Entscheidungen des örtlichen ACGB mehrfach kassiert.

Die Kommentare in den Blogs zeigen, dass die meisten Arbeiter in China den ACGB nicht total abtun. Es gibt Enttäuschung und Zynismus über die chinesischen Gewerkschaften, aber nicht den offen oder implizit formulierten Gedanken, eine neue, unabhängige Gewerkschaft aufzubauen. Wenn engagierte Gewerkschafter die existierenden gesetzlichen und institutionellen Spielräume für die Vertretung von Arbeiterinteressen nutzen, sammeln sich die Arbeiter hinter ihnen.

Ein Artikel in Legal Daily (14.7.2008), einer Regierungszeitung, berichtet über weitere Erfolge des ACGB bei seiner Kampagne der Organisation von multinationalen Konzernen, alle Fortune-500-Konzerne. Zu dem Zeitpunkt gab es 4.100 Betriebsgewerkschaften in chinesischen Niederlassungen von Multis. 10.000 sollten es zum Jahresende 2008 sein.

Bislang konnten Multis im Fall der Gründung einer Betriebsgewerkschaft mit Verlagerung innerhalb Chinas drohen. Das ist inzwischen vorbei, weil der ACGB die Multis überall organisiert. Der Artikel berichtet auch von gezielten Anstrengungen der oberen Gewerkschaftsebenen, die Funktionäre auf Provinz-, Stadt- und Kreisebene dazu zu bringen, die Multis zu organisieren

Gewerkschaftliche Organisation der Wanderarbeiter

Noch schwieriger ist allerdings die gewerkschaftliche Organisation der Wanderarbeiter, deren Interessen aufgrund ihrer enormen Mobilität und der damit verbundenen Fluktuation am Arbeitsplatz schwer zu vertreten sind. 2007 waren insgesamt 68 Prozent der Beschäftigten in der verarbeitenden Industrie, 58 Prozent im Gaststättengewerbe und bis zu 80 Prozent in der Bauindustrie Wanderarbeiter, die für Niedriglöhne und in den seltensten Fällen mit Arbeitsvertrag formal beschäftigt sind. Junge Frauen, die aufgrund ihrer ländlichen Herkunft vergleichsweise schlecht ausgebildet sind, stellen einen großen Teil der Wanderarbeiter in der Exportindustrie. Unter dem ausbeuterischen System des "Schlafsaal-Arbeitsregimes", bei dem Arbeiterinnen vom Land direkt auf dem Be-

triebsgelände in Schlafsälen untergebracht sind, können die Betriebe die Arbeiterinnen je nach Auftragslage Tag und Nacht in der Produktion einsetzen.

Die Organisation der Wanderarbeiter ist das zweite Großprojekt des ACGB neben der Organisation der Arbeiter in ausländischen Unternehmen. Erst seit 2003 vertritt und organisiert der ACGB auch die Wanderarbeiter – eine Abkehr von der Konzentration auf die privilegierten Stammebelegschaften in den Staatsbetrieben und eine späte Reaktion auf die gesellschaftlichen Realitäten. Ende 2009 sollen 66 Millionen Wanderarbeiter gewerkschaftlich organisiert sein. KPCh und Zentralregierung fordern eine verstärkte Organisation der Wanderarbeiter – für die Stabilität im Lande. Jetzt in der Krise sollen die Gewerkschaften den arbeitslosen Wanderarbeitern berufliche Qualifikationsprogramme, Kleinkredite und Startkurse für Selbständige anbieten. Sie sollen dafür sorgen, dass es auch in den Herkunftsgebieten der Wanderarbeiter funktionierende Gewerkschaftsstrukturen gibt.

Gewerkschaftsbeiträge müssen die Wanderarbeiter in der Regel nicht bezahlen. Stattdessen werden die nötigen Mittel für die Dorfgewerkschaften und die Organisation der Wanderarbeiter über die Beiträge aus den Unternehmen finanziert. In manchen Städten gibt es auch die Auflage, dass Bauunternehmer erst dann eine Lizenz erhalten, wenn sie eine Gewerkschaft auf ihrem Baugelände zulassen. In einigen Städten werden bei Projektausschreibungen der Stadtregierung Bauunternehmen ohne Gewerkschaft nicht berücksichtigt.

Trotz der Organisationskampagne des ACGB kommen die Wanderarbeiter im derzeitigen System zur Regelung von Arbeitskonflikten oft nur schwer zu ihrem Recht. Da sie weder den Status eines Städters noch das Geld für den langwierigen Rechtsweg haben, stehen sie außerhalb des Systems und bilden die größte Konfliktgruppe in der chinesischen Arbeitswelt. Dies zeigt auch die Radikalisierung der Proteste unzufriedener Wanderarbeiter mit der Zerstörung von Maschinen und der Besetzung von Behörden – bis hin zur Androhung von kollektivem Selbstmord.

5. Schluss

Die Untersuchung der jüngsten Entwicklungen in China ergibt ein insgesamt widersprüchliches Bild: Das seit ein paar Jahren propagierte Konzept der "harmonischen Gesellschaft" bedeutet eine Abkehr von der jahrzehntelang durch Staat und Partei betriebenen massiven Förderung wirtschaftlichen Wachstums zu Lasten der Arbeitnehmer, der Gesellschaft und der Umwelt. Es ist der Versuch eines zeitweiligen Ausgleiches gegensätzlicher Interessen. Aber die Weltwirtschaftskrise hat diesen Masterplan der KP Chinas und der Zentralregierung zurückgeworfen, mit kontrollierter kapitalistischer Entwicklung hunderte Millio-

nen Chinesen aus der Armut zu befreien und das enorme Stadt-Land-Gefälle schrittweise abzubauen. Es ist fraglich, ob Chinas wirtschaftliche Entwicklung die industrielle Reservearmee auch künftig zum erheblichen Teil absorbieren kann.

Umso massiver sind die Versuche, gegenzusteuern. Partei und Regierung verkünden jetzt bei jeder Gelegenheit, dass China zu abhängig von der Exportwirtschaft ist, dass das bisherige Wachstumsmodell an seine Grenzen gestoßen ist, dass der private Verbrauch massiv gesteigert werden soll, um die Exportabhängigkeit zu vermindern. Neben einem Mega-Programm mit Infrastruktur-Investitionen hat die Regierung zur Ankurbelung des privaten Konsums Anfang 2009 umgerechnet 130 US-Dollar an 74 Millionen Wanderarbeiter gezahlt. Die Bauern bekommen Subventionen für die Anschaffung von Haushaltsgeräten. Mit 123 Mrd. US-Dollar soll bis 2011 eine allgemeine Krankenversicherung aufgebaut werden. Gleichzeitig sind alle Unternehmen verpflichtet, Massenentlassungen vorher den Behörden anzukündigen. Staatsbetriebe müssen ihre Beschäftigten halten.

Gleichzeitig führt die Krise aber zu massiven Lohneinbußen. Angesichts des Fehlens eines Sozialversicherungssystems bedeutet das, dass die Chinesen noch mehr sparen. 2008 lag die Sparquote bei gigantischen 50 Prozent! Mit diesen Reserven können die meisten chinesischen Haushalte einige Monate durchhalten.

Die riesige Arbeiterklasse der Weltmarktfabrik China zeigt zwar in unzähligen Aktionen jetzt in der Krise ihren Protest, sie ist aber tief gespalten und hat deshalb noch keine kollektive gesellschaftliche Kraft herausgebildet. Speziell die Wanderarbeiter, der am meisten ausgebeutete und versklavte Teil der chinesischen Arbeiterklasse, sind durch die Unsicherheit ih-

rer Lage, ihre erzwungene Mobilität und ihren Status "Weder Land noch Stadt" bislang kaum in der Lage, sich dauerhaft zu organisieren.

Die Entwicklungen in den chinesischen Gewerkschaften schließlich zeigen, dass unter dem Druck der massiven Arbeitskonflikte und sozialen Proteste der Spielraum des ACGB zugenommen hat. In dem Maße, in dem sich Arbeiterkämpfe und Organisationsversuche von unten entwickeln, wird die Partei- und Staatsführung sicherlich noch mehr versuchen, die selbständige Rolle der Gewerkschaften weiter zu stärken, um den Druck von unten zu absorbieren.

Ausgewählte Quellen

China Labor News Translations <http://www.cntranslations.org>

Going it Alone: The Workers' Movement in China (2007-2008) http://www.clb.org.hk/en/files/File/research_reports/workes%20movement%2007-08.pdf

China Labour Bulletin, <http://www.clb.org.hk>: CLB research report: Breaking the Impasse: Promoting Worker Involvement in the Collective Bargaining and Contracts Process

China Labour Bulletin, <http://www.clb.org.hk>: CLB: Collective Bargaining and the New Labour Contract Law

Sergio Grassi: Die neuen Aufgaben der chinesischen Gewerkschaften, in: China aktuell, 1/2008

Anita Chan, "Organizing Wal-Mart in China: Two Steps Forward, One Step Back for China's Unions", New Labor Forum, Vol. 16, No. 2 (March 2007), pp. 87-96

ITUC (International Trade Union Confederation): China – Annual Survey of violations of trade union rights 2009, <http://survey09.ituc-csi.org/survey.php?IDContinent=3&IDCountry=CHN&Lang=EN>

Die Autoren

Frank Deppe

ist einer der prägenden Politologen Deutschlands der letzten Jahrzehnte. Zu den Veröffentlichungen des emeritierten Marburger Professors gehört das Standardwerk "Politisches Denken im 20. Jahrhundert" (Hamburg, VSA)

Bernd Riexinger

ist Geschäftsführer des Bezirks Stuttgart der Gewerkschaft ver.di und Mitglied des geschäftsführenden Vorstands der Partei die Linke in Baden-Württemberg.

Wolfgang Müller

ist Sekretär bei der IG Metall, hat einige Jahre in China gelebt und gearbeitet.

Jüngste Veröffentlichung:

Die großen Wirtschaftslügen – Raffgier mit System, 2009, Droemer-Knaur



BILANZ der Großen Koalition 2005 bis 2009



**Fakten & Argumente
für die Diskussion
in Betrieb, Gewerkschaft
und Gesellschaft**

Autoren:
Fred Schmid
Conrad Schuhler

isw-wirtschaftsinfo 42
Juni 2009
66 Seiten / 5,00 EUR

Das wirtschaftsinfo betrachtet in dieser Ausgabe nicht nur den Vorjahreszeitraum und gibt einen Ausblick auf das laufende Jahr, sondern zieht auch eine Bilanz der Großen Koalition von 2005 bis 2009.

In 17 Einzelkapiteln wird die wirtschaftliche und soziale Situation untersucht. Anschaulich aufbereitet mit zahlreichen Grafiken. Den Kapiteln vorangestellt ist ein ausführlicher Kommentar von Conrad Schuhler: "Die Große Koalition hat versagt".

**KRISE. REZESSION. ABSTURZ
WEGE AUS DER KRISE**



isw REPORT NR. 76
Heft für sozialökologische Wirtschaftsforschung münchen e.V.

**Wenn das System die
letzte Ursache der Krise
und ihrer Folgen ist,
dann muss man sich an
die Veränderung der
Struktur heranmachen.**

Autoren:
Franz Garnreiter
Leo Mayer
Fred Schmid
Conrad Schuhler

isw-report 76
April 2009
56 Seiten / 4,00 EUR

Untersucht wird der "global synchrone Absturz" als die allgemeine Strukturkrise des modernen Kapitalismus.

Was tugen die Sanierungsprogramme, die die neoliberalen Eliten weltweit in Gang setzen? Wie kommt es, dass der Neoliberalismus zwar gescheitert ist, aber seine Eliten nach wie vor im Sattel sitzen? Welche Potenzen, welche Alternativen hat der Kapitalismus noch? Wie weit reichen die Konzepte, die einen "besseren" Kapitalismus wollen?



**NO JUSTICE
NO PEACE!**

<http://www.isw-muenchen.de>

ISSN: 1614-9289